

61941

ARCHIV FÜR DIE GESCHICHTE DES
SOZIALISMUS UND DER ARBEITERBEWEGUNG

HERAUSGEGEBEN

von

PROF. DR. CARL GRÜNBERG

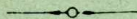
FRANKFURT A. M.

VERLAG

von

C. L. HIRSCHFELD

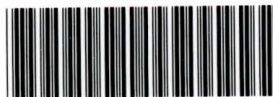
LEIPZIG.



SONDERABDRUCK

aus Band Heft

TYÖVÄENLIKKEEN KIRJASTO
KIRJASTO



1290627240

Russlands neueste Geschichte

**STAATSMÄNNER
UND
ABENTEURER**

Russische Portraits von Witte bis Trotzki 1891—1925

von

Dr. ELIAS HURWICZ

Preis in Ganzleinen gebunden Rm. 6.—

Es finden besondere Berücksichtigung:

**Graf Witte — Gapon — Rasputin — Nikolaj II.
Kerenski — Zeretelli — Nabokow — Denikin
Koltshak — Machno — Lenin — Trotzki**

Dieses Buch enthält eine Fülle von Beschreibungen russischer führender Köpfe der letzten Jahrzehnte, u. a. Rasputin, Nikolaj II., Kerenski, Denikin, Koltshak, Lenin, Trotzki. Der Verfasser verfügt über genaue und reiche Kenntnisse der Vorgänge in der russischen Innen- und Aussenpolitik, des Staatslebens und des russischen besonderen Volkscharakters. Er schildert die Personen und die Geschehnisse ungeschminkt und der Leser gewinnt über manches und manchen ein ganz anderes Bild. Wer sich über russische Staatsmänner, über Abenteurer und Revolutionäre unterrichten will, lese dieses empfehlenswerte Buch

(Landeszeitung, Rudolstadt vom 1. Juli 1925)

... Man muss zugeben, dass Hurwicz an die Bewältigung seiner Aufgabe mit Ernst herangetreten ist. Persönliche Eindrücke und ein reiches biographisch-psychologisches Material setzten ihn in den Stand, ein interessantes Gemälde zu entwerfen, wie es nur auf dem Hintergrund des eigenartigen russischen Reiches denkbar ist. — Das Buch wird Beachtung finden.

Aus einer Besprechung der freien Arbeiterpresse, Lodz vom 25.6.25.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Die Arbeiterbewegung in Finnland.

Von

N. R. af Ursin und Karl H. Wiik (Helsingfors)¹⁾.

Inhaltsverzeichnis: I. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs. 1. Einleitung S. 23. 2. Die Arbeiterbewegung unter bürgerlicher Führung S. 29. 3. Aufkommen proletarischen Klassenbewußtseins S. 31. 4. Gründung der finnischen Arbeiterpartei S. 35. 5. Die Arbeiterpartei wird sozialdemokratisch S. 37. 6. Kampf zwischen zwei Fronten S. 39. 7. Der Generalstreik von 1905 S. 42. 8. Das allgemeine Stimmrecht und die Neugestaltung der Volksvertretung S. 44. 9. Der Parteitag von 1905 S. 49. 10. Die Wahlen von 1905. Fortschritte der politischen und gewerkschaftlichen Organisation S. 51. 11. Sozialpolitische und andere Errungenschaften S. 52. 12. Kampf gegen den russischen Imperialismus S. 57. 13. Innere Entwicklung der Arbeiterbewegung S. 63. 14. Zusammenfassung S. 73. II. Die Schicksale der Sozialdemokratie Finnlands seit 1914. 15. Die ersten Kriegsjahre 1914—1916 S. 73. 16. Die Märzrevolution von 1917. Die Sozialdemokratie an der Spitze der Regierung S. 77. 17. Der Parteitag vom Juni 1917 S. 81. 18. Das Gesetz über die staatsrechtliche Stellung Finnlands. Die Auflösung des Landtags S. 83. 19. Verschärfung der politischen Lage. Der außerparlamentarische Klassenkampf S. 85. 20. Der Generalstreik vom November 1917 und das Programm „Wir fordern“ S. 87. 21. Der Parteitag vom November 1917 S. 90. 22. Der Konflikt wird unlösbar. Revolution und Bürgerkrieg S. 93. — Literatur S. 103.

I. Bis zum Ausbruch des Weltkriegs.

1. Finnland ist ein ziemlich großes Land. Bei einer Fläche von 387,565 km² übertrifft es an Größe Preußen. Die relative Bevölkerungsziffer Preußens beträgt 100 auf den km², in Finnland dagegen nur 9. Finnland ist das walddreichste Land Europas. Seine Wälder bedecken 61 % der Landesfläche. Der Moorboden beträgt 30,8 %, wovon wenigstens ein Drittel sich zur Bebauung eignet. Von der Gesamtfläche sind nur 8,4 % in Anbau genommen, und zwar 5,6 % als Acker, 2,8 % als natürliche Wiese.

1) Die Darstellung bis 1914 (I.) stammt vom erstgenannten Verfasser. Die spätere (II.) von K. H. WIIK.

930436x

**TYÖVÄENLIKKEEN
KIRJASTO**

Obwohl die bebaute Fläche dreimal größer sein könnte, ist Finnland doch zur Forstwirtschaft wie geschaffen. Auf sie weist auch der große Wasserreichtum des Landes hin, der gute Gelegenheit zur Holzflößerei bietet; ebenso die zahlreichen Wasserfälle, deren Kraft sich zur Verarbeitung des Holzes eignet. Das kalte Klima — die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt $3-6^{\circ}\text{C}$ — ist auch für den Ackerbau nicht günstig. Die Holz- und Papierprodukte haben immer größere Bedeutung für den Export gewonnen (1921: bezw. 45,8 und 16,8 %), während bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen die umgekehrte Entwicklung festzustellen ist.

Von der Landesfläche gehören dem Staat ca. 40 %, fast ausschließlich Wald. Dieser große staatliche Waldbesitz ist dadurch entstanden, daß zu Beginn der neuen Zeit der Staat einfach alles als sein Eigentum erklärte, was nicht nachweisbar Privaten gehörte. Damals war fast der ganze Norden Finnlands eine menschenlose Öde und zu Ende des 18. Jahrhunderts wurden alle durch eine damals vorgenommene große Güterregulierung abgesonderten Teile der Güter vom Staate übernommen.

Angesichts der angedeuteten Konsignation sollte die Forstwirtschaft die bedeutendste Erwerbsquelle des finnischen Volkes sein. Sie wird aber noch verhältnismäßig primitiv betrieben und ihre Produktivität ist keineswegs derjenigen in den größeren Kulturländern ebenbürtig. Zum Teil noch in der Gegenwart werden die Wälder in Finnland recht schlecht bewirtschaftet und auch dem Staat trägt wegen des Mangels an Transportmitteln im Norden, wo sich der größte Teil der Wälder befindet, und infolge der großen Ausdehnung der Forstbezirke die Forstwirtschaft nicht das, was sie tragen könnte und sollte. Die Haupterwerbsquelle des Landes bildet daher vorläufig die Landwirtschaft, obgleich sie seit einigen Jahrzehnten ziemlich zurückgegangen ist. 1865 waren ihr noch 79,3 % der Bevölkerung berufszugehörig, 1900 aber nur mehr 68 und 1920 gar bloß 65,1 %. Seit den 80er Jahren, d. h. seitdem das billige amerikanische Getreide dem finnischen konkurrenziert, hat die Viehzucht, zum Teil auf Kosten des Ackerbaus, stark zugenommen, und die finnische Butter hat sich einen sicheren Platz auf den Auslandsmärkten erworben. Die Hälfte des Brotbedarfs muß daher jetzt importiert werden.

Der Weltkrieg, während dessen die Einfuhr abgeschnitten war, brachte aber eine rückläufige Bewegung zugunsten der Ackerwirtschaft.

Die überwiegende Mehrzahl der finnischen Ackerwirte besteht aus Kleinbauern und sie erfährt infolge der staatlichen Intervention noch stetige Steigerung. Auf den Ebenen im Süden und Südwesten herrschen dagegen die Großgüter vor, deren Betrieb ganz kapitalistisch ist. Aktiengesellschaften, die Waldabtreibung und Holzindustrie betreiben, besitzen $2\frac{1}{2}$ Millionen Hektar, meist im Norden und Osten. Sie haben ihren Besitz zum Teil gesetzwidrig erworben und früher entstandene Kulturen verfallen lassen, weshalb die Bauern, nicht ohne Erfolg, das Einschreiten des Staates gegen die Gesellschaften gefordert haben.

Im Jahre 1910 gab es 221 339 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 169 482 = 76,6 % Kleinwirtschaften von $\frac{1}{2}$ —10 ha Acker, auf die jedoch nur 32,8 % der Kulturfläche entfielen, während die Mittelbetriebe von 10—50 ha 48,7 % und die 3 678 Großgüter 18,5 % der bebauten Fläche umfaßten. Schon diese Betriebsverteilung mußte allen Freunden einer ruhigen gesellschaftlichen Entwicklung als sehr ungünstig erscheinen, mehr aber noch die Tatsache, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Kleinbetriebe den Wirten nicht zu eigen gehörten, sondern Pachtbetriebe waren. Diese Pachtgüter gehörten beinahe insgesamt zu den kleinsten Größenkategorien und ihre Bebauer lebten meist in den dürftigsten Verhältnissen. Nach einer Statistik von 1912 verfügten 56 636 von ihnen (die Torpparit) über eine Anbaufläche von mehr als 3 ha, aber fast insgesamt über weniger als 10 ha. Daneben aber gab es 95 290 Mäkitupalaiset (Häusler), die kaum oder keinen Ackerbau betrieben, sondern in eigenem Hause auf Pachtboden wohnend mit Viehzucht, als Tagelöhner usw. ihren Unterhalt erwarben. Diese Kleinpächter lebten meist in unsicheren und schweren Verhältnissen: mit übergroßen Pachtzahlungen belastet, bei kurz bemessenen Pachtfristen usw. Am zahlreichsten waren sie dort, wo die kapitalistische Großwirtschaft vorherrscht.

Dazu kam und kommt im weitesten Sinne des Wortes landlose Bevölkerung von mehreren Hunderttausenden, in denen zu großem Teil der Wunsch, eigenen Boden zu erwerben, lebt. Eine

Statistik von 1920 zeigt uns 215 937 Tagelöhner, 15 937 Instleute, d. h. verheiratete Knechte, denen der Dienstherr die Wohnung beistellt, schließlich 22 103 Knechte und 42 044 Arbeiterinnen, die nach der damals noch gültigen Gesindeordnung auf ein Jahr gemietet wurden. Die Arbeitsbedingungen sind schlechter bei den Kleinbauern, denen die Konkurrenz mit den Großgrundbesitzern schwer fällt. Für alle Kategorien der landwirtschaftlichen Arbeiter ist der Naturallohn vorherrschend. Der Arbeitstag in der Landwirtschaft ist noch nicht gesetzlich geregelt, er betrug im Jahresdurchschnitt $8\frac{2}{3}$ Stunden (im Juli 10.23, im Dezember 6.84 Stunden). Die Knechte und Arbeiterinnen mit Jahresdienst wohnen allgemein in den Wohnungen des Hausherrn; die Wohnungsverhältnisse entsprechen bei weitem nicht den Forderungen der Hygiene.

Die Agrarfrage ist somit seit Jahrzehnten schon die wichtigste soziale Frage in Finnland. Die Machthaber haben denn auch schon vor Jahrzehnten ihren Ernst erkannt und waren bemüht, durch Gründung von Kreditkassen den Erwerb von Kleingütern zu erleichtern. Eine irgendwie ernsthafte Besserung war jedoch von vornherein von dieser Aktion nicht zu erhoffen, schon weil sie mit ganz ungenügenden Mitteln unternommen worden war. Die Unzufriedenheit wuchs daher ständig sowohl unter den Kleinpächtern als unter der eigentlich landlosen Bevölkerung und beide Bevölkerungsgruppen schlossen sich so gut wie ganz der Sozialdemokratie an.

Nachdem Finnland um die Jahreswende 1917/18 selbständig geworden war und der im Januar 1918 ausgebrochene Bürgerkrieg mit dem Sieg der bürgerlichen Klassen geendet hatte, wurde sogleich an die Lösung der Agrarfrage geschritten. Sie zeigt nunmehr einigermaßen dieselben Züge dar wie diejenige des Baltikum: die zu einer hervorragenden Stellung im Staate gelangte Bauernschaft war bestrebt, durch Schaffung neuer Scharen von kleinen Grundbesitzern die Grundlage ihrer Macht zu erweitern und zu befestigen.

Die erste Maßnahme in dieser Richtung war ein Gesetz von 1918, das den Kleinpächtern die Möglichkeit eröffnet, unter vorteilhaften Bedingungen Land zu erwerben. Sie haben diese Gelegenheit auch benutzt, und zwar in einem Umfang, daß man

tatsächlich fast von der Liquidierung der Kleinpächterklasse und des seit langem als unökonomisch erkannten Kleinpächtersystems sprechen darf. Die jüngste Agrarstatistik von 1920 bietet daher bereits ein anderes Bild als die von 1910. Die Zahl der Betriebe beziffert sich danach mit 250 749 und der Zuwachs bezieht sich so gut wie ganz auf die Kleingüter. Ihre Zahl beträgt nunmehr 194 732, sie besitzen 33,7 % der bebauten Fläche; die 52 244 mittelgroßen Güter besitzen 48,9 % und die 3 773 Großgüter 17,4 % der Anbaufläche. Überaus interessant ist dabei, daß, während die Zahl der Betriebe von 1910—1920 um 47,7 % zugenommen hat, jene der Pachtgüter um 28,9 % gesunken ist. Die Prozentualquote der Pachtgüter ist in dieser Zeit von 43,4 auf 27,3 % aller Betriebe zurückgegangen.

Die Tendenz dieser ökonomischen Entwicklung ist unverkennbar. Sie wird ohne Zweifel auf die politischen Zustände rückwirken. Allerdings bleibt es noch dahingestellt, ob die neuerschaffenen selbständigen Bauerngüter sich als lebenskräftig erweisen, denn zum Teil sind sie schon, ungeachtet aller gesetzgeberischen Vorsichtsmaßnahmen, zu Spekulationsobjekten geworden.

Nicht zufrieden mit den erzielten Resultaten, ist die finnische Bauernschaft noch einen Schritt weiter gegangen und hat beschlossen — auch unter Verletzung des privaten Eigentumsrechts — zwangsweise neue Gebiete der Ansiedlung zu eröffnen. Ein Gesetz von 1922 — nach seinem Urheber als *Lex KALLIO* bezeichnet — verpflichtet die Großgüter gewisse Quoten ihres unbebauten oder schlecht bebauten Bodens dem Staate gegen Entschädigung abzutreten. Die so gewonnenen Flächen sollen an Neusiedler ausgetan werden. Der Erfolg dieser Maßnahmen läßt sich noch nicht übersehen.

Die ungünstigen Zustände in der Landwirtschaft haben seit mehreren Jahrzehnten eine sehr starke Auswanderung nach Übersee hervorgerufen. Die Auswanderer gehören fast zur Gänze der landlosen Bevölkerung an. Durch den Weltkrieg unterbrochen, hat die Auswanderung in den letzten Jahren einen neuen Aufschwung genommen. Auch in anderen Formen äußert sich die Landflucht. Die Bevölkerung der Städte wächst fortwährend, relativ und absolut: 1920 wohnten 16,1 % der Gesamtbevölke-

rung in den Städten. Große Scharen haben sich der Industrie zugewendet, besonders seit den 60er Jahren, in denen sich infolge schwerer Mißernten große Massen von Bauern und Kleinpächtern vom Boden loslösten. Während 1865 die Industriebevölkerung nur 4,9 % ausmachte, hat sie sich bis 1920 auf 14,8 % vermehrt. Immerhin ist, infolge von Mangel an Kapital, das Wachstum der Industrie ein langsames, obwohl Finnland mit seinen gewaltigen Holzvorräten und seiner Wasserkraft wie prädestiniert erscheint, ein bedeutendes Industrieland zu werden.

Im 18. Jahrhundert existierten nur 3 oder 4 Fabriken und einige Hüttenwerke; zu Beginn des 19. entstanden dann einige größere Fabriken, aber erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts machte sich in der industriellen Entwicklung ein rascheres Tempo bemerkbar. Hierzu trug vor allem bei, daß seit 1857 die Anwendung der Dampfkraft im Hauptindustriezweig Finnlands, in den Sägewerken, erlaubt wurde; und als die Endpunkte der Flößungswege: Kotka, Wiborg u. a. zu Standorten der Sägewerke wurden, nahmen diese einen gewaltigen Aufschwung und der Ausfuhrwert der holzindustriellen Erzeugnisse stieg von 5½ Mill. Fmk im Jahre 1856, innerhalb eines Jahrzehntes auf 16 Mill. oder 51 % des finnischen Gesamtexports. Der Aufstieg hat seither so gut wie ununterbrochen angedauert. Der Bruttowert der industriellen Produktion bezifferte sich 1887 mit 113,5 Mill., 1913 aber schon mit 750 Mill. und 1920 mit 6168 Mill. Fmk, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß infolge des Weltkrieges der Geldwert auf wenig mehr als $\frac{1}{10}$ gesunken ist. Die Zahl der in der finnischen Industrie beschäftigten Arbeiter ist von 1885 bis 1920 von 43 000 auf 117 000 gewachsen.

Der Großbetrieb drängt stetig vor: 1909 verfügte er über Maschinen mit 261 682, 1920 aber schon über 458 839 Pferdekkräfte. Die Hauptrolle spielen hierbei die Sägemühlen und Holzschleifereien, die Zellulose- und Papierfabriken, in denen auch — ebenso wie auch sonst vielfach — Ringbildungen stark entwickelt sind.

Der durchschnittliche Jahreslohn eines finnischen Industriearbeiters stellte sich im Jahre 1920 auf 7,864 Fmk; in den Maschinenfabriken etwas höher, nämlich auf 10,123, in den Sägemühlen wieder auf nur 8,191, in den Textilfabriken endlich, in

denen hauptsächlich Frauen beschäftigt werden, auf nicht mehr als auf 5,871 Fmk.

Der Achtstundentag ist seit 1917 gesetzlich festgelegt und im ganzen auch praktisch durchgeführt, wenngleich das Gesetz mehrere Ausnahmen zuläßt. Andere Schutzgesetze aus derselben Zeit begrenzen die Einstellung weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte. Die soziale Versicherung umfaßt vorläufig nur die Unfallversicherung; andere Zweige werden vorbereitet. Die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften erhalten staatliche Zuschüsse, ebenso gewisse Bildungseinrichtungen von Arbeiterorganisationen.

2. Bevor das Aufkommen einer selbständigen Arbeiterbewegung Einfluß auf die allgemeine Meinung und die Gesetzgebung gewann, unterstanden die finnischen Arbeiter patriarchalischer Zucht, und sprichwörtlich hieß es: „Tue dem Arbeiter recht, aber nicht wohl.“ Die Arbeitszeit betrug oft 17—18 Stunden und der Lohn war gering. Allerdings änderten sich allmählich die Zeiten und der Wert der Menschen wuchs. Aber noch im Jahre 1893 äußerte der berühmte finnische Staatsmann L. MECHELIN: „Die Arbeiter Finnlands gehören einem maßvollen Volke an, welches weiß, daß der Fortschritt im sozialen Leben und das individuelle Glück nur das Ergebnis geduldiger und emsiger Arbeit sein kann. Wie jammervoll ist das Bild in manchen fremden Ländern, wo die Sozialisten, Anarchisten und andere Verbreiter gleich verderblicher Lehren ihre Agitation innerhalb der Arbeiterklasse getrieben haben. Die Arbeiter Finnlands wissen, daß Regierung und Volksvertretung, die in der letzten Zeit das Beste der Arbeiterklasse bezweckende Gesetze erlassen haben, immerfort ihr Wohl im Auge behalten.“ (!) Diesen Ausspruch kann man mit demjenigen J. STUART MILLS vergleichen, daß die Regierung von den Hoffnungen und Vorteilen derjenigen abhängt, die Stimmrecht haben. Die Arbeiter hatten damals fast kein Stimmrecht und auch die Gesetzgebung weiß nur von einem Arbeiterschutzgesetz aus dem Jahre 1889, einem Unfallversicherungsgesetz von 1895 und höchstens noch von ein paar bescheidenen Versuchen, die ländlichen Arbeiterverhältnisse zu regeln. Im Gegensatz zu MECHELIN freilich erkannten andere, weiterblickende Staatsmänner, wie z. B. der Führer der finnisch-nationalen Be-

wegung YRJÖ-KOSKINEN, daß „das Unkraut des Sozialismus“ bei entsprechender ökonomischer Entwicklung auch in Finnland nicht ausbleiben werde. Andere finnisch-nationale Führer erblickten in der emporkommenden Arbeiterbewegung einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die herrschende schwedischsprachige Bureaukratie und Bourgeoisie und es entstand tatsächlich zwischen den beiden Bewegungen eine gewisse Zusammenarbeit, das allerdings parallel zum Aufkommen auch einer finnischen Kapitalistenklasse und demgemäß klarerem Hervortreten des Klassenbewußtseins unter den Arbeitern wieder sich abschwächte und aufhörte.

Wie anderwärts so verkörperte sich die Arbeiterbewegung auch in Finnland ursprünglich in Bildungsvereinen. Die ersten dieser Arbeitervereine wurden 1883 — unter Führung des modern gebildeten, enthusiastischen Fabrikanten W. VON WRIGHT — in der Hauptstadt Helsingfors und in Wasa (an der Westküste) gegründet. Sie dienten dann anderen als Muster. Diese ersten Arbeitervereine Finnlands dienten zunächst weniger zur Verteidigung der eigentlichen Arbeiterinteressen als vornehmlich Kulturzwecken aller Art. Sie gewannen als Bildungs-, Gesang- und Nähvereine, sowie als Rednerschulen bahnbrechende Bedeutung. Freilich lag in ihnen von Anfang an der Keim zu Schwierigkeiten aller Art. WRIGHT wollte natürlich das Beste der Arbeiter — aber so wie er es verstand. Vor allem wollte er Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern vermieden wissen. Er vertrat also im Wesentlichen die gleiche Harmonielehre wie MECHELIN, jedoch in Verbindung mit praktischer Betätigung zur Erreichung des Harmoniezieles.

Auch in Finnland standen zu Beginn der Bewegung an der Spitze der Arbeitervereine in der Hauptstadt sowohl wie an anderen Orten vor allem Unternehmer, Arbeitsleiter und dergl. Es muß auch zugestanden werden, daß die Arbeiter selbst damals zur Selbständigkeit der Leitung noch nicht reif genug waren. Demgemäß wies die Vereinstätigkeit im ganzen durchaus bürgerliches Gepräge auf und es dominierte der Gedanke der Interessengemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Das änderte sich mit der allmählich wachsenden Fähigkeit und dem zunehmenden Selbstbewußtsein der letzteren. Man darf aber

trotzdem nicht glauben, daß die Bemühungen WRIGHTS und seiner Gesinnungsgenossen in den bürgerlichen Kreisen besondere Zustimmung und Förderung gefunden hätten. Das Gegenteil war der Fall. Besonderer Feindseligkeit begegnete namentlich die Befürwortung des 12stündigen Arbeitstags durch WRIGHT — wobei man sich zu erinnern hat, daß in England bereits 1847 der 10stündige Arbeitstag gesetzlich eingeführt worden war. Ein von WRIGHT 1888 im Landtage eingebrachter Antrag auf Einführung des 12stündigen Arbeitstages fand nur geringe Unterstützung. Immerhin hielten jedoch bereits auch die bürgerlichen Abgeordneten einige Palliative gegen die von außen her heranziehende sozialistische Gefahr für opportun und schufen daher ein paar Gesetze zugunsten der Arbeiter.

3. Zum Selbstbewußtsein und zum Verständnis ihrer Sonderinteressen erwachten die großen Massen einigermaßen erst zu Beginn der 90er Jahre. Den Anstoß hierzu gab natürlich die ökonomische Notlage. Die Jahre 1891/93 brachten schlechte Ernten. Die infolgedessen erfolgte Steigerung der Brotpreise verschärfte sich noch durch die Getreidespekulation. Die Löhne hinwiederum sanken vielfach bis auf 1 Mark pro Tag und die Not stieg in solchem Grade, daß einmal hungernde Arbeiter aus der Kaufhalle der Hauptstadt Lebensmittel raubten.

Unter solchem Druck kam es 1893 zu einem Kongreß der Vertreter von 21 Arbeitervereinen in Helsingfors. Um jene Zeit gab es im Lande 23 Arbeitervereine mit etwa 10 000 Mitgliedern, von denen übrigens viele keine eigentliche Arbeiter waren. Der Gedanke, einen Arbeiterkongreß abzuhalten, war schon zwei Jahre früher aufgetaucht. Er konnte aber nicht zur Ausführung kommen, weil der Generalgouverneur den Kongreß mit der Motivierungsverbot: er könnte „Unordnungen veranlassen“. Dann war 1892 der Vorschlag zur Bildung eines allgemeinen Arbeiterverbandes gemacht worden. Aber auch er wurde von den Verwaltungsbehörden als gefährlich angesehen, so daß die Proponenten zunächst nur ein Exekutivkomitee bildeten.

Ungeachtet der Leiden der Arbeiterschaft konnte damals noch der Vorsitzende, WRIGHT, behaupten, „daß persönliche Leiden und daraus entstandene Erbitterung der Arbeiterbewegung des

Landes ihren Stempel nicht aufgedrückt habe“. In der Tat, die Erbitterung war erst im Entstehen. Sie hatte bereits zu Arbeitsniederlegungen geführt. Diese waren zunächst planlos und daher auch erfolglos. Größeren Widerhall erweckte erst der Typographenstreik von 1890, der die höheren Schichten zu der Auffassung zwang, daß die finnischen Arbeiter weniger ruhig und verläßlich seien, als man angenommen hatte. Nun empfanden sie, daß eine ernste Gewitterwolke an dem früher so klaren Himmel erschienen sei. Bei all dem handelte es sich aber um Vorhutgeplänkel. Erst um das Jahr 1895 begann die Arbeiterschaft in größerem Umfang im Wege von Streiks Forderungen geltend zu machen. 1895 erschien auch die erste Arbeiterzeitung der „Työmies“ (Der Arbeiter). Sie stieß natürlich auf sofortige Feindseligkeit von seiten der höheren Schichten. Kaum ins Leben getreten, bekam sie auch schon eine offizielle Warnung wegen eines Artikels: „Die Hebung des Bildungsniveaus der Arbeiterklasse“. Im Jahre 1896 — dem „roten Jahr“ — brachen dann mehrere Streiks aus, und die „vaterländischen“ Arbeitgeber brachten über die Grenze russische Streikbrecher.

In demselben Jahr fand der bedeutsame zweite Kongreß der Arbeitervereine zu Tammerfors statt. Inzwischen war in der finnischen Partei eine Spaltung eingetreten; ihr konservativerer Teil, die sog. Altfinnen, zog sich allmählich von der Arbeiterbewegung zurück; die radikalen Jungfennomanen dagegen aber traten jetzt als Vormünder und Gönner der Arbeiter auf. Die Spaltung zeigte sich auch auf dem Kongreß von Tammerfors. Am schärfsten äußerten sich die Gegensätze in der Stimmrechtsfrage. Die Einen waren Anhänger eines abgestuften Zensuswahlrechtes, die Anderen traten für die Forderung des allgemeinen Stimmrechts ein. Der Sieg fiel der sog. „radikalen Richtung“ zu. Das alte Arbeiterprogramm hatte so ziemlich den Anschauungen der Altfinnen entsprochen. Nun gelangte der Programmentwurf eines jungfinnischen Führers, des späteren Reichspräsidenten K. J. STÄHLBERG, im großen Ganzen zur Annahme. Derselbe forderte die Abschaffung des zensusmäßig abgestuften Wahlrechtes, das den höheren Steuerträgern auch ein Pluralwahlrecht sicherte, für die politischen Wahlen. Fortan sollten nur die Dienstboten auf dem Lande, sowie die Soldaten vom Stimmrecht ausge-

schlossen, sonst aber jeder Bürger mit einem direkten Einkommen von 400 Fmk in den Städten, beziehungsweise 200 Fmk auf dem Lande, stimmberechtigt sein. Dieser „Sieg des Radikalismus“ bewog WRIGHT, sich von der Leitung der Arbeiterbewegung zurückzuziehen. Gar viel hatte freilich dieser Radikalismus nicht zu bedeuten. Erklärte sich ja gleichzeitig der Kongreß gegen Streiks als Mittel zur Erlangung kürzerer Arbeitszeit; auch sprach er sich gegen die Anstellung besonderer Agitatoren aus usw.

Diese überaus gemäßigte Politik der Arbeiter vermochte jedoch keineswegs etwa Zustimmung unter den bürgerlichen Klassen zu erringen. Deren Angriffe gegen die Arbeiterklasse wurden vielmehr immer heftiger; und in demselben Maße stieg mit jedem Jahr die Unzufriedenheit unter den Arbeitern. 1897 wanderte der erste Arbeiteragitator, T. TAINIO, durch das Land und ein anderer, EETU SALIN, folgte bald nach. Im gleichen Jahr fand in Helsingfors die erste Massenversammlung im Freien statt. In einigen Städten forderten die Arbeiter eigene Vertretung in der Gemeindeverwaltung; teilweise mit Erfolg. Als 1898 ein neues, im Sinne von KUROPATKIN abgefaßtes Wehrpflichtgesetz dem Landtag vorgelegt werden sollte, bestrebten sich die Arbeiter bei den Wahlen, einige eigene Vertreter durchzusetzen, weil ja das Wehrpflichtgesetz auch für sie von tiefgreifender Bedeutung werden mußte. Ihre dahin abzielenden Bemühungen wurden aber von seiten der herrschenden Parteien zurückgewiesen. Diese Haltung der bürgerlichen Parteien erzeugte unter den, schon zu einem gewissen Selbstbewußtsein gelangten Arbeitern böses Blut, und in der Hauptstadt wurde der Wahlstreik proklamiert — der freilich, angesichts der geringen Zahl von Arbeiterwählern, nur eine demonstrative Bedeutung hatte. Immerhin wuchs durch all das ständig die Kluft zwischen Bürgerlichen und Arbeitern und die Arbeiterschaft in Helsingfors, Åbo und Tammerfors konstituierte sich zu eigenen lokalen Arbeiterparteien. Ich selbst hatte bereits 1896 sowohl in der Arbeiterzeitung als auch auf dem Arbeiterkongreß zu Tammerfors die Bildung einer selbständigen Arbeiterpartei empfohlen — ohne daß die Kongreßleitung meinen Antrag auch nur zur Abstimmung zugelassen hätte. Nun aber wuchsen die Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft immer mehr und wurden vielfach sichtbar. So

waren z. B. die Arbeiter mit der bisherigen bürgerlichen Abstinentenbewegung unzufrieden, weil ihnen als ein Hauptfeind das Alkoholkapital schien. Sie proklamierten daher einen gewaltigen „Alkoholstreik“, woran sich zuletzt ca. 70 000 Personen, meist Arbeiter, beteiligten, die den Abstinentenvereinen nicht angehörten. Erfüllte nun auch die Alkoholstreikbewegung letzten Endes die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht, so trug sie doch dazu bei, daß auf dem Abstinentenkongreß zu Tammerfors 1898 die Abstinenten- und die Arbeiterbewegung als ebenbürtige Geschwister anerkannt wurden, und daß dann wieder im darauffolgenden Jahr das absolute Alkoholverbot unter die Programmforderungen der Arbeiterschaft aufgenommen wurde.

So lange sich die Arbeiter hauptsächlich auf die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beschränkten, ohne als eine Klassenpartei aufzutreten, zeigten sich die bürgerlichen Radikalen ihnen gegenüber wohlwollend. Allmählich aber änderte sich das Bild. Im Jahre 1899 schritten die russischen Machthaber zu entscheidenden Russifizierungsmaßnahmen, und der Zar erließ in dieser Absicht das berüchtigte Februar-Manifest. Angesichts der Gefahr, die das ganze Vaterland bedrohte, drängten die Arbeiter eifriger als je zum Mitbestimmungsrecht in den öffentlichen Angelegenheiten. Allein die Bürgerlichen waren von ihrer eigenen Vortrefflichkeit als Führer im nationalen Verteidigungskampfe zu sehr überzeugt, um die Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen. Gegen das Februar-Manifest wurde eine große Protestaktion vorgenommen. Eine Adresse an den Zaren wurde von mehr als $\frac{1}{2}$ Million finnischer Bürger unterzeichnet und dem Monarchen übergeben; die hervorragendsten Führer der Arbeiter aber wurden von der geplanten Maßnahme absichtlich ferngehalten. Auch fand die Protestadresse von seiten der Arbeiter keine ungeteilte Unterstützung. Der Chefredakteur der Arbeiterzeitung „Työmies“, M. KURIKKA, legte dar: „die unwiderstehliche Macht eines Volkes sei eben das Volk selbst als ein Ganzes, zum Denken und zum Selbstbewußtsein erzogen“, und „der einzige Weg zur Erhaltung der nationalen Persönlichkeit gehe durch die Reihen der organisierten Arbeiterschaft“. Ausführungen, die von den bürgerlichen Patrioten als vaterlandsverräterisch bezeichnet wurden. Man versuchte sogar, das Weiter-

erscheinen des „Työmies“ zu verhindern, und KURIKKA sah sich gezwungen nach Amerika auszuwandern.

4. Infolge dieser Ereignisse wuchs das Selbstbewußtsein der Arbeiter gewaltig und kam am klarsten in der Gründung einer eigenen Partei zum Ausdruck. Schon 1898 waren, wie gesagt, örtliche Arbeiterparteien in drei Städten gebildet worden. Die Gründung der Gesamtpartei fand dann auf dem III. Kongreß der Arbeitervereine in Åbo im Sommer 1899 statt. Auf diesem Kongreß kam es auch zur endgültigen Trennung der bürgerlichen Radikalen von den Arbeitern. In der Tat mußte auch der Führer der ersteren zugeben, daß „die Arbeiterpartei, wenngleich noch nicht organisiert“, eigentlich schon existierte. Der Vorschlag, diese Organisationsarbeit durchzuführen, sei also zwar folgerichtig, doch passe das sozialistische Programm als solches für die Verhältnisse in Finnland nicht. Der Kongreß nahm jedoch mit 55 gegen 3 Stimmen den ihm vorgelegten, dem deutschen Erfurter Programm ziemlich treu nachgebildeten Programmentwurf in seinem praktischen Teil an. Was den theoretischen Teil anbelangt, so besagte er, im Hinblick auf die zugespitzten politischen Verhältnisse, etwas vorsichtig, daß sich die finnische Arbeiterpartei „hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Prinzipien der allgemeinen Arbeiterbewegung gründe“. Bemerkenswert ist, daß in diesem theoretischen Teil des Programms die nationale Freiheit Finnlands als eine wesentliche Voraussetzung der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung der finnischen Arbeiterklasse bezeichnet wurde. Ausdrücke wie „Sozialismus“ und „sozialistisch“ wurden vollständig vermieden. Dessen ungeachtet wüteten die Gegner, und die bis dahin von den Gemeindeverwaltungen den Arbeitervereinen gewährten Subventionen wurden eingestellt. Mehrere größere Vereine, in denen die Bürgerlichen noch ihren Einfluß behalten hatten, blieben denn auch vorläufig der Partei fern; von den im Jahre 1900 vorhandenen 69 Vereinen mit 8194 Mitgliedern schlossen sich ihr jedoch die größten 24 mit 6555 Mitgliedern an. Die bürgerlich gesinnten Mitglieder traten meist aus.

Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Arbeitervereine auf dem Lande ebenso groß war wie in den Städten, bis sie schon im Jahre 1904 die städtischen überflügelten (58 und 41). Die wirt-

schaftlichen Mißstände waren eben auf dem Lande mindestens gleich groß wie in den Städten und der Sozialismus gewann dort beinahe vom Anbeginn an starke Verbreitung.

Der Kongreß zu Åbo erörterte auch mehrere wichtige Fragen, die später weiter entwickelt wurden. Die Forderung nach dem allgemeinen Stimmrecht, auch für Frauen, wurde endgültig angenommen und als Mittel zu deren Durchsetzung der Generalstreik in Aussicht genommen. Gleichermaßen wurden gefordert: die volle Gleichberechtigung der Frauen und der achtstündige Arbeitstag (mit einigen Ausnahmen), die Lösung der Frohnbauernfrage, die Schaffung der Altersversicherung und die Gründung von Arbeiterinstituten.

In derselben Zeit wie unter den finnischen Arbeitern gewann der Sozialismus auch Boden unter den schwedischen Arbeitern Finnlands. Das schwedische Volkselement hat bis auf den heutigen Tag unter dem einseitigen Einfluß der schwedischen Herrenklasse gestanden und sein Selbständigkeitsgefühl hat dadurch starke Abschwächung erfahren. Dazu kommt, daß die nationalen Gegensätze von der schwedischen Bourgeoisie bewußt ausgenutzt wurden, um die Führung der gesamten schwedischen Bevölkerung Finnlands in der Hand zu behalten. Trotzdem gelang 1899 die Gründung des „Schwedischen Arbeiterverbands Finnlands“, obgleich diesem anfangs nur 3 Ortsgruppen sich gesellten. Besondere Bedeutung für die ganze Arbeiterbewegung Finnlands erlangte der Bund dadurch, daß er statutenmäßig das Recht zur Bildung von Ortsgruppen besaß. Infolgedessen vermochten in der Zeit der finsternen Reaktion bis 1905, in der die Behörden überhaupt keine neue Statuten bestätigten, rein finnische Arbeitervereine durch Anschluß an den schwedischen Arbeiterverband zu legalem Dasein zu gelangen, und an 200 finnische — d. h. fast alle damals gegründeten — nutzten tatsächlich diese Möglichkeit aus.

Auch unter den Arbeiterinnen fing es damals an sich zu regen. Ihr erster Kongreß fand 1900 statt. Es wurden auf ihm hauptsächlich Lohn- und Arbeitszeitfragen erörtert. Schon im Jahre zuvor war der erste Arbeiterinnenstreik in Åbo ausgebrochen, der mit großer Energie geführt wurde und siegreich endete.

Was die Gewerkschaftsbewegung anbetrifft, so hatten Ende

1899 und Anfang 1900 zwei allgemeine Gewerkschaftskongresse stattgefunden. Sie verliefen jedoch wegen Zwistigkeiten mit der Leitung der politischen Partei erfolglos. Der Parteitag zu Åbo hatte nämlich die Einberufung des Gewerkschaftskongresses dem Parteivorstand übertragen, einige Gewerkschaftsverbände wollten sie aber in eigene Hände nehmen, so daß die geplante Bildung einer gewerkschaftlichen Landeszentrale vorläufig unterblieb.

Die geschilderte Bewegung unter der Arbeiterschaft Finnlands steigerte die Feindseligkeit gegen die Arbeiter sowohl unter den Arbeitgebern als auch unter den russischen Machthabern. Die Versammlungsfreiheit wurde schon im Jahre 1900 aufgehoben; das Hauptorgan der Arbeiter, der „Työmies“, wurde auf einen Monat eingestellt; die Zensur gegen die vier damals existierenden Arbeiterblätter wurde strengstens gehandhabt. Die Arbeiter antworteten mit großen Protestversammlungen und die Verhältnisse verschärften sich noch mehr, als der Generalgouverneur BOBRIKOFF im Jahre 1903 mit diktatorischer Gewalt bekleidet wurde.

5. Auf den — verhältnismäßig unbedeutenden — Wiborger Parteitag von 1901 folgte zwei Jahre darauf, als die Reaktion am heftigsten wütete, der zu Forssa. Er fand unter Polizeibewachung statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Schaffung eines neuen Parteiprogramms, wurde daher erst zum Schluß verhandelt, weil man die polizeiliche Auflösung fürchtete. Die Beratungen schlossen mit der Annahme eines rein sozialistischen Programms, das im wesentlichen noch heute gilt. Auf dem Forssaer Kongreß nahm die Partei die Bezeichnung „Sozialdemokratische Partei Finnlands“ an — was allein damals schon fast eine Tat war. Der theoretische Teil des neuen Parteiprogramms stimmt mit dem österreichischen fast wörtlich überein — mit dem Zusatz: daß eine Zusammenarbeit mit Bürgerlichen nur dann Platz greifen dürfe, wenn hierdurch das Parteiprogramm in keiner Art verletzt würde. So hatte fortan die finnische Arbeiterpartei ein Programm, das in seinem theoretischen Teil dem der deutschen Sozialdemokratie überlegen war, weil ja VICTOR ADLER in dem österreichischen eine richtigere Krisentheorie aufgestellt hat. Besonders hervorzuheben ist die Formulierung: daß die Partei „zur Verwirklichung ihrer Ziele alle zweckmäßigen und dem natür-

lichen Rechtsgefühl des Volkes entsprechenden Mittel verwenden“ wolle. Von gesetzlichen Mitteln wurde nicht gesprochen. Ohne Zweifel, weil man unter dem Druck einer Ausnahmegegesetzgebung lebte und die Sozialdemokraten die Gesetzmäßigkeit des bestehenden Staates nicht in allen Beziehungen anerkannten.

Eben mit Rücksicht auf den Ausnahmezustand erfolgte die Annahme des theoretischen Teils des Programms nur mit 63 gegen 8 Stimmen, die für einen Aufschub waren. Freilich wird man im gedruckten Kongreßprotokoll vergebens nach ihm suchen. Der Zensor hatte es sofort konfisziert und erst nach dem Generalstreik von 1905 gelangte es ans Licht.

Die hauptsächlichlichen Forderungen des Parteiprogramms, auf die sich der Kongreß geeinigt hatte, waren: allgemeines, geheimes, gleiches und direktes (Aktiv- und Passiv-)Wahlrecht für sämtliche Bürger vom 21. Lebensjahr an; Proporzsystem; Einkammervvertretung; Abgeordneten-Diäten; Volksinitiative und Referendum; vollständige Vereins-, Versammlungs-, Presse- und Redefreiheit; allgemeine Schulpflicht; Unentgeltlichkeit des Unterrichts und Umbildung der Volksschule zu einer Vorschule für die Mittelschule; Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung von Kirche und Staat; progressives Steuersystem; Höherbesteuerung von Zinsen, Erbschaften und unverdientem Wertzuwachs; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege; staatliche und kommunale Gesundheitspflege; Milizsystem; Gleichstellung von Mann und Frau; allgemeines Alkoholverbot; achtstündiger Arbeitstag; Minimallohne; Verbot der Nacharbeit; 36stündige Ruhezeit in der Woche; Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Frauenarbeit; Vermehrung der Gewerbeinspektoren; Erweiterung der Arbeiterversicherung; Pflege der Waisenkinder.

Das zugleich angenommene Municipalprogramm forderte ebenfalls: allgemeines und gleiches Wahlrecht für die Gemeindevertretung; Kommunalsozialismus; Maßnahmen gegen die Wohnungsnot; Unentgeltlichkeit der kommunalen Krankenpflege und Rechtshilfe; Beseitigung des Entrepreneursystems für kommunale Arbeiten; lokale Option in der Alkoholfrage bis zur Einführung des allgemeinen Alkoholverbotes; Sommerkolonien für Arbeiter; Unentgeltlichkeit der Schulmaterialien usw.

Das Agrarprogramm endlich verlangte vornehmlich ein neues, den Interessen der Kleinpächter angepaßtes Pachtrecht; die Loslösung des Jagd- und Fischereirechts vom Grundbesitz; die Aufhebung der Gesindeordnung und die Expropriation von Grund und Boden zugunsten des Staates.

Besonders scharf trat das gesteigerte Klassengefühl der Arbeiter in der Parteitagsresolution über das Stimmrecht zutage. Offen wurde in ihr ausgesprochen, daß die Arbeiterklasse die veraltete Volksvertretung und deren gesetzgeberische Beschlüsse nicht anerkennen könne, weil durch das geltende Wahlsystem die große Mehrheit des Volkes vom Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen sei. Solange die Rechte so ungleich verteilt seien, übernehme die Partei keine Verantwortlichkeit für das Urteil, das die Geschichte über das Volk wegen der im Kampfe um seine Existenz gezeigten Schwäche fällen werde. Diese kühne und offene Erklärung bildete den Höhepunkt des Kongresses und machte auf die oberen Klassen einen tiefen Eindruck, trotzdem oder vielmehr weil sie in ihrer Geradheit unter den obwaltenden Verhältnissen „gefährlich“ scheinen mochte.

6. Nach dem Forssaer Kongreß mußte die Arbeiterklasse — wie übrigens ja auch schon früher — zwei Gegnern gegenüber Front machen. Von der einen Seite her drängte die einheimische Bourgeoisie. Einige große Unternehmer hatten schon 1901 ihren Arbeitern die Verbreitung von Arbeiterliteratur oder die Angehörigkeit zu Arbeitervereinen verboten. Wer sich zu keinem entsprechenden Revers verstand, wurde ohne weiteres entlassen. Dies geschah kurz nach der Entstehung des finnischen Arbeitgeberverbandes. 1904 kam es dann — unter den Papierarbeitern in Woikka — zum ersten großen Streik, gegen den Waffengewalt aufgeboten wurde; zwei Arbeiter wurden verhaftet, der örtliche Arbeiterverein aufgelöst und sein Vermögen konfisziert. Ein ernster Konflikt mit den russischen Machthabern entwickelte sich 1902, als die Arbeiter sich, ebenso wie die fortschrittlichen Elemente überhaupt, dem neuen, verfassungswidrigen Wehrpflichtgesetz nicht fügen wollten. Die herrschende reaktionäre Richtung brachte besonders nach Aufhebung der Versammlungsfreiheit für Arbeiter viel Unheil, es wurde viel Spionage getrieben.

Vereine wurden aufgelöst, die Polizei ließ keine Vereinsversammlung, ja sogar keine Sitzung der Vereinsvorstände unüberwacht und auch der Parteivorstand hatte alle Mühe, sich die Polizei vom Leibe zu halten, genau so wie zur Zeit BISMARCKS in Deutschland. Wollte man sich über das Verbot hinwegsetzen und Massenversammlungen abhalten, so mußten diese mittels geschriebener Zettel einberufen werden — um dann doch oft genug überrascht und aufgelöst zu werden. Die Zeitungszensur war ebenfalls unerträglich. All das vermochte jedoch die sozialistische Bewegung nicht einzudämmen. Agitationskurse wurden veranstaltet, überall waren Agitatoren tätig, Flugblätter wurden fleißig verbreitet. Auch die Landarbeiter begannen immer mehr sich der Bewegung anzuschließen und setzten in den Jahren 1902 bis 1903 an mehreren Orten einen kürzeren Arbeitstag durch.

Für die Erstarkung der Bewegung war das Jahr 1904 entscheidend. Nach dem Kongreß zu Forssa fingen auch die oberen Schichten an zu verstehen, daß die alte Volksvertretung sich überlebt hatte. Betonten ja auch die russischen Imperialisten in ihrem Kampf gegen die Autonomie Finnlands, daß der Landtag tatsächlich das finnische Volk nicht vertrete — da er zu $\frac{1}{4}$ aus selbstberechtigten Edelleuten, zu $\frac{3}{4}$ aber aus Vertretern der Geistlichkeit, der Städtebewohner und der Bauernschaft bestand — die nach einem ganz undemokratischen Wahlrecht entsendet wurden.

Im Sommer 1904 wurde der Generalgouverneur BOBRIKOFF durch einen finnischen Patrioten ermordet. Er hatte die Unterdrückung auf die Spitze getrieben, die russische Sprache auf fast allen Verwaltungsgebieten aufgedrängt, russische Pioniere des zaristischen Imperialismus oder dessen finnische Helfershelfer gesetzwidrig in die Ämter eingesetzt, finnische Patrioten aus dem Lande getrieben oder ihrer Ämter entsetzt usw. Der Tod des Satrapen erfüllte nun die Gemüter mit neuen Hoffnungen. Auf eine einheitliche Taktik konnte sich aber die Arbeiterklasse nicht einigen. Als 1904 Landtagswahlen stattfanden, befürworteten manche die Beteiligung an den Wahlen und erreichten auch, daß einige wenige Arbeitervertreter in die Kandidatenlisten der bürgerlichen Parteien aufgenommen und gewählt wurden. Die Radikaleren waren an sich für die Wahlenthaltung, erklärten sich

jedoch bereit, jene bürgerlichen Kandidaten und Parteien zu unterstützen, die sich auf das allgemeine Wahlrecht bei den Wahlen der städtischen Abgeordneten verpflichten würden. Als jedoch diese Bedingung von keiner bürgerlichen Partei angenommen wurde, kam es wirklich zu einem allgemeinen Wahlstreik der Arbeiter. Die herrschenden Klassen waren also im Herbst 1904 noch nicht geneigt, sich mit dem allgemeinen Wahlrecht abzufinden. Diese Frage sollte vielmehr vorläufig noch vertagt werden. Den Vorwand bot, daß im Lande keine gesetzlichen Zustände herrschten, was freilich die gesetzgeberische Erledigung verschiedener anderer Fragen nicht hinderte.

Die Empörung unter den Arbeitern wuchs infolgedessen immer mehr an. Im Februar 1905 fanden überall gut geleitete und gelungene Demonstrationen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts und des Einkammersystems statt. Doch hatte inzwischen die Arbeiterschaft ihre Forderungen gesteigert. Sie verlangten nunmehr die unverzügliche und vollständige Abschaffung der veralteten Ständeversammlung und die Einführung eines modernen Parlaments. Als am 14. April die Wahlrechtsreform im Landtage zur Entscheidung stand, demonstrierten an 30 000 aus dem ganzen Lande herbeigeeilte Arbeiter vor dem Landtagsgebäude und warteten noch fast die ganze Nacht hindurch auf die Beschlußfassung. Als diese dennoch negativ ausfiel, brach in den Massen ein solcher Sturm los, daß sie nur mit Mühe von unüberlegten Taten abgehalten werden konnten. Diese Demonstration kann als die Reifeprüfung der finnischen Arbeiter betrachtet werden.

Während des Jahres 1905 zeigte der Verteidigungskampf gegen die Russifizierungspolitik die Neigung zu schärferen und aktiveren Formen. Unter den Bürgerlichen bildete sich eine revolutionäre Partei, die sich nicht mehr mit bloßer Passivitätspolitik begnügte, sondern zu terroristischen Handlungen überging; und auch unter den Arbeitern entstanden, unter Einwirkung der bürgerlichen „Aktivisten“, an einigen Orten kleine terroristische Gruppen. Die große Masse hielt aber an der bewährten sozialdemokratischen Politik fest, nicht ohne gleich entschieden gegen das russische Knutenregiment Stellung zu nehmen. So z. B. demonstrierten die Helsingforser Arbeiter im August 1905, un-

mittelbar vor dem Polizeigebäude, in einer gewaltigen Versammlung gegen die reaktionäre, demoralisierte Polizei.

7. Im Herbst 1905 brach der Sturm in Rußland los. Der unglückliche Krieg gegen Japan rief dort den Generalstreik hervor, und dieser griff bald nach Finnland über. Die Arbeiter begannen den Streik, bald nachher folgten die Studenten und andere patriotische Bürger. Es dauerte nicht lange und ein großartiger politischer Nationalstreik hatte das ganze Land und alle Volksschichten erfaßt. Die Helsingforscher Arbeiter veranstalteten Versammlungen, an denen bisweilen 40 000 Personen teilnahmen, wählten ein Streikkomitee und errichteten, vorläufig in Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen, eine Miliz. Der Verkauf von alkoholischen Getränken wurde auf Anregung der Arbeiter verboten. Ohne deren vorbildliche Massenbewegung wäre offenbar aus der ganzen Bewegung nichts geworden. Es war ein wahres Glück, daß die Arbeiterschaft Finnlands schon im Jahre 1905 infolge der vorübergehenden Aufrüttelung ihrer Aufgabe so klar bewußt war, daß sie mit der größten Entschiedenheit in den politischen Ausstand trat. Am letzten Tage des Oktober war derselbe in vollem Gange. Man zog in großen Massen singend durch die Straßen; auch die Kinder sangen die Marseillaise. Die bürgerlichen Patrioten der sog. Konstitutionellen Parteien forderten in einer großen Versammlung außer der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung die Entfernung der ungesetzlich angestellten Beamten und der russifizierten finnischen Regierung, sowie die Einberufung des Landtags. Nun waren unter dem Eindruck der Massenbewegung die Bürgerlichen geneigt, das allgemeine Wahlrecht fast ohne Ausnahme zu bewilligen. Allein die Arbeiter gingen jetzt in ihren Forderungen weiter. Sie wollten vollständige Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit und die Einberufung einer Konstituierenden Versammlung mit der Aufgabe, eine moderne Volksvertretung zu schaffen. Außerdem forderten sie die Schließung der Schenken und Bordelle, sowie die Zugestehung des vollen Bürgerrechts an die Juden.

Die Einigkeit zwischen den Arbeitern und den bürgerlichen Konstitutionellen ging jedoch sofort in die Brüche, als sich diese der Einberufung der Konstituante widersetzen. Auch innerhalb

der Miliz entstand eine Splitterung: die Studenten und sonstige Bürgerliche bildeten die „weiße Garde“, die Arbeiter ihrerseits die „rote Garde“. Die letztere hatte eine Stärke von etwa 6000 Mann. Sie übernahm den gesamten Wachtdienst und besorgte ihn vortrefflich. Der russische Generalgouverneur, Fürst OBOLENSKI, beobachtete dem Streik gegenüber völlige Passivität, was um so auffallender ist, als das russische Militär, die Kanonen Sveaborgs und die russischen Panzerschiffe im Hafen Helsingfors vollständig beherrschten. Deputationen der Volksversammlungen gegenüber erklärte sich die russisch-finnische Regierung zur Demission bereit, was die ungeheure Volksmasse auf der Straße mit lautem Jubel begrüßte, worauf vor dem Denkmal des Finnland freundlich gesinnt gewesenen Kaisers ALEXANDER II. die Nationalhymne gesungen wurde.

In Tammerfors, „Finnlands Manchester“, veröffentlichten die Arbeiter eine „rote Proklamation“, die von einer vieltausendköpfigen Masse unter Absingung der Marseillaise und der Nationalhymne angenommen und von einer Arbeiterdeputation mittels Extrazug nach Helsingfors gebracht wurde. Inhaltlich stimmte sie im ganzen mit den Beschlüssen der hauptstädtischen Arbeiter überein. Sie wurde dann auch in der Hauptstadt von einer großen Volksversammlung als das eigentliche Manifest der Arbeiterklasse angenommen.

Indessen hatten die Konstitutionellen ein kaiserliches Manifest entworfen und es dem Kaiser vorgelegt, der es auch in der Nacht vom 3. zum 4. November unterzeichnete. Als das Manifest nach Helsingfors gelangte, lud der Generalgouverneur Vertreter der verschiedenen Parteien zu sich — mit Ausnahme der Arbeitervertreter. Diese hatte man „aus Versehen“ zu laden unterlassen. Offenbar erachtete man es nicht als zweckmäßig, auch den Arbeitern Gelegenheit zu geben, auf die Zusammensetzung der künftigen Regierung Einfluß zu nehmen.

Im kaiserlichen Manifest war zwar die Rede vom allgemeinen Stimmrecht. Jedoch weder von einer Parlamentsreform noch vom Frauenstimmrecht oder von Rede-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Die Zensur allerdings sollte gleich abgeschafft und mehrere drückende und gesetzwidrige Verordnungen aus den letzten Jahren aufgehoben werden. Das Manifest wurde von den

Bürgerlichen mit grenzenlosem Jubel empfangen, von den Arbeitern mit gemischten Gefühlen. Die Errungenschaften des Generalstreiks schienen vorläufig den Arbeitern zu unbedeutend und zu unsicher. Sie beeilten sich daher nicht, den Streik zu beendigen. Das zeitigte Unruhen und Zusammenstöße mit den Bürgerlichen. Und da offensichtlich für die Arbeiter nichts mehr von einer Fortsetzung des Streiks zu erwarten war, so hörte dieser endlich auf, nachdem die Arbeiter in einem feierlichen Aufruf versichert hatten: sie würden sich fortan zu einem neuen, entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Vorrechte rüsten. Die rote Garde sollte beibehalten werden, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben; ebenso das Alkoholverbot; und der Parteitag sollte möglichst bald zusammentreten.

Die Spannung zwischen den Bürgerlichen und den Arbeitern dauerte also auch nach dem Generalstreik fort. Diese hatten um so weniger Sicherheit, daß die Bürgerlichen das Einkammersystem annehmen würden, als die Mutigsten unter den Konservativen noch hofften, durch Schaffung eines Oberhauses die Bedeutung des auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählten Parlamentes verringern zu können.

In der ersten Zeit nach der Erlassung des November-Manifestes beeilte man sich in Finnland, die neugewonnene Freiheit auszunutzen, bevor die Reaktion in Rußland genug erstarkt wäre, um auch nach Finnland überzugreifen. Auch die Arbeiter waren sehr rege. Die Sozialdemokratie versammelte sich schon im November 1905 zu einem außerordentlichen Parteitag. Dort befürworteten einige die Teilnahme an dem letzten Ständelandtage, unter der Bedingung, daß einerseits die Bourgeoisie sich für das Einkammersystem erklären und andererseits die Partei sich zugleich zum Generalstreik rüsten würde. Andere verfochten den Wahlstreik und eine Mehrheit von 191 gegen 96 entschied sich in diesem Sinne. Eine Massenversammlung der Helsingforscher Arbeiter am 30. Dezember 1905 gab diesem Beschluß Nachdruck.

8. Die neue, aus lauter Konstitutionellen zusammengesetzte Regierung bestellte eine 14gliedrige Kommission (darunter drei Sozialisten), um ein neues Wahlgesetz und eine neue Landtagsordnung auszuarbeiten. Der Entwurf wurde Ende Februar 1906 fertig und der letzten Ständeversammlung vorgelegt. Er zeigte,

daß weder die finnischen noch die russischen Machthaber etwas Wesentliches an den Forderungen der Arbeiterschaft zu ändern gewagt hatten. Nur daß das Wahlrechtsalter mit 24 Jahren bestimmt wurde und daß durch Schaffung einer „großen Kommission“, nach Muster des norwegischen Lagtings, sowie durch Einführung des Proportionalwahlsystems einige Garantien gegen allzu weitgehende Auswirkungen des allgemeinen Stimmrechts geschaffen werden sollten. Der Gedanke an ein Zweikammersystem blieb aber aufgegeben und das — aktive und passive — Frauenstimmrecht wurde zugestanden. Die Ausnahmen vom allgemeinen Stimmrecht waren von geringer Bedeutung. Der Landtag seinerseits änderte an der Regierungsvorlage so gut wie nichts. Nur unter den Adeligen hatten einige den Mut, die ganze Vorlage ablehnen zu wollen. Die Arbeiter aber veranstalteten im Mai 1906 in Helsingfors wieder eine Massenversammlung, mit Teilnehmern auch aus anderen Orten, die insgesamt $\frac{1}{3}$ Million Menschen vertraten, und es wurde festgestellt, daß überall im Lande Streikkomitees bereit waren, einen eventuellen neuen Generalstreik zu leiten. Das wirkte und der Landtag votierte die Vorlage.

Ohne Zweifel hatten viele Landtagsmitglieder ihr nur mit blutendem Herzen zugestimmt. Allgemein wurde eingestanden, daß die großzügige Reform ein Werk der Arbeiterklasse war, welche während des Novemberstreiks so zielbewußt die Führung an sich genommen hatte. Das neue Gesetz, das am 20. Juli 1906 vom Kaiser bestätigt wurde, verzehnfachte die Zahl der Stimmberechtigten. Es war dies eine Revolution, obwohl mit unblutigen Mitteln zustande gekommen.

Das finnländische Staatswesen erfuhr durch das neue Grundgesetz — das in wesentlichen Stücken immer noch gilt — einen bedeutenden Anstoß zu fortschrittlicher Entwicklung. Die Legislatur blieb nach wie vor eine dreijährige, aber der Landtag mußte nunmehr alljährlich zusammentreten, statt wie früher jedes dritte Jahr. Er wählte nunmehr seinen Vorsitzenden selbst. Ein, freilich beschränktes, aber nachmals erweitertes Interpellationsrecht war bewilligt worden. Von einer Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder war jedoch noch keine Rede und ebenso wenig von einer Initiative des Landtags hinsichtlich der grund-

gesetzlichen, der militärischen, der Presse- und der Zollfragen. Ebenso blieb sein Budgetrecht äußerst beschränkt. Erst von 1917 an kam es auch in diesen Punkten zu einer freieren Entwicklung.

Der Generalstreik hatte wie jede Revolution sowohl gute als schlechte Folgen. Diese zeigten sich gleich nach seiner Beendigung. Der Erfolg hatte offenbar den Kopf einiger der roten Garde angeschlossenen Arbeiter verdreht. Sie entwarfen weit-schweifende Pläne und trennten sich immer mehr vom Partei-vorstande und der organisierten Arbeiterschaft. Einige standen unter dem Einfluß der sog. Aktivisten. Unter den niedrigsten Schichten der Arbeiterschaft bildeten sich an einigen Orten förmliche Banditenbanden, welche allerlei Unfug trieben und welche die Parteileitung nur mit Mühe paralisieren konnte. Die vom Parteivorstand unabhängige Wirksamkeit der roten Garde zeigte sich anlässlich des bekannten Aufruhrs der Besatzung der Festung Sveaborg Ende Juli 1906. Der Führer der roten Garde proklamierte — offenbar im Einverständnis mit den Aktivisten und den Aufrührerischen — ohne Genehmigung des Parteivorstandes und gegen dessen Willen den politischen Generalstreik, der aber über einen halbmißlungenen Versuch nicht hinauskam. Eine Abteilung der Rotgardisten nahm an der Revolte teil und mehrere von ihnen wurden verhaftet und später zu mehrjähriger Zucht-hausstrafe verurteilt. Auch mit der bürgerlichen „Schutzwache“ geriet die rote Garde in Helsingfors in offenen Kampf und es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Zum erstenmal stürmten die Bürgerlichen und die Arbeiter Finnlands bewaffnet gegeneinander an. Infolgedessen sprach sich der Arbeiterkongreß in Uleåborg (20.—27. VIII. 1905) von der roten Garde los. Sie wurde — ebenso wie auch die bürgerliche Schutzwache — von der Regierung gleich nach dem Zusammenstoß aufgelöst. Ander-seits brachte der Generalstreik der Arbeiterbewegung einen großen Aufschwung. Die Zahl der organisierten Arbeiter betrug Ende 1904 16 610 in 99 Vereinen; Ende 1905 schon 45 298 in 177 Vereinen; Ende 1906 85 027 in 937 Vereinen. Noch auffallen-der war das Erwachen der Gewerkschaften zu neuem regen Leben. Nun erschien die Gründung neuer Fachverbände mög-lich, und das machten sich u. a. die Eisenbahner zunutze.

Ein Kongreß von Gewerkschaftlern, der im Sommer 1907 in

Tammerfors stattfand, löste endlich die Frage einer gewerkschaftlichen Landesorganisation. Dieser neuen Zentrale schlossen sich zunächst nur 19 Verbände an, welche Ende 1907 25497 Mitglieder, d. h. 25 % aller Industriearbeiter zählten; außerhalb der Zentralorganisation blieben 9 Verbände mit etwa 7000 Mitgliedern. Einstimmig wurde vom Gewerkschaftskongreß die Ebenbürtigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung festgestellt, die Zugehörigkeit zur politischen Organisation jedoch wurde nicht unbedingt gefordert.

Von großer Wichtigkeit war der erste Kongreß der Kleinpächter vom Jahre 1906. Im Pachtgesetz von 1902 war dem weichenden Pächter nur eine — übrigens unzureichende — Entschädigung für die von ihm gemachten Meliorationen gesichert worden. Nach wie vor aber war die Lage der Kleinpächter unsicher und schlecht geblieben, und oft entstanden Streitigkeiten zwischen ihnen und den Bodeneigentümern. Der Pächterkongreß beschloß daher: die Dauer der Arbeit bei Ableistung der von den Kleinpächtern den Verpächtern zu prästierenden Dienste solle im Sommer 10 und im Winter 7 Stunden nicht übersteigen, der Pachtvertrag schriftlich und auf wenigstens 50 Jahre abgeschlossen und der Pachtschilling nur in Geld berechnet werden. Zugleich beschloß der Kongreß einstimmig die Unterstützung der Sozialdemokratie. Ein Beschluß, der viel dazu beigetragen hat, daß seither das ländliche Proletariat einen so großen Teil der sozialdemokratischen Partei ausmacht. Ferner wurde die gesetzliche Festlegung der „Bauungspflicht“ gefordert, so daß also alles zur Bebauung geeignete Staats-, Gemeinde- und Privatland, wenn der Eigentümer es nicht selbst nutzen wollte oder konnte, der landlosen Bevölkerung zur Nutzung überlassen werden sollte.

Seit dem großen Streik vom Herbst 1905 datiert der Aufschwung auch mehrerer anderer Arbeiterbestrebungen. So wurde 1906 ein sozialdemokratischer Journalistenbund begründet, mit dem Ziel, die fachlichen Interessen der sozialdemokratischen Journalisten zu fördern. — Schon vor dem großen Streik waren mehrere sozialdemokratische Jugendvereine entstanden und 1906 kam es auf einem Kongreß in Tammerfors zur Bildung eines sozialdemokratischen Jugendverbandes mit entschieden antimilitaristischem Charakter. Er schloß sich bald darauf der Jugend-

internationale an, wuchs mit der Zeit gewaltig an und zählte am Ende 1913 7000 Mitglieder in 250 Ortsgruppen. Er verfügte auch über ein eigenes Organ, die „Työläisnuoriso“ (Arbeiterjugend). — Schon im Jahre 1900 hatten sich die Arbeiterinnen zusammengeschlossen, um gemeinsam „mit den Frauen der oberen Klassen für die Erlangung des allgemeinen Stimmrechts“ zu arbeiten, „soweit dies ohne Schädigung der Interessen der proletarischen Frauenbewegung geschehen könne“. 1904 beteiligten sich denn auch mehrere Arbeiterinnen an dem großen Wahlrechtskongreß der bürgerlichen Frauen, auf dem das Wahlrecht für 21jährige Frauen gefordert wurde. Später trennte sich dann allerdings die proletarische Frauenbewegung von der bürgerlichen, ohne jedoch im Eifer für die Erkämpfung des Frauenstimmrechts zu erlahmen. Besonders verdienstvoll wirkten die Arbeiterinnen durch die Gründung von „Idealvereinen“ zur Erziehung der proletarischen Kinder in sozialdemokratischem Geiste. Der publizierten Vertretung aller dieser Bestrebungen war das Blatt „Työläisnainen“ (Die Arbeiterfrau) gewidmet, die seit 1907 erschien.

Auch der meist gedrückte und übersehene Teil der proletarischen Frauen, die Dienstboten, erwachte dank dem Generalstreik zum Eigenleben. Freilich waren schon seit dem Jahre 1892 Dienstmädchenvereine gegründet worden und hatten in den oberen Schichten Unruhe gezeitigt. Jetzt erst aber gewann die Bewegung Ausdehnung und Vertiefung. 1906 wurde auf einem Kongreß, auf dem 7000 Dienstboten vertreten waren, ein Dienstbotenverband gebildet. Hier und auf den folgenden Kongressen von 1907 und 1909 wurde vor allem die Verkürzung der Arbeitszeit und die Abschaffung der veralteten Gesindeordnung gefordert. Die städtischen Dienstmädchen erstrebten auch, mit Erfolg, die Freilassung eines Nachmittags im Laufe der Woche und eines einwöchentlichen, entlohten, Sommerurlaubs, und besonders in den Städten kam die Gesindeordnung tatsächlich außer Übung. —

Einige Monate nach dem Generalstreik endlich wurden die Statuten des „Finnischen Arbeiterverbandes“ bestätigt und er erhielt das Recht, überall im Lande Ortsgruppen zu bilden. Damit war die rechtlich gesicherte Möglichkeit einer freien organisatorischen Entwicklung für die finnische Arbeiterschaft gegeben — eine der größten Errungenschaften des Generalstreiks.

Die schwedischsprechenden Arbeiterschlossen sich zahlreicher als je in ihrem im Jahre 1899 gegründeten Verbands zusammen, der in ein nahes Verhältnis zur Partei trat. Im Hinblick auf mancherlei — allerdings wenig bedeutende — Reibungen zwischen finnischen und schwedischen Arbeitern erklärte der Parteitag in Uleåborg 1906, die schwedische Sprache für das Gedeihen der Arbeiterbewegung unter den finnländischen Schweden als ein unumgängliches Mittel zur Verbreitung der abendländischen Kultur, sowie der sozialdemokratischen Ideen und daher für das ganze finnische Volk wichtig; sie solle deswegen beibehalten und gefördert werden. Zugleich wurden in den Parteivorstand auch Vertreter der schwedischen Arbeiter gewählt und bedeutende Anstrengungen zur Organisierung der letzteren gemacht. Das erschien um so gebotener, weil die bürgerlichen Parteien die Nationalitätenfrage als Vorspann zur Festigung ihrer Stellung auszunutzen suchten. Auch ein paar russische Arbeitervereine entstanden und schlossen sich der Partei an, wurden aber schon 1907 von den russischen Behörden aufgelöst.

Dieser enorme und vielseitige Aufschwung der Arbeiterbewegung rief in den Arbeitgeberkreisen Unruhe hervor. Diese hatten sich schon 1905 zu dem mächtigen „Finnischen Arbeitgeberverbände“ zusammengeschlossen. Auch entstanden unter bürgerlicher Führung einige gelbe Gewerkschaften, die jedoch bald wieder verschwanden. Etwas größere Bedeutung hatten die sog. „Christlichen Arbeitervereine“, die auf einem Kongreß im Jahre 1906 einen Verband bildeten, der für die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Gewalt des Kapitals wirken sollte, soweit dies „nicht im Gegensatz stünde zum Gewissen und zur christlichen Religion“. Dieser christliche Arbeiterbund war bisweilen durch 1—2 Abgeordnete im Landtag vertreten.

9. Von hervorragender Bedeutung war der schon erwähnte Kongreß von Uleåborg. Das auf dem Parteitag von Forssa beschlossene Parteiprogramm war nach drei Jahren schon teilweise veraltet. Allerdings fehlten noch die Grundlagen für ein reifer durchdachtes Programm, vorläufig aber wurde Abhilfe dadurch geschaffen, daß der Parteitag ein besonderes Wahlprogramm für die bevorstehenden Wahlen veröffentlichte, von dem einige Stücke

über das Parteiprogramm hinausgingen, besonders was die Agrarfrage betraf. Es wurden in ihm gefordert: ein neues Pachtgesetz; der Anbauzwang und Rodungen mit staatlicher Unterstützung; die Aufhebung aller Wahlrechtsbeschränkungen, die Schaffung einer Invaliditäts- und Altersversicherung und die Erweiterung der Arbeiterschutzgesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung von Kindern, Jugendlichen und Frauen; endlich eine Steuerreform auf Grundlage des Prinzips der Progressivität.

Die rasch wachsende Parteimitgliedschaft forderte unabweisklich neue Statuten. Die Grundlage der sozialdemokratischen Organisation, so wie sie jetzt noch (1925) besteht, wurde durch das Gesetz über die politischen Wahlen gelegt. Im Hinblick auf dieses wird die Kreisorganisation von allen in demselben Wahlkreise wohnhaften Parteimitgliedern gebildet; daneben bilden die Parteimitglieder in derselben Gemeinde eine Gemeindeorganisation. Die Kreis- und Gemeindevorstände leiten die Wahlagitation, kassieren die Beiträge ein und sammeln parteistatistische Daten usw. Der Parteitag setzt sich aus Vertretern der Kreisorganisationen zusammen. Er wählt den Parteivorstand, dem 2 Vorsitzende, 1 Sekretär und 4 Beisitzer angehören. Dem Vorstande übergeordnet ist der „Parteirat“, der aus den Mitgliedern des Vorstandes und Vertretern der Kreisorganisationen besteht und wenigstens zweimal jährlich zusammentritt. Ein Parteibe-schluß kann auch durch Urabstimmung zustande kommen.

Einstimmig wurde in Uleåborg beschlossen, daß die Partei keine Wahlbündnisse mit Bürgerlichen eingehen dürfe und daß kein Parteiangehöriger sich von Bürgerlichen wählen lassen dürfe. In der Erkenntnis, daß die innere Autonomie Finnlands, solange das reaktionäre Regierungssystem in Rußland fort dauere, in keiner Art garantiert wäre und keine Gewähr für die friedliche Entwicklung der gesetzgeberischen Tätigkeit bestünde, erklärte es die Partei als ihre ernste Pflicht, mit der Freiheitsbewegung in Rußland solidarisch zusammenzugehen, dabei jedoch stets die eigentümliche Stellung Finnlands im Auge zu behalten. Ferner wurde ausgesprochen, daß die russische Sprache nicht deswegen zu hassen sei, weil es russischsprechende Unterdrücker gebe. Auch das Problem des „Ministerialismus“ beschäftigte den Parteitag. Es war nämlich ein bewährtes Parteimitglied, der Volks-

schullehrer J. K. KARI, nach dem Generalstreik in die Regierung eingetreten. Der damalige Parteivorstand war damit einverstanden gewesen, die Arbeiter aber mißbilligten KARIS Schritt schärfstens, weil die Regierung nur dem Zaren, nicht dem Landtage verantwortlich war. Der Parteivorstand ließ denn auch KARI im Stich, der aus der Partei ausgeschlossen wurde und bald nachher demissionierte.

Besondere Aufmerksamkeit wendete der Parteitag der Frage einer Kräftigung der Agitation zu: Agitatorenkurse und ein Seminar für Agitatoren sollten eingerichtet werden und wurden dann auch im Jahr 1909 eingerichtet. In das Internationale Sozialistische Bureau in Brüssel wurden zwei Vertreter der Partei entsendet.

10. Das Ende des Jahres 1906 und die ersten Monate von 1907 beschäftigten die bevorstehenden Wahlen das ganze Land. Die Wahlagitation war sehr lebhaft — man sollte ja jetzt „das neue Finnland aufbauen“. Flugblätter, Parteiprogramme, Wahlproklamationen (die sozialistischen in 300 000 Exemplaren) wurden überall verbreitet; zahlreiche, oft gut vorbereitete Agitatoren durchzogen das Land; mehrstündige Diskussionen von Vertretern verschiedener Parteien wurden veranstaltet. Jede Partei versprach sehr viel; die Altfinnen und die schwedische Partei ritten das Steckenpferd des Nationalismus; die Jungfinnen hoben ihren Kampf für die Verteidigung der Autonomie hervor; die Sozialisten wandten sich an die Arbeiter und Kleinpächter; der Bund der Landwirte suchte die Kleinbauern zu gewinnen. Das Ergebnis der Wahlen vom 15. März 1907 brachte allen eine vollständige Überraschung. Die siegesbewußten Altfinnen und Jungfinnen errangen nur je 59 bzw. 26 Mandate, die Landwirte 9, die Schweden 24, die Sozialdemokraten aber 80. $70\frac{2}{3}\%$ der Wahlberechtigten hatten abgestimmt. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Sozialisten 37% ; Altfinnen $27,4\%$; die Jungfinnen $13,6\%$; die Schweden $12,6\%$; die Landwirte $7,7\%$. In den Städten erhielt die Sozialdemokratie $33,3$, auf dem flachen Lande $37,6\%$ aller Stimmen.

Als stärkste Partei des Landtags hatte die Sozialdemokratie den Anspruch auf Beistellung des ersten Präsidenten. Sie verzichtete jedoch auf ihn, weil sie prinzipiell alle Bürgerlichen als

eine reaktionäre Masse betrachtete¹⁾. Zum Präsidenten wurde daher der als ein zuverlässiger Patriot angesehene Jungfinne P. E. SVINHUFVUD, zum ersten Vizepräsidenten der Mitverfasser dieser Abhandlung, AF URSIN, gewählt.

Die Sozialisten besaßen beinahe keine parlamentarisch erfahrene Vertreter, wohl aber kannten sie gut die Hoffnungen und Forderungen der Arbeiterklasse, und parlamentarische Erfahrung erwarben sie allmählich. Die Reformfragen erfüllten die Luft, die verschiedenen Parteien bemühten sich, einander in Reformeifer zu überbieten, und die Wahlprogramme der bürgerlichen Parteien waren in wichtigen Hinsichten eine Nachahmung des sozialdemokratischen. Es schien, als ob nun vielfache soziale Reformen durchführbar seien — soweit sie bloß vom finnischen Landtage abhingen. Einige kamen denn auch zustande. Vor allem das Gesetz über die Arbeit in Bäckereien: die Nacharbeit, von 9 Uhr nachm. bis 6 Uhr vorm., wurde verboten; die Arbeitswoche wurde mit 48 Stunden fixiert; die Lohnauszahlung sollte fortan nur in Geld erfolgen und für Überstunden wurde ein Zuschlag von 50 % vorgeschrieben. Dies Gesetz trat am 1. Juli 1909 in Kraft. Das von der Arbeiterklasse heiß ersehnte Gesetz gegen Erzeugung, Einfuhr und Verkauf alkoholischer Getränke dagegen wurde zwar trotz Widerstandes vom Landtage mit großer Mehrheit angenommen, jedoch nicht sanktioniert; und nicht anders wurde es, als es der Landtag 1909, unter Berücksichtigung der von den russischen Behörden gewünschten Abänderungen, neuerdings votiert und dieser wiederholt seine Bestätigung verlangte.

11. Mit Bezug auf die Errungenschaften der parlamentarischen Tätigkeit vor der Revolution ist noch folgendes zu erwähnen.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung war veraltet und bedurfte einer Reform. Drei auf eine solche abzielende Gesetzentwürfe wurden auch im Jahre 1909 vom Landtage angenommen. Das Gesetz betreffend die Arbeit in den industriellen Betrieben verbot die Einstellung von Kindern unter 14 (in einigen Fällen sogar unter 13) Jahren; für Kinder von 14 bis 15 Jahren wurde

1) Von dieser veralteten, aber damals noch streng festgehaltenen Auffassung wurde nur im Jahre 1913 eine Ausnahme gemacht, indem der Sozialdemokrat O. TOKOI zum Landtagspräsidenten gewählt wurde.

der Arbeitstag mit 6, für Jugendliche von 15 bis 18 Jahren mit 8 Stunden festgesetzt und zudem die Nachtarbeit (mit einigen Ausnahmen) untersagt. Für Erwachsene wurde eine Arbeitswoche von höchstens 120 Stunden vorgeschrieben; für Überstunden, die in beschränktem Umfang zugelassen wurden, sollte ein Zuschlag von 50 % bezahlt werden. Eine Sonntagsruhe von 30 Stunden wurde vorgeschrieben, die Nachtarbeit Erwachsener nur zugelassen, wenn in 8 Stundenschichten gearbeitet würde. Wöchnerinnen wurde eine Ruhezeit von vier Wochen nach der Entbindung zugesichert.

Die Arbeitgeber und die bürgerlichen Parteien überhaupt setzten dieser Reform starken Widerstand entgegen. Als sie dennoch mit den Stimmen der Sozialdemokratie und denjenigen der radikalen Bauern angenommen wurde, deren Wähler an der Sache wenig interessiert waren, forderte die reaktionäre Presse die Regierung auf, dem Kaiser die Sanktionierung zu widerraten. Das rief unter der Arbeiterschaft große Erregung hervor, die sich in Massenversammlungen Luft machte. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung beschloß dann auch der Landtag im Jahre 1913, dem Kaiser die Sanktionierung zu empfehlen. Diese erfolgte jedoch erst 1917, nach der Revolution.

Das zweite im Jahre 1909 beschlossene Gesetz betrifft den Schutz der Arbeiter gegen Betriebsgefahren. Es brachte nur Bestimmungen, die schon längst in den meisten zivilisierten Ländern gelten. Die Landwirtschaft wird von diesem Gesetz nur wenig berührt. Es wurde 1914 bestätigt und bildet, nebst dem Gesetz betreffend die Arbeit in den Bäckereien, das so gut wie einzige den Arbeitern unmittelbar wertvolle positive Resultat des allgemeinen Stimmrechts vor der Revolution von 1917.

Die Fabrikinspektion war bis 1909 sehr mangelhaft. Die Anzahl der Inspektoren war zu klein, die Fabriken wurden also zu selten inspiziert und oft, nachdem der Inspektor sich im voraus beim Fabrikanten angemeldet hatte. Diesen Mängeln sollte ein 1909 votiertes, aber ebenfalls erst 1917 sanktioniertes Gesetz abhelfen, das eine jährlich wenigstens einmalige Inspektion vorschrieb. Zugleich wurden den Inspektoren Gehilfen aus den Arbeiterkreisen zur Seite gestellt.

Die Arbeitsvermittlung hatte, in den Händen privater Unter-

nehmer, eine schamlose Ausbeutung der Arbeitssuchenden veranlaßt. Durch ein 1911 angenommenes und 1917 bestätigtes Gesetz wurden daher alle Städte mit mehr als 5000 Einwohnern verpflichtet, Arbeitsvermittlungsbüros zu gründen. Die Arbeitsvermittlung soll stets unentgeltlich sein und ist, außer Gemeinden, nur Vereinen, nicht aber Privaten gestattet.

Die Sozialversicherung war und ist in Finnland immer noch ganz unentwickelt. Doch beschloß der Landtag schon 1910, auf Antrag der Sozialdemokraten, eine Petition um Errichtung einer Altersversicherung. Danach sollte jedem Lohnarbeiter mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2500 Fmk (wozu noch fakultativ gewisse Gruppen von Personen kamen) vom 65. Lebensjahr an ein bescheidener Altersbezug gesichert werden. Die Prämien sollten je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitern aufgebracht werden. Auch eine Mutterschaftsversicherung sollte errichtet und die seit langem schon bestehende, aber mangelhafte Unfallversicherung reformiert werden. Diese Petition wurde aber von der Regierung nicht beachtet. 1912 beschloß dann der Landtag, die Ausdehnung der Unfallversicherung auf mehrere von ihr bisher ausgeschlossenen Betriebszweige, u. a. auf land- und forstwirtschaftliche, Verkehrs- sowie elektrische Betriebe. Die Unterstützungen wurden erhöht und sog. Versicherungsräte zur Schlichtung von Streitigkeiten eingesetzt. Auch das Unfallversicherungsgesetz für Seeleute wurde reformiert. Alle diese Beschlüsse blieben aber unbestätigt, und erst die Revolution öffnete auch auf diesem Gebiete die Möglichkeit einigen Fortschrittes.

1913 votierte der Landtag die Reform der veralteten Gewerbeordnung. Er beschloß die Einsetzung von paritätischen gewählten „Gewerbebevollmächtigten“ vor allem zur Schlichtung von Streitigkeiten, und er schuf ein Gesetz betreffend die Fabrikordnungen, die für jeden Betrieb mit wenigstens 10 Arbeitern obligatorisch sein sollten und über deren Inhalt die Arbeiter selbst berechtigt waren, ein Gutachten abzugeben. Auch dieses Gesetz blieb aber unbestätigt.

Seit den 90er Jahren schon waren die Arbeiter bestrebt, sich den Zugang zur Gemeindeverwaltung zu erkämpfen. Das Prinzip des allgemeinen und gleichen Stimmrechts sollte auch auf dem Gebiete verwirklicht werden. Nun, im Jahre 1908, gelang

es tatsächlich, im Landtage neue Kommunalgesetze durchzubringen, nach denen allen 21jährigen finnischen Bürgern, ohne Unterschied des Geschlechts, das Gemeindewahlrecht zugestanden wurde. Die Entscheidung gewisser wichtiger Fragen sollte jedoch nur der „verstärkten“ Gemeindevertretung zustehen; verstärkt durch Vertreter, die auf Grund eines nicht sehr beschränkten Zensuswahlrechts gewählt werden sollten. Dieses Gesetz wurde von der höheren Bourgeoisie, die sich in ihren wichtigsten Interessen bedroht glaubte, mit den düstersten Voraussagungen bekämpft, ruhte mehrere Jahre in den Akten und wurde endlich vom Kaiser abgelehnt. Ungeachtet immer wieder von der Sozialdemokratie aufgenommener Bemühungen, eine kommunale Wahlrechtsreform durchzusetzen, blieb die Arbeiterschaft bis zur Revolution von jedem direkten Einfluß auf die gemeindlichen Angelegenheiten ausgeschlossen.

Auch die Forderung nach einer Verbesserung der Stellung der Frau in zivilrechtlicher Hinsicht, welche den modernen, auch von den sozialdemokratisch organisierten Frauen lebhaft verteidigten Ansprüchen bei weitem nicht genügte, blieb vorläufig unbefriedigt. Durch ein 1911 votiertes und später bestätigtes Gesetz wurde aber die fakultative Zivilehe gestattet. Ein Gesetz von 1917 ließ ferner alle finnische Bürger ohne Unterschied des Geschlechts zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft zu.

Die seit Jahrzehnten sowohl in Arbeiter- wie in Lehrerkreisen immer wieder erneute Diskussion über die Umbildung der Volksschule zu einer Einheitsschule für alle finnischen Bürger, die direkt zu den mittleren Lehranstalten hinüberleiten sollte, veranlaßte endlich im Jahre 1912 den Landtag zu einer einschlägigen Petition, die aber von der Regierung unberücksichtigt gelassen wurde.

Das große allübereagende gesellschaftliche Problem war aber die Bodenfrage, und von allen den ihr zugehörigen Problemen wieder war das brennendste die Stellung der Kleinpächter. Der Tammerforscher Pächterkongreß von 1908, auf dem 62000 Pächter vertreten waren, unterstrich die zwei Jahre zuvor beschlossenen Forderungen und verschärfte sie. Es sollten danach die Pacht stufenweise binnen 50 Jahre aufgehoben, den von ihren Stellen bereits vertriebenen Pächtern eine Vergütung gewährt und für die

Zukunft solche Tragödien gesetzlich verhindert werden. Das solidarische Auftreten der Pächter selbst und ihr Anschluß an die sozialdemokratische Partei, die sich ihre Forderungen zu eigen machte, beeindruckte die Bürgerlichen und die Machthaber sehr stark. Auch unterbreitete die Regierung dem Landtage gleich danach einen Gesetzentwurf, der die Stellung der Kleinpächter einigermaßen sicherte. Er wurde auch noch im gleichen Jahre, trotz mannigfacher Opposition von bürgerlicher Seite, votiert und 1909 vom Kaiser sanktioniert. Er fixiert eine Pachtzeit mit wenigstens 25 (in mehreren Fällen sogar mit 50) Jahren und berechtigt den Pächter zur Entrichtung der Pacht in Geld, so daß er, der Frondienste ledig, seinen eigenen Kulturen mehr Zeit und Arbeit widmen kann als früher. Außerdem erhöhte das Gesetz die Entschädigung für Meliorationen. Zur Detailregelung der Pachtverhältnisse wurden örtliche, paritätisch gewählte Kommissionen eingesetzt, und da vorauszusehen war, daß manche Grundbesitzer lieber ihre Pächter nach Ablauf der Pachtzeit exmittieren als sich dem neuen Gesetz unterwerfen würden, wurden diejenigen Pachtverträge, die in den nächsten Jahren ablaufen sollten, auf mindestens 7 Jahre, also bis 1916 prolongiert.

Bei all diesen legislativen Flickversuchen stellte es sich jedoch immer klarer heraus, daß das Kleinpachtsystem den Forderungen eines modernen, rationellen Ackerbaues überhaupt nicht entspreche. Ein solcher bedurfte qualifizierter Arbeitskraft, wie die Kleinpächter sie nicht prästierten. So gewann denn der Lohnarbeiter an Bedeutung auf Kosten des Kleinpächters. Die wachsende Bedeutung der Wälder steigerte die Abneigung der Grundbesitzer gegen die Einräumung eines Waldnutzungsrechts an die Pächter. Ohne dasselbe aber vermochten diese nicht zu bestehen. Seitdem in den 80er Jahren das billige amerikanische Getreide dem finnischen Ackerbau Eintrag tat, hatte die Viehzucht stetig gesteigerte Bedeutung gewonnen. Diese aber forderte ausgedehnte Weideflächen, die oft nur im Wege einer Einschränkung des Pachtbodens zu erlangen waren. Kurz, die Einsicht wurde allmählich allgemeiner, daß das Pächtersystem unwirtschaftlich und zu beseitigen sei. Für die Sozialdemokratie aber war klar, daß das nicht den blinden und zum Teil gar nicht beabsichtigten Auswirkungen des eben verabschiedeten Pächter-

gesetzes überlassen werden dürfe. Da feststand, daß die bis 1916 gesetzlich prolongierten Pachtverhältnisse nachher von den Grundeigentümern meist nicht erneuert werden würden, galt es, durch neue gesetzliche Maßnahmen den Übergang der Kleinpächter zu anderen Existenzbedingungen zu regeln. Eine ganze Volksklasse als solche sollte demnach zwar vernichtet, zugleich aber die ihr zugehörigen Einzelfamilien geschützt werden. Ein dem Landtage im Jahre 1913 von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf betreffend die erneute Verlängerung der bestehenden Pachtverhältnisse konnte infolge von Meinungsverschiedenheiten unter den Bürgerlichen nicht verabschiedet werden. Es drohte also den Kleinpächtern und ihren Angehörigen — insgesamt etwa $\frac{1}{2}$ Million Menschen — ein furchtbares Geschick. Es wurde nur dadurch abgewendet, daß die Regierung im Jahre 1916, zu einer Zeit, in der infolge des Krieges der Landtag überhaupt nicht zusammentrat, eigenmächtig die Pachtverhältnisse verlängerte. Die endgültige Lösung dieser Frage konnte erst später, nach der Revolution, stattfinden.

12. Nach dem Siege der Reaktion in Rußland über die revolutionäre Bewegung um 1907 glaubte sich der Zarismus stark genug, um seinen Kampf gegen die konstitutionellen Rechte Finnlands wieder aufzunehmen. Seine Angriffe hatten neben ihrem reaktionären Ziele auch ein imperialistisches. Es galt, „Finnland zurückzuerobern“, es Rußland einzuverleiben und seine autonome Stellung zu vernichten. Mit diesem politischen Ziele stimmten die ökonomischen Interessen verschiedener russischer Kreise überein: höhere und niedere russische Beamte lechzten nach den meist gut bezahlten finnischen Staatsämtern, russische Kapitalistenkreise hofften, Finnland wirtschaftlich ausbeuten zu können usw. Das finnische Volk war jedoch nunmehr imstande, einigermaßen kräftigeren Widerstand zu leisten als zu BOBRIKOWS Zeit. Denn die Sozialdemokratie hatte die breiten Massen aufgerüttelt, die — ebenso wie die Bürgerlichen — auch schon Gegenwartsinteressen zu verteidigen hatten, da die Lage des finnischen Proletariats weitaus besser war als des russischen, noch mehr aber ihre künftigen Interessen wahren wollten. Die Arbeiterschaft wollte weitere Fortschritte machen. Eben hatte sie das Wahlrecht errungen und mußte nun auf zwei Fronten kämpfen:

gegen die einheimische Bourgeoisie und zugleich gegen die fremde Macht des Zarismus. Dabei kam ihr zustatten, daß sie so gut wie zur Gänze einig im Lager der Sozialdemokratie stand und nicht einmal ihre allerelendesten Schichten mehr, wie noch teilweise zu BOBRIKOWS Zeit, der Reaktion als Werkzeug dienten.

Die politische Führung in Finnland hatten in der ersten Zeit nach dem Generalstreike die „konstitutionellen Parteien“ (die Jungfinnen und Schweden) inne. Ausgeschlossen vom Regierungsblock war die altfinnische Partei, die sich durch ihr Verhalten während der BOBRIKOWSchen Unterdrückungsperiode kompromittiert hatte. Sie spähte aber nach einer Gelegenheit, an der Macht teilzunehmen. Eine solche fand sich, als sich im Jahre 1908 der Landtag in einer Interpellation über die Wirksamkeit der Regierung politisch auszusprechen hatte. Die Altfinnen enthielten sich der Abstimmung und der Antrag der Sozialdemokraten auf Übergang zur Tagesordnung, welcher ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeutete, wurde gegen die Stimmen der Konstitutionellen angenommen. Die Folge waren Neuwahlen und eine Rekonstruktion der Regierung unter Zuziehung der Altfinnen, denen nun in der Tat der größte Einfluß in ihr zufiel. Als dann die erstarkende russische Reaktion immer größere Zumutungen an die Nachgiebigkeit der finnischen Regierung stellte, schieden aus dieser die Konstitutionellen ganz aus und sie wurde sogar durch Russen ergänzt, die bald die große Mehrheit des Kabinetts ausmachten, so daß zwischen 1910 und der Revolution von 1917 die „finnische“ Regierung als willenslose Helfershelferin des Zarismus fungierte.

Als eine wesentliche Aufgabe im Kampfe gegen die Autonomie Finnlands betrachteten die Träger der russischen Reaktion die Vernichtung der Bedeutung des finnischen Landtages. Durch dessen immer erneute Auflösungen — 1908, 1909, 1910 — sollte das Interesse des finnischen Volkes für sein Parlament abgestumpft werden, was aber im ganzen nicht gelang. Die Zahl derjenigen, die das Wahlrecht ausübten, erfuhr zwar eine geringe Minderung — mehr aber bei den bürgerlichen Parteien, als bei der bestdisziplinierten sozialdemokratischen Wählerschaft, so daß die Zahl der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten allmählich wuchs: von 80 im Jahre 1907 auf 83 im Jahre 1908; auf 84 im Jahre

1909; auf 86 im Jahre 1910; auf 90 im Jahre 1913 — bis die Sozialdemokratie 1916 mit 103 Mandaten die absolute Mehrheit im Landtage erlangte. Parallel damit freilich offenbarte sich auch das Mißverhältnis zwischen der scheinbaren Macht der Sozialdemokratie und den tatsächlichen Resultaten der parlamentarischen Tätigkeit. Diese blieben immer mehr aus. Die russifizierte Regierung begnügte sich überhaupt nur mit den üblichen Steuervorlagen; soziale Reformfragen waren ihr ebenso fremd wie uninteressant. Alle Initiative auf diesem Gebiete lag beim Landtag. Was aber dieser beschloß, wurde gewöhnlich nicht bestätigt, ja sehr oft nicht einmal dem Kaiser vorgelegt. Lag es doch durchaus nicht im Interesse des russischen Imperialismus, durch Zulassung einer fortschrittlichen sozialen Entwicklung in Finnland den Gegensatz zwischen Rußland und seiner finnischen „Mark“ zu verschärfen. Fortschritte waren also den Finnen hauptsächlich nur auf den Gebieten gestattet, auf denen die Entwicklung auch in Rußland schon mehr vorgeschritten war, d. h. also in ganz geringem Ausmaße.

Immerhin war der Landtag bemüht, durch Bewilligung von Geldunterstützung zugunsten sozialer und geistiger Bestrebungen — unter anderem wurden auch einige von den Arbeitern gegründete Institutionen subventioniert — einiges für die kulturelle Entwicklung des Landes zu leisten. Aber auch hierin trat Stagnation in demselben Maße ein, in dem die Regierung immer willkürlicher über die Mittel des finnischen Staates verfügte. Finnland sollte dafür bezahlen, daß seine eigene Armee seit 1901 gesetzwidrig vernichtet war, und so wurde seitdem eine jährlich wachsende Anzahl Millionen Mark der finnischen Staatskasse entwendet und nach Rußland gebracht. Der Landtag protestierte und verweigerte die Votierung der hierfür geforderten Etatspositionen; er erreichte aber damit nur, daß die Regierung, um die „Militärmillionen“ zusammenzubringen, willkürlich andere Posten aus dem Etat strich, und zwar solche, die nicht die Interessen der Regierung, um so fühlbarer aber die des finnischen Volkes berührten, z. B. Unterstützungen zugunsten des Volksunterrichts und anderer kulturellen Bestrebungen.

Im Jahre 1910 schritt der russische Imperialismus zu seinem großen, entscheidenden Angriff auf die autonome Stellung Finn-

lands. Ein berichtigtes Gesetz, vom 30. Juni 1910, betreffend Übertragung gewisser Zweige der Gesetzgebung vom finnischen Landtage auf die russische Duma wurde von der nunmehr überwiegend reaktionär zusammengesetzten Reichsduma angenommen und vom Zaren bestätigt. Es beraubte den finnischen Landtag des Gesetzgebungsrechtes in den wichtigsten Angelegenheiten (Heeresangelegenheiten; Prinzipien der Verwaltung; Amtssprache; Zoll-, Münz-, Post-, Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverhältnisse, der Volksunterricht, die Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit; Rechtsstellung russischer Untertanen in Finnland u. a.). Belassen wurde ihm bloß das Recht, über die in solchen Angelegenheiten von den gesetzgeberischen Organen Rußlands getroffenen Entscheidungen Gutachten abzugeben. Die Autonomie Finnlands, welche von den Finnen und auch von den Arbeitern als grundlegende Voraussetzung erfolgreicher kultureller Entwicklung des Landes betrachtet wurde, sollte mit einem Schlage vernichtet, der finnische Landtag etwa zu einer bloß konsultativen Provinzialvertretung herabgedrückt werden.

Einstimmig protestierten der Landtag und am kräftigsten die Arbeitervertreter gegen diese Pläne. Als im Jahre 1912 auf Grund des Gesetzes betreffend die Reichsgesetzgebung zwei Gesetzentwürfe: betreffend einerseits die erwähnten „Militärmillionen“ und andererseits die rechtliche Gleichstellung der in Finnland wohnenden russischen Untertanen mit finnischen Bürgern den Landtag beschäftigten, lehnte dieser es einstimmig ab, das von ihm abgeforderte Gutachten abzugeben. Die fraglichen Gesetze wurden dann allerdings trotzdem von der Reichsduma angenommen und sanktioniert, aber die Durchführung derselben führte in Finnland zu schweren Konflikten. Die finnischen Beamten verweigerten ihre Durchführung, so daß mehrere von ihnen nach Petersburg gebracht und dort von russischen Gerichten abgeurteilt wurden. Stetig mehr Russen wurden gesetzwidrig in der höheren Administration Finnlands angestellt, immer mehr Raum der russischen Sprache sowohl in der Verwaltung als auch in den Schulen gewährt, obwohl sie nur von wenigen tausend Personen in Finnland gesprochen wurde. Offenbar bezielte der russische Imperialismus die völlige Entnationalisierung des finnischen Volkes, so aussichtslos sie auch scheinen mochte. Und

immer weiter griff das reaktionäre Regiment aus; keine Volksklasse blieb von ihm unberührt. Insbesondere wurden die Arbeiterorganisationen Opfer seiner Schikanen: so durch Abforderung von Mitteilungen über den politischen Standpunkt der Funktionäre; durch das Verbot der Aufführung von Theaterstücken, die auf dem Index des obersten Presseamtes standen; durch Untersagung der oft als Mittel zur Stärkung der Vereinskassen benutzten Lotterien; durch scharfe Presseverfolgungen und speziell durch Anklagen wegen Majestätsbeleidigungen gegen Redakteure der Arbeiterzeitungen; lauter Dinge, die in Wahrheit nur die sozialdemokratische Agitation förderten, weil sie die Arbeiterschaft über das wahre Wesen der zaristischen Fremdherrschaft aufklärten. So wurde auch 1908 eine Geldsammlung zugunsten sowohl der verfolgten Arbeiterzeitungen als auch der nach Finnland geflüchteten russischen Revolutionäre verboten.

Die Polizeityrannei gestaltete sich besonders im Festungsbezirk Wiborg unerträglich; Journalisten und andere Personen, darunter auch Sozialdemokraten, wurden einfach aus dem Bezirk ausgewiesen; in Åbo wurde der schwedische Sozialistenführer HJALMAR BRANTING verhindert, auf einem Arbeiterfeste zu sprechen, und Dr. GEORG BOLDT, der an der Arbeiterbewegung teilgenommen, wurde durch das oberste Schulamt vom Lehramt suspendiert. Diese Willkürherrschaft erregte auch in anderen Ländern Aufsehen und die sozialistische Internationale sprach auf ihrem Kongreß in Kopenhagen (1910) dem finnischen Proletariat in seinem Doppelkampf gegen die einheimische Bourgeoisie und das russische Zwangsregiment ihre Sympathien aus.

Die verfassungswidrige Willkür erreichte endlich im Sommer 1914 ihren Höhepunkt, als, ungeachtet des einstimmigen Protestes des Landtages, dem finnischen Volk zugunsten des russischen Getreidehandels Getreidezölle aufgelegt wurden. Diese verloren allerdings durch den Ausbruch des Weltkrieges ihre praktische Bedeutung, sie beleuchteten aber grell den ökonomischen Hintergrund der imperialistischen russischen Politik.

Die finnische Sozialdemokratie war sich den realen Triebfedern dieser Politik zu wohl bewußt, als daß sie, wie zum großen Teil die Bürgerlichen, in der russisch-finnischen Frage etwa bloß einen juristischen Konflikt zwischen verschiedenen verfassungs-

rechtlichen Auffassungen gesehen hätte. Sie erwartete eben deshalb in ihrem Kampfe keinen augenblicklichen Erfolg, war aber anderseits tief davon überzeugt, daß die soziale Entwicklung Rußlands selbst dem Zarismus verhängnisvoll werden und daß die Befreiung des russischen Volkes diejenige der vom russischen Imperialismus unterdrückten Völker nach sich ziehen werde. Während also die bürgerlichen Parteien in Finnland in ihrem Widerstand gegen die Russifizierungsbestrebungen allmählich um so mehr erschlafften, weil die erstarkende Sozialdemokratie sie zum Zusammenschluß getrieben hatte, wobei die in der äußeren Politik nachgiebige altfinnische Partei eine einflußreiche Stellung erlangte, und während die Unternehmerklasse teilweise sogar die von außen stammende Reaktion sich in ihrem Klassenkampfe zu nutzen machte, war die Arbeiterklasse entschlossen, den Kampf gegen den Zarismus, wenn nötig, allein zu Ende zu führen. Die Parteitage von 1909 und 1911 unterstrichen diesen Standpunkt. „Weil heutzutage“ — heißt es in der Resolution von 1911 über die Taktik — „der Klassenkampf der Arbeiter nicht nur von der finnischen Bourgeoisie, sondern auch von den herrschenden russischen Klassen und deren Regierung erschwert wird, die bestrebt sind, in reaktionärer Absicht das Gesetzgebungs- und Selbstbesteuerungsrecht des finnischen Volks, sowie dessen bürgerliche Freiheiten zu beschränken, die ganze Selbstverwaltung zu vernichten, das finnische Volk wirtschaftlich auszubeuten und die Volksbildung zu erschweren, soll die Arbeiterschaft unausgesetzt ihren Kampf gegen diese Bestrebungen fortsetzen und die erwähnten Rechte sogar zu erweitern suchen.“ Zugleich empfahl die Resolution als einzigen zuverlässigen Verbündeten in diesem Kampf die russische sozialdemokratische Arbeiterschaft.

Es kamen denn auch, allerdings nicht besonders rege, Verbindungen zwischen der sozialdemokratischen Fraktion des finnischen Landtages und derjenigen der Reichsduma zustande. Hauptsächlich jedoch wurde der Kampf von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion geführt mit Unterstützung der Arbeiterpresse und der in Massenversammlungen sich äußernden Meinung der Arbeiterschaft. Im Landtage waren die Sozialdemokraten bestrebt, die außenpolitischen Äußerungen sachlich scharf zu formulieren, und oft ergriffen sie selbst die gesetz-

geberische Initiative. Seit 1911 wollte die Fraktion alle Steuern, deren Bewilligung dem Landtag zustand, verweigern; sie blieb damit jedoch, trotz der Unterstützung durch einige radikaleren bürgerliche Abgeordnete in der Minderheit. Die finnische Sozialdemokratie gelangte so immer mehr zur Überzeugung, daß nur der Sieg der russischen Revolutionsbewegung auch Finnland vom Alp des Zarismus befreien könne. Freilich schien dieser Sieg noch weit entfernt, und daher die finnische Arbeiterklasse vorläufig hauptsächlich auf ihre eigenen Kräfte angewiesen.

13. Die durch den Generalstreik von 1905 hervorgerufene Begeisterung, sowie das im Anfang so lebhaftes Interesse für das neugewonnene Wahlrecht erlahmten unter dem Druck der geschilderten Verhältnisse allmählich in den folgenden Jahren, weil die Ergebnislosigkeit der parlamentarischen Tätigkeit offensichtlich erschien. Zwar wurde ihre agitatorische Bedeutung anerkannt und man sah in ihr wenigstens eine Plattform im Kampfe gegen die Russifizierungspolitik; andererseits aber zog die Landtagsarbeit unverhältnismäßig viel Kräfte von der organisatorischen Wirksamkeit ab, welche zum Teil deswegen ins Stocken geriet. Dazu gesellten sich seit 1907 die Wirkungen einer ökonomischen Weltkrise. Ende 1909 war $\frac{1}{5}$ der Industriearbeiter arbeitslos. Die Mitgliederzahl der Organisationen sank: die der sozialdemokratischen Partei, welche Ende 1906 etwa 85 000 betragen hatte, hielt sich von 1910 an mehrere Jahre hindurch auf rund 50 000; die 1907 gegründete gewerkschaftliche Landesorganisation kam vor 1912 nicht über 20 000 Mitglieder hinaus. Natürlich benutzten die Arbeitgeber die Gelegenheit, um die von den Arbeitern schon gewonnenen Positionen zurückzuerobern. Diese hielten sich notgedrungen in der Defensive, 1908 vermochten sie noch im ganzen ihre Stellungen zu behaupten. 1909 wurden aber die Angriffe umfassender und heftiger und die meist noch jungen Arbeiterorganisationen konnten den starken und kampflustigen Arbeitgeberorganisationen keinen ausreichenden Widerstand leisten. Nach einem harten Verteidigungsstreik ging der schon früher errungene achtstündige Arbeitstag in der Papierindustrie wieder verloren und der 12stündige wurde eingeführt! Ein in der Metallindustrie in Helsingfors proklamierter Lockout, den die Arbeiter mit einem Verteidigungsstreik beantworteten.

endete ebenso mit deren Niederlage, wie ein Streik im Helsingforser Malergewerbe infolge der Heranziehung russischer Streikbrecher. Trotzdem entwickelte sich das innere Leben der Arbeiterorganisationen weiter und besonders entfalteten sich die geistigen Bestrebungen jetzt erst, da keine umwälzenden politischen Ereignisse die Aufmerksamkeit auf sich zogen. Die sozialistische Propaganda wurde zum Teil von der Gesamtpartei mittelst einiger im Dienst der Partei stehender Agitatoren, meist aber von den Bezirksvorständen betrieben. Daneben wurden jedes Jahr an mehreren Orten des Landes Vorlesungszyklen abgehalten und zur Errichtung einer Parteischule wurden Vorarbeiten gemacht. Die Zahl der Parteizeitungen wuchs bis auf 17 (1909). Nachdem eine von einzelnen Parteimitgliedern in Helsingfors 1906—08 veröffentlichte wissenschaftliche Zeitschrift „Sozialistinen Aikakauslehti“ eingegangen war, wurde die Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Organs der Partei als solcher mehrmals geplant. Es kam aber noch nicht zur Ausführung. Ein sozialdemokratisches Frauenblatt, ein Jugendblatt, ein Kinderblatt und ein Witzblatt entstanden. Die in den größeren Städten bestehenden Zeitungsgesellschaften der Arbeiter entfalteten rege Tätigkeit und publizierten allmählich eine sehr bedeutende Anzahl der hervorragendsten Schriften fremder (besonders deutscher) sozialistischer Theoretiker, so daß der finnischen Sozialdemokratie ein geistiges Arsenal geschaffen wurde, dergleichen nicht sehr viele andere Arbeiterparteien besitzen. Seitdem 1909 durch Landtagsbeschluß ein Fonds zur Unterstützung der finnischen Literatur gegründet worden war, erschien u. a. MARX' „Kapital“ in finnischer Sprache — und was mehr war: dieses Standardwerk der sozialistischen Literatur wurde von den Arbeitern eifrig gekauft und gelesen. Der Parteivorstand veröffentlichte außerdem seit 1908 jährlich einen wertvollen, illustrierten Arbeiterkalender, der im Anfang in 40 000, später in 80 000 Exemplaren verbreitet wurde und seit 1911 auch in schwedischer Sprache erschien. Endlich wurden oft Massenversammlungen — in den Jahren 1907—12 zweimal jährlich, dazu die Maifeier —, auf Anforderung des Parteivorstandes von den Organisationen im ganzen Lande angeordnet, zur Besprechung wichtiger innen- oder außenpolitischer Fragen abgehalten.

Die wachsende geistige Bewegung in der Partei trat auch in eifrigerer Erörterung taktischer Fragen hervor. Zu dieser Zeit begegnen wir in Finnland den gleichen taktischen Differenzen wie in der internationalen Sozialdemokratie überhaupt, und weil die finnische Sozialdemokratie vor allem unter deutschem Einfluß stand, wurden die verschiedenen Richtungen mit den in Deutschland üblichen Namen bezeichnet. Die um das Hauptorgan „Työmies“ gescharten Parteimitglieder, mit den Redakteuren EDW. WALPAS und O. W. KUUSINEN an der Spitze, bezeichneten sich als „Marxisten“. Dieser Richtung gehörte die Mehrheit der organisierten Arbeiter u. a. in Helsingfors und insgesamt etwa $\frac{1}{3}$ der gesamten Partei an. Sie hob vor allem den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie hervor und bezeichnete gern, mit oder ohne Berechtigung, die unter sich bei weitem nicht homogene Mehrheit der Partei als „revisionistisch“. — In den damaligen Verhältnissen trat auch die unter kleinen, imperialistisch ausgebeuteten Völkern übliche Frage nach dem „politischen Revisionismus“ hervor. Manche Parteimitglieder erachteten den Kampf gegen den russischen Imperialismus als einen für das ganze finnische Volk gemeinsamen, weil auch die Bourgeoisie durch ihre Klasseninteressen zum Widerstand gegen diesen Imperialismus getrieben werde und andererseits die Arbeiterschaft zu schwach sei, um den Kampf isoliert zu führen. Die Anhänger der „marxistischen“ Richtung aber glaubten: der russische Imperialismus sei für die Bourgeoisie in ihrem Klassenkampfe gegen das Proletariat zu wertvoll, als daß dieses sich auf jene verlassen dürfte. — Ferner zeigte sich, obwohl vereinzelt, in den Schriften des Rechtsanwalts KAAPO MURROS eine antiparlamentarische Strömung, und der 1906 gegründete, teilweise von der schwedischen Jugendbewegung, zum Teil von KARL LIEBKNECHT beeinflusste sozialdemokratische Jugendverband vertrat einen radikalen antimilitaristischen und auch antireligiösen Standpunkt, der mit dem Parteiprogramm nicht ganz vereinbar war.

Auf dem VI. Parteitag, der im September 1909 in Kotka in der Anwesenheit von 151 Delegierten stattfand, wurden auch die taktischen Fragen lebhaft erörtert. Die Beschlüsse wurden aber meistens so gut wie einstimmig gefaßt, was die Tatsache bestätigt, daß der Zusammenhalt in der Partei tatsächlich weit

stärker war, als äußerlich scheinen mochte. Der Antiparlamentarismus wurde entschieden zurückgewiesen und die Arbeiterschaft aufgefordert, unausgesetzt für die Verteidigung und Erweiterung der parlamentarischen Errungenschaften zu kämpfen. Zugleich wurde die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unterstrichen und auch die Notwendigkeit des Generalstreiks für gewisse Verhältnisse anerkannt. Der Parteitag erklärte seine Solidarität mit „der russischen Freiheitsbewegung“, warnte vor Provokateuren und forderte strenge Einhaltung der Parteidisziplin. Die Resolution über die Taktik hatte Redakteur YRJÖ SIROLA verfaßt, der eine vermittelnde Stellung einnahm. Um aber der „marxistischen“ Richtung Genüge zu tun, wurden in die Revolutionsbegründung einige Anregungen der Helsingforscher Organisation berücksichtigt, so namentlich die Feststellung, daß „die sozialdemokratische Landtagsfraktion keine ihre Selbständigkeit einschränkende Bündnisse eingehen oder mit bürgerlichen Parteien eine Regierungskoalition bilden“ dürfe, sowie daß die Abgeordneten, um nicht die Partei in eine bürgerliche Reformpartei umzuwandeln, „die Klassengegensätze nicht vertuschen oder in den jetzigen Verhältnissen einem Zerrbild des sozialen Friedens nachstreben dürfen“. — Der Jugendbewegung wurde moralische und finanzielle Unterstützung zugesprochen. Sie wurde aber zugleich aufgefordert, in den wichtigeren Fragen, besonders in den Fragen des Militarismus und der Staatskirche, am Parteiprogramm festzuhalten. Auch die von dem sozialdemokratischen Frauenverbande geleitete Arbeit unter den Kindern, die in dem sog. Idealverbände sich verkörperte, wurde anerkannt und unterstützt.

Da das Parteiprogramm als bereits zum Teil veraltet anerkannt wurde, sollte ein Fünferkomitee seine Erneuerung vorbereiten — eine Arbeit, die jedoch erst mehrere Jahre später eine Frucht zeitigte. Ferner wurde die Gründung eines Arbeiterarchivs und eines Büros für Rechtshilfe beschlossen und für beide die Mitwirkung der gewerkschaftlichen Landesorganisation verlangt und zugestanden. Die schon auf dem Parteitag von 1906 erhobene Forderung nach absoluter Abstinenz der Parteifunktionäre wurde erneuert, einstimmig wurde der einheimischen Regierung infolge ihres negativen Verhaltens zum Verbotsgesetze gegen alkoholische Getränke das Mißtrauen ausgesprochen.

Einige Wochen nach dem Parteitag versammelte sich die gewerkschaftliche Landesorganisation zu ihrem II. Kongreß in Helsingfors. Anwesend waren 241 Delegierte der Fachverbände. Die prinzipiell wichtigste Frage, die aber angesichts der damals im allgemeinen so großen prinzipiellen Einheitlichkeit der finnischen Arbeiterbewegung keine Meinungsverschiedenheiten veranlaßte, betraf das Verhältnis der gewerkschaftlichen Bewegung zur Sozialdemokratie. Einstimmig wurde ausgesprochen, daß „nur die sozialdemokratische Partei, weil ebenso wie die der gewerkschaftlichen Landesorganisation angeschlossenen Verbände auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, auf dem Boden der Gesetzgebung die Interessen der Arbeiterschaft verteidigt hat und verteidigen kann, weshalb die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei ihre volle Unterstützung zusichert“. In den beschlossenen neuen Statuten der Landesorganisation wurde als eine ihrer Aufgaben angegeben, „zusammen mit der sozialdemokratischen Partei dahin zu wirken, daß jeder Arbeitende einen berechtigten Teil seines Arbeitsertrages selbst genießen darf und daß die Produktionsmittel das Eigentum der Gesellschaft werden“. — Außerdem wurden Regeln über das Verhalten der organisierten Arbeiter in Arbeitskämpfen, sowie über das Verhältnis zu Streikbrechern festgelegt; die Gründung eines Fonds von mindestens 100 000 Mark zur Unterstützung von Arbeitskämpfen beschlossen; prinzipiell als richtig anerkannt, daß bei Arbeitskämpfen die Gesellschaft als Vermittlerin auftrete; und zwar sollte diese Vermittlungstätigkeit gesetzlich den Fabrikinspektoren zugewiesen werden (was aber nicht geschehen ist). — Auch die Tarifverträge wurden prinzipiell als wünschenswert anerkannt — jede syndikalistische Strömung war der finnischen Arbeiterbewegung wenigstens vor der Revolution durchaus fremd — und es sollte die Teilnahme der Gemeinden als Arbeitgeber an diesen Verträgen angestrebt werden. — Den Fachverbänden wurde die Gründung von Arbeitlosenfonds empfohlen und deren finanzielle Unterstützung vonseiten des Staates und der Gemeinden gefordert. Ebenso eine gründliche Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung, u. a. die Durchführung des achtstündigen Arbeitstages. Den gewerkschaftlichen Funktionären wurde die absolute Abstinenz zur Pflicht gemacht. Endlich beschloß der

Kongreß auch formell den Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale, mit der die Landesorganisation schon früher Verbindungen angeknüpft hatte, und bezeugte selbst seine internationale Solidarität durch eine Geldbewilligung zugunsten des schwedischen Generalstreiks (insgesamt wurden für diesen Zweck in Finnland, zu einer Zeit schwerer Depression, 63 500 Fmk eingesammelt).

Zu dieser Zeit, da äußere Errungenschaften so gut wie ausgeschlossen waren, richteten sich die Bestrebungen der gewerkschaftlich Organisierten mehr als je auf eine innere Festigung der Bewegung. Die Beiträge wurden erhöht, der organisatorische Zusammenschluß benachbarter Verbände vorbereitet, Fachzeitschriften gegründet, Bildungskurse eingerichtet, mit ausländischen, vor allem mit den skandinavischen Organisationen Verbindungen geschaffen.

Von 1910 an besserte sich von Jahr zu Jahr die wirtschaftliche Lage und es sind daher auch einige äußere Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes zu erwähnen. Die Arbeiter des Buchgewerbes erkämpften durch einen längeren Streik (November 1911 bis April 1912) die Erneuerung ihres Tarifvertrags und die Bauarbeiter in Helsingfors erlangten in derselben Weise einen Vertrag. Ein neuer Kampf in der Bauindustrie der Hauptstadt im Jahre 1912 endete dagegen mit einer Niederlage infolge der Streikbrecherei durch einige gelbe Gewerkschaften — d. h. des kurz vorher gegründeten und bald wieder verschwundenen „Finnischen Arbeiterverbandes“. Bei den großen Sägemühlen in Kotka setzte die Arbeiterschaft 1912 sogar ohne Streik Tarifverträge durch; ein Streik in den Papierfabriken zu Kymi zeitigte dagegen eine Niederlage. — Von 1911 an wurde überall im Land von den Gewerkschaftsorganisationen im August ein „Fest der Arbeit“ gefeiert, dessen finanzielles Ergebnis der Kasse der Landesorganisation zufließt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine wertvolle Festschrift veröffentlicht — erst nur in finnischer, nachher auch in schwedischer Sprache. Auch die vom Parteitag beschlossene Parteischule kam endlich im Jahre 1911 zustande — freilich nur als ein unregelmäßiger Kursus von zweimonatlicher Dauer; die Teilnahme war sehr lebhaft, so daß der Kursus nach zwei Jahren neuerdings abgehalten wurde.

Im September 1911 fand der VII. sozialdemokratische Parteitag in Helsingfors statt. Auch jetzt stand die Frage der Taktik im Mittelpunkt der Debatte. Berichterstatter war einer der vornehmsten Vertreter der marxistischen Richtung, der Redakteur O. W. KUUSINEN, der auch die zum Beschluß erhobene Resolution verfaßte. Die vom Parteitag 1909 nur in der Motivierung der damals angenommenen Resolution angeführten Anträge der helsingforscher Organisation wurde jetzt in den Resolutionstext selbst übernommen, die so an Intransigenz und Schärfe gewann. Die Notwendigkeit unbeugsamen Widerstandes gegen den russischen Imperialismus wurde nun ebenfalls ausführlicher formuliert. Die Unterordnung unter die Beschlüsse der Landtagsfraktion wurde deren Mitgliedern zur Pflicht gemacht und die Fraktion selbst vor Splitterungen angesichts des gemeinsamen Feindes gewarnt. Auch in der Steuerfrage erfolgte ein entscheidender Schritt: durch Verpflichtung der Fraktion, alle Steuervorlagen abzulehnen. Das Verhältnis zum Jugendverbände wieder wurde dahin abgeändert, daß die Verbandsmitglieder vom 21. Jahr an sich sollten der Partei anschließen müssen. Die Teilnahme an den Gemeindewahlen wurde Parteimitgliedern freigestellt, sobald die Ortsgruppe sie beschließen würde (eine Minderheit befürwortete Enthaltung); doch sollte jedenfalls ein Zusammengehen mit Bürgerlichen vermieden werden.

Die intransigente Richtung setzte sich auch im Hinblick auf das Verhältnis zur Genossenschaftsbewegung durch. Es wurde anerkannt, daß „die konsumgenossenschaftliche Wirksamkeit, obwohl sie die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter nicht aufhalten oder die herrschende Gesellschaftsordnung in eine sozialistische überführen kann, den Arbeitern viel Nutzen und Schutz zu bringen vermag“. Die Genossenschaften sollten aber die Unterstützung der klassenbewußten Arbeiter zu gewinnen streben und „keine irrigen Vorstellungen von einer Interessengemeinschaft zwischen bürgerlichen und Arbeiterkonsumenten aufkommen lassen“, besonders Neutralität in Kämpfen zwischen Arbeitern und Ausbeutern meiden. In den genossenschaftlichen Betrieben sei den Angestellten musterhafte Arbeitsbedingungen zu bewilligen, möglichst nur Organisierte anzustellen usw.

Gegenstand lebhafter Erörterung war die Stellung des „Työ-

mies“ zur Partei. Dieses Hauptorgan der Partei gehörte einer Aktiengesellschaft, deren Aktien zum Teil Arbeiterorganisationen, zum Teil auch Privaten gehörten. Die Parteimehrheit glaubte, daß es einseitig die Ansichten und Interessen der um sie gescharten, angeblich marxistisch gesinnten Kreise vertrete, und sie forderte daher Abhilfe. Diese blieb nun zunächst unentschieden. Dagegen wurde im Hinblick auf die Lebensunfähigkeit einiger Parteiorgane beschlossen, die Entstehung unnötiger neuer Parteiorgane, sowie die Sammlung von Geldmitteln zugunsten lebensunfähiger Parteizeitungen hintanzuhalten.

Die Frage einer Programmrevision war ebenfalls so weit fortgeschritten, daß das vom Parteitag 1909 eingesetzte Revisionskomitee ein wertvolles Gutachten über den Standpunkt der Partei zur Agrarfrage veröffentlicht hatte. Das Komitee kam nach umfassenden Untersuchungen zum Ergebnis, daß die Erfahrung es „als zweifelhaft erscheinen lasse, ob in der modernen Landwirtschaft mittels der Kleinwirtschaft, bei gleichem Arbeits- und Kapitalaufwand, gleich günstige Ergebnisse wie in der Großwirtschaft zu erzielen seien und demgemäß eine Vermehrung der Kleinwirtschaften im allgemeinen mit dem landwirtschaftlichen Fortschritt im Einklang stehe und die Verwandlung der ländlichen Proletarier in Kleinwirte ihnen selbst, ihren Frauen, Kindern und eventuellen Hilfsarbeitern eine Linderung ihrer Arbeitslast verschaffen würde“. Der Parteitag billigte diese These und erklärte deshalb, daß das Agrarprogramm von 1906, welches einseitig die Vermehrung der Kleinwirtschaften befürwortet hatte, einer durchgreifenden Revision bedürfe und daß die Partei vorläufig, bis man Klarheit über die einander gegenüberstehenden Auffassungen gewonnen habe, keiner derselben sich anschließe. Eine Anzahl Delegierte beharrte zwar bei der weiten Kreisen, besonders halbproletarischer Elemente, liebgewordenen Forderung des Bauungszwanges, sie blieb aber mit 57 Stimmen gegen 36 in der Minderheit. Einstimmig dagegen forderte der Parteitag die Umwandlung der Kleinpächter in freie Kleinbauern. Diese Forderung widersprach nicht dem ebenerwähnten prinzipiellen Beschluß des Parteitages, weil ja die Kleinpächter ohnehin schon Kleinwirte waren und die Zahl der Kleinwirtschaften also durch Beseitigung des Pachtverhältnisses nicht vermehrt werden würde. Endlich

forderte der Parteitag die Schaffung einer umfassenden Schutzgesetzgebung zugunsten der ländlichen Lohnarbeiter.

Die Kleinpächter, welche noch auf ihrem III. Kongreß im April 1910 die Pächter zum Eintritt in die sozialdemokratische Partei aufgefordert hatten, waren mit dieser Stellungnahme des Parteitags und mit dem Verzicht auf den Anbauzwang, von dem sie eine Erweiterung ihrer Kulturläche auf Kosten des Gutlandes erwartet hatten, durchaus nicht zufrieden. Ihr IV. Kongreß, der bald nach dem Parteitag von 1911 stattfand, hielt seinerseits am Prinzip des Bebauungszwanges fest. Kurz, die Unzuverlässigkeit der halbproletarischen Schichten, vom sozialistischen Standpunkte gesehen, begann an den Tag zu treten.

Die gewerkschaftliche Landesorganisation wieder erörterte auf ihrem Kongreß im Frühling 1912, bei Anwesenheit von 193 Delegierten, vor allem die Organisationsform. Als Urorganisation wurde zwar immer noch die lokale Gewerkschaft anerkannt, als Organisation höherer Ordnung der Fachverband, es machte sich aber auch eine gewisse Strömung zugunsten des Industrieverbandsprinzips bemerkbar. So wurde denn ein Komitee zum Studium des Problems eingesetzt, das dem nächsten Kongreß ein einschlägiges Gutachten vorlegen sollte. Zugleich sprach sich der Kongreß für die Zusammenlegung benachbarter Verbände aus, verschärfte die älteren Beschlüsse gegen Streikbrecher und protestierte gegen die von den russischen Machthabern gefällten gesetzwidrigen Urteile.

Im Herbst 1913 versammelten sich die Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Tammerfors zu ihrem VIII. Parteitag. Anwesend waren 94 Delegierte. Die Frage der Taktik wurde diesmal nur in einer speziellen Form erörtert. Die Landtagsfraktion hatte im Frühling 1912 eines ihrer Mitglieder, OSKAR TOKOI, zum Landtagspräsidenten gewählt, was heftige Kritik von intransigenter Seite hervorrief. Der Parteitag gab ihr recht und beschloß, „die sozialdemokratische Fraktion dürfe nicht das Präsidium in einem bürgerlichen Parlament anstreben“. Doch wurde diese Resolution gleich durch den Beisatz abgeschwächt, daß in einer Notlage eine Ausnahme gemacht werden dürfe. Aber auch diese Ausnahme wieder wurde in dem Sinne verkläusiert, daß, wenn die „Notlage“ aufhöre, auch der sozialdemokratische

Präsident aus seiner „unnatürlichen und unpassenden Stellung“ möglichst bald befreit werden solle. — Dieser letzte Satz wurde aber mit nur 45 Stimmen gegen 44 angenommen: die Minderheit wollte den einmal gewählten sozialdemokratischen Landtagspräsidenten so lange belassen, bis besondere Gründe seine Demission forderten. — Ferner wurde die Fraktion aufgefordert, für die Entwicklung der Gesetzgebung in parlamentarischer Richtung zu wirken, so daß die Regierung verpflichtet würde, dem Landtage Berichte über ihre Tätigkeit zu erstatten und die Forderungen des Landtages zu beachten.

Am lebhaftesten aber wurde die Stellung des Hauptorganes der Partei, des „Työmies“, erörtert und diesmal auch wenigstens prinzipiell entschieden. Der Parteivorstand hatte gewisse, schon 1911 von der Preßkommission vorgeschlagene Maßnahmen befürwortet, welche vor allem der Partei einen stärkeren Einfluß auf ihr Zentralorgan dadurch sichern sollten, daß der Abstimmungsmodus in der Generalversammlung geändert und die Ernennung der Redakteure dem Parteivorstand vorbehalten würde. Trotz des Widerstandes der um den „Työmies“ gescharten Delegierten wurde auch der Vorschlag des Parteivorstandes mit 51 Stimmen gegen 39 angenommen. Zugleich aber wurde festgestellt, daß dieser Beschluß vorläufig nur prinzipiell gelten, seine Durchführung aber auf unbestimmte Zeit verschoben werden sollte. Nichtsdestoweniger wurde er in der folgenden Zeit in den Parteiorganisationen zum Teil sogar leidenschaftlich debattiert.

Was die übrigen Parteiorgane betrifft, so wurde die Selbständigkeit der betreffenden Verlagsgesellschaften prinzipiell anerkannt, den Kreisvorständen jedoch empfohlen, Kontrollkommissionen einzusetzen, um den Inhalt der Parteizeitungen zu überwachen. Die Kontrollkommission und die Direktion der betreffenden Aktiengesellschaft sollten zusammen die Redakteure wählen, der Hauptredakteur aber von der Generalversammlung auf Grund eines Gutachtens der Direktion und der Kontrollkommission bestellt werden. Gegen die Wahl der Mitredakteure sollte sich der Hauptredakteur bei der Generalversammlung beschweren können. Die Aktien der Verlagsgesellschaften sollten möglichst in den Händen der Parteiorganisationen vereinigt werden. — Die Verlagsgesellschaften wurden aufgefordert, Kinder,

die nicht 15 Jahre erreicht haben, nicht zum Verteilen von Zeitungen an die Abonnenten zu verwenden.

Der Parteitag erörterte und billigte ferner den Entwurf einer Gesetzesvorlage über die Reform des kommunalen Wahlrechts und der Gemeindeverhältnisse überhaupt. Ebenso billigte er grundsätzlich einen Plan zur Gründung einer Lebensversicherungsgesellschaft für Arbeiter und bevollmächtigte den Parteivorstand, das Unternehmen finanziell zu fördern. (Dasselbe kam jedoch vorläufig nicht zustande.) Endlich protestierte der Parteitag gegen die von den russischen Machthabern geplanten Getreidezölle und gegen die sowohl von russischer als von finnisch-bürgerlicher Seite betriebene Klassenjustiz.

14. Die finnische Arbeiterbewegung war zu dieser Zeit zu bedeutender Reife gelangt. Durch die Beschlüsse der Parteitage und die Verbreitung einer sehr umfangreichen sozialistischen Literatur schien ihr eine sichere ideelle Grundlage gegeben. Ein Kader von erprobten, pflichtbewußten Parteiangehörigen hatte sich herausgebildet. Ein reges Leben pulsierte in den Teilorganisationen und auch die materielle Stellung der Partei war dank gewissenhafter Verwaltung ihrer Finanzen eine starke. Auch die gewerkschaftliche Zentrale, die so gut wie sämtliche gewerkschaftlichen Organisationen Finnlands umfaßte, erfuhr allmählich eine Vermehrung ihrer Mitgliederzahl und wirkte nicht ohne Erfolg für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in ihre zentralen Klassenkampforganisationen war vollständig und die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Taktik störten nur wenig die Zusammenarbeit für die gemeinsame Sache. Da kam der Weltkrieg, schleuderte die Bewegung aus ihrer alten Bahn und schuf neue, ungeahnte, verhängnisvolle Bedingungen für ihre künftige Entwicklung.

II. Die Schicksale der Sozialdemokratie Finnlands seit 1914.

15. Der Weltkrieg traf die finnländische Arbeiterschaft ebenso wenig vorbereitet wie die internationale Arbeiterschaft im allgemeinen. Zuerst rief er die größte Rat- und Mutlosigkeit hervor; hatte der russische Zarismus schon in Friedenszeit die Gesetze des Landes wenig respektiert, so setzte er sich jetzt ganz über

sie hinweg. Jeden Tag erschienen administrative „obligatorische Vorschriften“ nach dem Muster der in Rußland geltenden, die das bürgerliche Leben in Fesseln schlugen. Die Preßfreiheit wurde durch die Kriegszensur vernichtet, die Freizügigkeit auf das äußerste eingeschränkt; Massenversammlungen waren gänzlich verboten und sogar die Versammlungen von Vereinen oder deren Vorständen durften nur in Anwesenheit von Polizeibeamten stattfinden. Immerhin mochte das als durch den Kriegszustand bedingt und also als vorübergehend angesehen werden: aber im Herbst 1914 erschien ein von einer amtlichen russischen Kommission ausgearbeitetes Programm zur Durchführung der sogenannten Reichsgesetzgebung, d. h. zur Vernichtung der Autonomie Finnlands. Bei all dem ward aber allmählich klar, daß die russischen Machthaber in der gegebenen kritischen Zeit nicht unnötigerweise die Arbeiterklasse herausfordern wollten. Die Arbeiterorganisationen konnten, obwohl vielfach unter Schwierigkeiten, ihre Wirksamkeit fortsetzen und die Führer der finnischen Sozialdemokratie benutzten diese Gelegenheit — freilich nur mit größter Vorsicht, um nicht die Organisationen zu gefährden. Infolge der russischen Befestigungsarbeiten — die als nötig erachtet wurden, um einen deutschen oder schwedischen Angriff abzuwehren — wurde die zu Beginn des Krieges aufgetretene Arbeitslosigkeit bald beseitigt und die Arbeitsverhältnisse gestalteten sich sogar ungewöhnlich gut. Infolgedessen wuchs die Mitgliederzahl der Arbeiterorganisationen, obwohl die zu den Befestigungsarbeiten herangezogenen Leute zum Teil weniger organisationsfähig waren.

Angesichts der Unmöglichkeit freier Erörterung der Tagesfragen wurde um so heißer die Zusammentretung des Landtages ersehnt. Die russischen Machthaber ließen sich aber, trotz der klaren Vorschriften der finnischen Verfassung und ungeachtet der besonders nach den russischen Niederlagen im Sommer 1915 laut gewordenen Forderungen der Finnländer nicht zur Einberufung des Landtags bewegen. Er tagte in den Jahren 1915 und 1916 überhaupt nicht. Dagegen fanden am 1. und 3. Juli 1916 Neuwahlen statt. Die Arbeiterklasse benutzte diese mit Begeisterung, um ihre Meinung an den Tag zu legen. Angesichts der Befürchtung, es könnte dem finnischen Volke eine Kriegssteuer

aufgelegt werden, forderten die Redner der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft auf, gegen solche Pläne mit dem Stimmzettel zu protestieren. Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Parteien war eine schwache. Die Sozialdemokratie ihrerseits errang mit 376 030, d. h. 47,3 % aller Stimmen 103 Mandate und damit — der erste Fall in einem modernen Parlament! — die absolute Mehrheit. Zusammenberufen freilich wurde der Landtag vorläufig nicht.

Unter den Bürgerlichen war indessen eine Bewegung entstanden mit dem Ziele, unter Anlehnung an Deutschland mit Gewalt für die Befreiung Finnlands aus der Abhängigkeit von Rußland zu wirken. Eine vieljährige Erfahrung hatte bewiesen, daß unter der russischen Herrschaft eine freie nationale Entwicklung des finnischen Volkes unmöglich war. Die Aussicht auf künftige Abhängigkeit von Deutschland aber war um so weniger geeignet, die finnische Bourgeoisie abzuschrecken, als die damalige Ordnung in Deutschland ihren eigenen politischen Idealen entsprach. Zwar waren die Kreise der Intelligenz mehr ententefreundlich gesinnt und die Industriellen, die durch reiche Kriegslieferungen an die russische Armee begünstigt wurden, beobachteten eine so gut wie vollständige Loyalität. Vorherrschend war jedoch unter der Bourgeoisie, vor allem unter den tatkräftigeren Kreisen ihrer Jugend, die deutschfreundliche Stimmung, und Anfang 1915 begaben sich etwa 200 finnische Studenten nach Deutschland, wo sie im Lockstedter Lager in Holstein militärische Ausbildung erhielten in der Absicht, in die Heimat zurückzukehren, um dort einen von deutschen Truppen unterstützten Aufstand hervorzurufen und zu leiten. In Finnland selbst wurden inzwischen geheime bewaffnete Organisationen gebildet und Werbebüros errichtet, welche ebenfalls geheim 2000 junge Bauern, Arbeiter u. a. nach Deutschland brachten, die sich dort der in Bildung begriffenen finnischen Truppe anschlossen.

Dieses Unternehmen — sowie die gesamte „aktivistische“ Bewegung — rief überall in Finnland das größte Aufsehen hervor. Prinzipiell wurde es meist mit Sympathie begrüßt, vielfach aber seine praktische Durchführbarkeit bezweifelt. Zu den Zweiflern gehörten auch die Sozialdemokraten. Ihnen war selbstverständlich ein Zusammenwirken mit dem kaiserlichen Deutschland auch prinzipiell zuwider, wengleich ein deutsches Regiment als ge-

ringeres Übel erschien. Jedenfalls hielten sie die Berechnungen der „Aktivisten“ für allzu sanguinisch. Mußte ja erwartet werden, daß das traditionell gute Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland, den zwei mächtigsten Stützen der internationalen Reaktion, bald wiederhergestellt werden würde — und in der Tat stellte sich später heraus, daß tatsächlich in beiden Ländern mächtige Kreise in diesem Sinne tätig waren. Daß aber im Fall der Versöhnung so nebensächliche Interessen wie die Befreiung Finnlands unter den Tisch fallen würden, lag auf der Hand. Die Sozialdemokratie wollte also nicht alles auf eine Karte gesetzt wissen. Andererseits sollte auch nicht die aktivistische oder „Jäger“-bewegung bekämpft werden, da sie unter Umständen auch Gutes zeitigen könnte. Einige sozialdemokratischen Kreise — besonders im nördlichen Finnland, wo die aktivistische Bewegung auch unter der Bauernbevölkerung besonders stark war — teilten aber diese Bedenken der Führung nicht, sondern arbeiteten in der aktivistischen Bewegung eifrig mit, und auch einzelne hervorragendste Parteimitglieder unterhielten zu ihr Beziehungen. Im Gegensatz zu dem, was die finnische Sozialdemokratie seit Jahrzehnten schon, vornehmlich aber seit der russischen Revolution von 1905, die eine vorübergehende Erleichterung in der Lage Finnlands gebracht hatte, erhoffte: daß eine erstärkende und siegreiche russische Revolutionsbewegung auch dem finnischen Volke volle Befreiung bringen würde.

Zwar schien diese Möglichkeit vorläufig entfernt; immerhin aber entwickelte sich während des Weltkrieges wieder eine freilich noch nicht besonders lebhaftete Zusammenarbeit der finnischen Sozialdemokraten mit den russischen. Einerseits erhoben die russischen Sozialisten, weil den Finnen jetzt alle parlamentarische Tätigkeit untersagt und ihre Presse geknebelt war, in der Reichsduma gegen die Finnland-Politik ihrer Regierung Einspruch; andererseits waren die finnischen Sozialdemokraten ihren russischen Parteigenossen behilflich, als diese, angesichts der Absperrung der russisch-deutschen Grenze, ihre geheime Postverbindungen durch Finnland zogen, so daß Massen russisch-revolutionärer Literatur aus Schweden durch Finnland eingeführt und über Rußland verbreitet werden konnten. Die russischen Sozialisten, besonders die Bolschewiken, waren nämlich während des ganzen Krieges eifrig bemüht, die Revolution vorzubereiten.

16. Die russische März-Revolution hatte eine unmittelbare und durchgreifende Rückwirkung auf Finnland. Kaum drangen hierher Nachrichten, daß ein Umsturz in Petersburg im Gange sei, als sich auch sofort Vertreter aller finnischen Parteien dorthin begaben, um sich von der neuen Lage zu unterrichten und den Gang der Ereignisse zu Gunsten Finnlands zu beeinflussen. Als Resultat mehrtägiger Verhandlungen mit Vertretern der neuen russischen Machthaber erließ denn auch die provisorische Reichsregierung am 20. März ein Manifest, durch welches die der finnischen Verfassung widersprechenden Gesetze und Verordnungen aufgehoben wurden, vor allem das „Februar-Manifest“ von 1899 und das berüchtigte Gesetz vom 30. Juni 1910, betreffend die sogenannte Reichsgesetzgebung, ferner sollte der finnische Landtag unmittelbar einberufen werden; und unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Vertreter, die bei den Verhandlungen eine bedeutende Rolle spielten, wurden endlich im Manifest mehrere Reformen versprochen (Erweiterung der Kompetenz des Landtags, Presse- und Vereinsfreiheit usw.). Zugleich wurde eine allgemeine Amnestie für politische Verbrechen erlassen.

Die unmittelbare Folge der Revolution war außerdem, daß die russischen Garnisonen in Finnland ihre reaktionär gesinnten Offiziere töteten oder entfernten und daß der Generalgouverneur SEYN, die Mitglieder der Helsingforscher Regierung und die sonstigen Helfershelfer des zaristischen Regiments von ihren Ämtern freiwillig zurücktraten oder verjagt wurden. Die Zusammensetzung der neuen finnischen Regierung war schon während der Verhandlungen in Petersburg besprochen worden und die Sozialdemokraten hatten — ohne bei den Vertretern der russischen Regierung Widerspruch zu finden — ihre Absicht kundgegeben, die Bildung der Regierung zu übernehmen. In der Tat gelang es auch, nach Verhandlungen mit den Bürgerlichen eine von allen Parteien unterstützte Koalitionsregierung zu bilden, die je zur Hälfte aus sozialdemokratischen und bürgerlichen Ministern bestand und die auch die Bestätigung der russischen Regierung fand. An ihre Spitze trat der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Zentralorganisation OSKARI TOKOI; die übrigen sozialdemokratischen Mitglieder waren: der Rechtsanwalt WÄINÖ TANNER als Finanzminister, Dr. JULIUS AILIO als Gehilfe des Zivilministers, der ehemalige Vorsitzende

der gewerkschaftlichen Landesorganisation der Zimmerer MATTI PAASIWUORI als Gehilfe des Handels- und Industrieministers, der Magister phil. WÄINÖ WUOLLJOKI als Minister der Lebensmittelversorgung und Prof. Dr. WÄINO WOIONMAA als Verkehrsminister.

Eine ungeheure Aufgabe wartete der Sozialdemokratie. Was auf gesetzgeberischem wie auf anderen Gebieten während des zaristischen Regiments vernachlässigt worden war, sollte jetzt nachgeholt werden.

In ungeheuren Massen strömten jetzt die Arbeiter zu den Organisationen. Niemals war eine Arbeiterbewegung organisatorisch stärker als die finnische im Jahre 1917. Der 8stündige Arbeitstag wurde in der ganzen Industrie so gut wie unmittelbar nach der Revolution durchgeführt. Die stürmende Massenbewegung folgte aber zum Teil ihren eigenen Gesetzen, und die Zentralorganisationen, bestrebt, die Führung zu behalten und die in mehreren Kundgebungen vor Übermut warnten, hatten dabei nur teilweise Erfolg. Allgemein wurde anerkannt, daß nur die Sozialdemokratie imstande war, die gesellschaftliche Ordnung auch nur einigermaßen aufrecht zu erhalten, und ihre Aufgabe wurde einigermaßen dadurch erleichtert, daß die alte reaktionäre Polizei nach der Revolution vertrieben und, besonders in den größeren Städten, durch eine von den Arbeiterorganisationen gebildete Miliz ersetzt worden war.

Großes Entsetzen und Ärger riefen unter den Bürgerlichen die zahlreichen Landarbeiterstreiks hervor. Denn auch die proletarischen Elemente des flachen Landes benutzten die Gelegenheit, um hervorzutreten und ihren Anteil am Lebensglück zu fordern. Die Sozialdemokraten in der Regierung und im Landtag waren eifrig bemüht, diese Streiks, welche das wirtschaftliche Leben in dem ohnehin kritischen Zeitpunkt gefährdeten, zu befriedigendem Abschluß zu bringen — wurden aber trotzdem von den Bürgerlichen für sie verantwortlich gemacht.

Im Landtag benützte die Sozialdemokratie ihre freilich nur sehr knappe Mehrheit zur Durchführung der notwendigsten sozialen Reformen. Er erledigte Regierungsvorlagen über die Stellung der Russen und der Juden in Finnland, wobei den letzteren endlich das Bürgerrecht zuerkannt wurde, ferner über die Verlängerung der bestehenden Pachtverträge um einige Jahre, damit

die nötige Zeit zu endgültiger Regelung der Kleinpächterfrage gewonnen werden könne. Dagegen verweigerte der Landtag seine Zustimmung zu einem von der Regierung vorgeschlagenen Darlehen an den russischen Staat behufs Regelung der finnisch-russischen Valutafrage, und zwar aus praktischen sowohl wie aus prinzipiellen Gründen, weil die Reichsregierung das Darlehen für Befestigungsarbeiten in Finnland zu verwenden gedachte. -- Während der Kriegsjahre hatte die finnische Staatsbank unter dem Druck der Regierung und unter Mitwirkung finnischer Großindustrieller, deren Lieferungen an die russische Krone in Rubel bezahlt worden waren, den Rubel allzu hoch notieren müssen, wodurch dem finnischen Staate erhebliche Verluste zugefügt worden waren. Der Landtag beschloß daher eine Resolution: die Regierung solle den allzu großen Rubelzufluß verhindern und zu diesem Zwecke alle Behörden zur Festhaltung eines sachgemäßen Rubelkurses anzuweisen. — Auf Initiative der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde ferner die Aufhebung der strafgesetzlichen Normen gegen Gotteslästerung beschlossen, die ebenfalls als Waffe der Reaktion gegen die Presse gedient hatten, und die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Todesstrafe einzubringen. — Auch die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtage wurde festgelegt.

Das Problem aber, das dringendst und vor allem Lösung heischte, war die Frage nach der neuen staatlichen Ordnung Finnlands. Es galt, das Verhältnis zum neuen Rußland zu ordnen und dabei ein Maximum an Autonomie durchzusetzen. Ein dahin gehender Gesetzentwurf wurde von der finnischen Regierung im Einvernehmen mit der russischen ausgearbeitet und dem Landtage vorgelegt. Danach sollte das Beschlußrecht des Kaisers in finnischen Angelegenheiten auf die finnische Regierung übergehen mit Ausnahme jedoch der Fragen, welche die russischen Interessen berührten; die finnische Regierung sollte vom Generalgouverneur ernannt werden und das Vertrauen des Landtags genießen. Die Finnländer wollten sich aber damit nicht begnügen. Es kam daher zu Reibungen zwischen ihnen und dem Vertreter des neuen Rußland. Der russische Imperialismus schien nicht mit dem Zaris mus gestorben. Die Sozialdemokraten waren aber bestrebt, die Angelegenheit möglichst im Einverständnis mit der russischen

Demokratie zu regeln, wandten sich in dieser Absicht mit einem besonderen Schreiben an KERENSKI und machten auch ihren Einfluß in der zur Abfassung der Grundgesetze bestellten Kommission geltend, wo unter Führung des hervorragenden Sozialdemokraten YRJÖ MÄKELIN die wichtigsten Arbeiten der ganzen Session 1917 stattfanden. Es zeigte sich aber, daß die neuen Machthaber Rußlands keineswegs bereit waren, den Finnländern eine bedeutende Erweiterung ihrer Autonomie zuzugestehen und es meldeten sich Konflikte an. Unter solchen Umständen gewann die Idee völliger Unabhängigkeit Finnlands, die anfänglich nur von den „Aktivisten“ propagiert worden war, dank auch der nach der März-Revolution öffentlichen Agitation, sehr schnell an Boden und auch die sozialdemokratische Partei nahm sie auf ihrem Parteitag im Juni 1917 auf. Unter allgemeinem Jubel wurde sie auch im Landtag vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten O. TOKOI verfochten. Schien ja auch die Arbeiterschaft mehr als die übrigen Klassen an der vollen Selbständigkeit Finnlands interessiert. Denn gerade sie hatte unter der — in nicht geringem Maße bei verschiedenen Gelegenheiten auch von der finnländischen Arbeitgeberklasse beeinflußten — zaristischen Reaktion am meisten leiden müssen und vermeinte daher, daß soziale Reformen sich leichter würden durchsetzen lassen, wenn nicht mehr Petersburg als höchste Instanz mitzusprechen haben werde.

Darüber aber, wie das staatliche Ideal zu verwirklichen sei, gingen die Meinungen der Aktivisten und der mit ihnen mehr oder weniger offen sympathisierenden bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokraten andererseits weit auseinander. Jene pflegten nach wie vor ihre deutschen Verbindungen, die Sozialdemokratie aber wollte im Einverständnis mit dem russischen und dem internationalen Proletariat ihre Wünsche fördern. Dafür sprachen gleichermaßen ideelle wie opportunistische Gründe und es schien besonders wichtig, ein gutes Verhältnis zu dem mächtigen russischen Nachbar zu bewahren.

In wiederholten Besuchen in Petersburg versuchten die Führer der finnischen Sozialdemokratie, die russischen Sozialisten zu Gunsten Finnlands zu beeinflussen. Das gelang auch zum Teil. Besonders die Bolschewiken begünstigten, um die Staatsmacht zu schwächen, die Unabhängigkeitsbestrebungen der kleinen, von

Rußland unterdrückten Völker und widmeten den finnischen Sozialdemokraten wohlwollendes Interesse, das freilich später für Finnland verhängnisvoll wurde, weil es eine der Ursachen des finnischen Bürgerkrieges war. Weniger entgegenkommend waren die Menschewiken und die Sozialist-Revolutionäre, die sich mit dem Rußland der März-Revolution solidarisch fühlten und in den Selbständigkeitsbestrebungen der kleinen Völker eine Gefahr für das neue Rußland erblickten.

Auch die Sozialisten der übrigen Länder zugunsten der Unabhängigkeit ihres Landes zu beeinflussen, war die finnische Sozialdemokratie bemüht. Auf den internationalen Stockholmer Konferenzen im Frühjahr 1917 war sie durch zwei Delegierte, YRJÖ SIROLA und K. H. WIIK, vertreten und ihren Bemühungen war es zuzuschreiben, daß die deutsche sowohl wie die österreichische Delegation sich für die Unabhängigkeit Finnlands aussprachen, während die nach der Seite der Entente hin orientierten sozialistischen Parteien wenigstens eine erweiterte Autonomie Finnlands innerhalb des russischen Reiches befürworteten.

17. Am 15.—18. Juni 1917 hielt die sozialdemokratische Partei in Helsingfors ihren IX. Parteitag ab. Die Zahl der Delegierten betrug 130. Erschienen waren auf ihm auch einige ausländische Sozialistenparteien — darunter die russischen Bolschewiki, deren Delegierte ALEXANDRA KOLLONTAY den Gedanken von der Weiterentwicklung der russischen Revolution zu einer proletarischen Weltrevolution ausführte und unter begeistertem Beifall erklärte, daß die Bolschewiken bereit seien, die nationalen Bestrebungen der Finnländer bis zur völligen Loslösung Finnlands vom russischen Reiche zu unterstützen.

Der Parteitag hatte die Frage nach der Teilnahme der sozialdemokratischen Partei an der Regierung seit dem März 1917 zu erörtern. Eine vom Chefredakteur des „Työmies“ EDWARD WALPAS geleitete Oppositionsgruppe erachtete diese Beteiligung an der Regierung als Bruch des Parteibeschlusses von 1906. Der Parteitag aber lehnte diese Auffassung mit 70 Stimmen gegen 37 ab. Wohl aber wurde beschlossen, die Wirksamkeit der Regierung genau zu überwachen und gegebenenfalls unter Parteidruck zu stellen. Auf Beschluß der zentralen Parteibehörden sollten die parteiangehörigen Mitglieder der Regierung aus dieser auszutreten

verhalten sein, namentlich obligatorisch in dem Falle, wenn infolge Widerstandes der Bürgerlichen gegen die von den Arbeitern geforderten Reformen ein weiteres Zusammenarbeiten mit diesen sich als unmöglich erwies. Zugleich wurde festgestellt, daß, obschon einige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei dem Kabinett angehörten, die Partei nicht für die Mißstände der bürgerlichen Gesellschaft verantwortlich gemacht werden und daß die Teilnahme an der Regierung nicht den direkten Klassenkampf der Arbeiterschaft schwächen dürfe.

Die Resolution des Parteitags trug Kompromißcharakter. Im allgemeinen aber kann man sagen, daß im Augenblick unmittelbar nach der Revolution die Stimmung der Arbeiter wirklich sehr radikal war. Das kam auch in den anderen Resolutionen desselben Parteitages zum Ausdruck. So forderte dieser: die Beibehaltung der nach der Revolution errichteten Arbeitermiliz bis zur gesetzlichen Regelung der Polizei; die Linderung der Lebensmittelnot durch Ausdehnung der Getreideproduktion; die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Notstands-, vor allem durch Eisenbahnbauten.

Die Anregung, zur Erzwingung gewisser Reformen den Generalstreik anzuwenden, verwarf der Parteitag; auch warnte er vor lokalen politischen Streiks ohne Genehmigung des Parteivorstandes. Dagegen beschloß er — wenn auch unter Bedenken der Führer — den Anschluß an die Zimmerwalder Internationale, der von den anwesenden Vertretern der Bolschewikenpartei eifrig befürwortet wurde.

Die wichtigste Frage, die den Parteitag beschäftigte, betraf die staatsrechtliche Stellung Finnlands. Einstimmig wurde eine von O. W. KUUSINEN verfaßte Resolution angenommen, welche die staatliche Selbständigkeit Finnlands forderte und außerdem den Wunsch nach Wiederherstellung des durch den russischen Imperialismus getrübbten guten Verhältnisses zwischen dem finnischen und dem russischen Volke zum Zwecke gegenseitiger fruchtbarer Beeinflussung und Unterstützung aussprach. Die Sache Finnlands, hieß es in der Resolution weiter, sei eine internationale. Zur Sicherstellung der Unverletzbarkeit seiner Freiheit bedürfe es internationaler Garantien in Gemäßheit der Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie, und die finnische Partei wende sich um ihre Erlangung an die anderen Bruderparteien und insbe-

sondere an die russische. Diese Resolution sollte dem bevorstehenden Ersten Allrussischen Rätekongreß durch vom Parteitag gewählte Delegierte überbracht werden.

18. Diese Delegierten wurden vom Allrussischen Rätekongreß sehr freundlich aufgenommen, und der Kongreß beschloß am 4. Juli eine von dem Menschewiken ABRAMOWITSCH und dem finnischen Sozialdemokraten EWERT HUTTUNEN ausgearbeitete Resolution, in der eine sehr weitgehende Erweiterung der finnländischen Autonomie befürwortet wurde, so daß nur Außenpolitik und Heer gemeinsam bleiben sollten. Außerdem anerkannte der Kongreß prinzipiell das Recht Finnlands auf Unabhängigkeit, jedoch nur unter der — von finnischer Seite nicht gebilligten — Bedingung: daß die endgültige Entscheidung hierüber der künftigen russischen Konstituante vorbehalten bleiben solle.

Durch diesen Beschluß des Rätekongresses ermutigt, schritten die führenden finnischen Sozialdemokraten alsbald daran, einen schon lange in der Kommission für die Grundgesetze vorliegenden Gesetzentwurf über die Verteilung der finnischen Staatsgewalt zwischen den finnischen und den russischen Behörden im Sinne des Kongreßbeschlusses abzuändern, und arbeiteten eine diesem genau angepaßte Gesetzesvorlage aus. Die rechtsstehenden Gruppen im finnischen Landtag widersetzten sich ihr: sie wollten nicht die russische Regierung reizen, hofften wohl auch noch, sich gegen den allzuroten Landtag auf die Reichsregierung stützen zu können. Als Vorwand machten sie aber geltend: das vorgeschlagene Gesetz hätte ja nicht die ersehnte Unabhängigkeit gebracht und es baue — wie man geringschätzig betonte — auf eine von einem russischen Arbeiter- und Soldatenkongresse angenommene Resolution. Die Landtagsmehrheit nahm aber am 18. Juli das Gesetz an und dies wurde im ganzen Lande, sowohl in proletarischen wie in bürgerlichen Kreisen, mit Befriedigung, ja sogar mit Begeisterung begrüßt. Der Reichsregierung wurde das so verabschiedete Gesetz amtlich gar nicht mehr zur Bestätigung übermittelt, sondern nur in einer Zuschrift die Hoffnung ausgesprochen, der Landtagsbeschluß werde von der Reichsregierung günstig aufgenommen werden.

Diese Erwartung erfüllte sich aber nicht. Vielmehr löste die Reichsregierung — der auch Sozialdemokraten angehörten! —

in einem Manifest vom 31. Juli den Landtag auf und schrieb Neuwahlen aus.

Die Sozialdemokraten verweigerten die Anerkennung des Manifests, da der Landtag eben sich u. a. das Recht arrogiert hatte, allein über sein Zusammentreten zu beschließen. Die meisten Bürgerlichen aber waren bereit, sich zu fügen, und sogar froh, den Landtag mit seiner roten Mehrheit loszuwerden. So beschloß denn die finnische Regierung unter dem Präsidium des Generalgouverneurs Stahowitsch mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die sozialdemokratischen, das Manifest zu promulgieren.

Diesem nun offen Trotz zu bieten, wagte allerdings auch die sozialdemokratische Landtagsfraktion nicht, obwohl eine Minderheit der Fraktion das forderte. Der sozialdemokratische Landtagspräsident, K. MANNER, verlas den Auflösungserlaß nicht, sondern begnügte sich damit, zu erklären, der Zeitpunkt der nächsten Sitzung würde von ihm bestimmt werden. Nach Absicht der Sozialdemokraten sollte der Landtagspräsident eine Sitzung des Landtages einberufen, so bald sich die Machtverhältnisse dertart verschoben hätten, daß die russische Regierung nicht mehr über die Macht verfügen würde, die Zusammentretung des Landtages zu verhindern. Diese Verschiebung der Machtverhältnisse ließ aber auf sich warten und unter der Bevölkerung rief die mangelnde Standhaftigkeit der sozialdemokratischen Fraktion Unwillen hervor. In den Parteikreisen wurde die Forderung laut, es sollte etwas getan werden. Der Landtagspräsident berief daher den Landtag zum 29. August, aber die Sitzung, zu der außer den Sozialdemokraten nur wenige bürgerliche Radikale erschienen, wurde von den russischen Behörden mit Militärgewalt verhindert. Am 28. September wurde der Versuch erneuert. In der Zwischenzeit war die Autorität der Reichsregierung immer mehr gesunken, und in der Helsingforscher Garnison hatten die Bolschewiken das Übergewicht. Das Militär weigerte sich denn auch, die Sitzung des Landtages zu verhindern, so daß sie stattfinden konnte: bei Anwesenheit der Sozialdemokraten und einiger Bürgerlicher, die mehr die Rolle als Zuschauer spielten. In dieser Sitzung wurde beschlossen, einige schon früher vom Landtage angenommene Gesetze zu bestätigen. In Betracht der veränderten Verhältnisse blieben aber diese Beschlüsse ohne jede praktische Bedeutung.

Auch die Sozialdemokraten hatten beschlossen, sich an den auf den 1. und 2. Oktober ausgeschriebenen Neuwahlen zu beteiligen, obwohl sie die Wahlausschreibung als ungesetzlich erklärten. In der Wahlagitation rafften die Bürgerlichen alle ihre Kräfte zusammen und nutzten die von der Sozialdemokratie begangenen Fehler und nicht am wenigsten die von den allmählich demoralisierten russischen Truppen in Finnland verübten Ausschreitungen gründlich aus. Mit dem Ergebnis, daß zwar die sozialdemokratische Stimmzahl von 376 030 im Jahre 1916 auf 444 670 answoll, die der Bürgerlichen aber in noch höherem Maße, so daß die Sozialdemokraten es bloß auf 92 Mandate brachten, also 11 Mandate und damit die Mehrheit im Landtage verloren.

Schon vor den Wahlen waren alle sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung ausgetreten, da sie die weitere Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen als fruchtlos erkannten, und diese schlugen einen immer entschiedener bürgerlich-politischen Kurs ein.

19. Die Arbeiterschaft verlor damit ihre zwei bedeutendsten Machtpositionen im öffentlichen Leben und dieser Umstand verstärkte selbsttätig die auch früher schon vorhanden gewesenen außerparlamentarischen Neigungen. In der Tat waren die wichtigsten Errungenschaften der finnischen Arbeiterklasse — das allgemeine Stimmrecht 1906, nunmehr der 8stündige Arbeitstag u. a. — Ergebnis explosionsartiger Ausbrüche; die ruhigeren Zeiten hatten zu wenig Erfolge gesehen, als daß sich die Bedeutung der parlamentarischen Tätigkeit hätte tiefer in die Volksseele einprägen können. Allzueinseitig hatte man die relative Erfolglosigkeit der Arbeiterbewegung während der zaristischen Zeit durch die Parteinahme des Zarismus für die Bourgeoisie erklärt und sich so daran gewöhnt, deren eigene Kraft zur Verteidigung ihrer Interessen zu unterschätzen. Man hatte also die Niederwerfung der Bourgeoisie, da sie keine Stütze mehr in Petersburg finden könne, als kinderleicht angesehen. Seit der März-Revolution beseelte die Arbeitermassen ein gärendes Kraftgefühl, das nach Betätigung drängte. Zwar waren die Führer bemüht, es einigermaßen zurückzudämmen, weil sie fürchteten, durch dessen Überspannung das bisher Errengene zu gefährden. Allein ihre Autorität war eine immer noch

geringe. So kam es, daß während des Jahres 1917 die Masse immer mehr als die wirklich treibende Macht hervortrat, oder daß neue Führer hervortraten, welche deren heiße Wünsche zum Ausdruck brachten, ohne die Möglichkeit ihrer Verwirklichung näher zu erwägen. Besonders anstachelnd wirkte auch das Beispiel und zum Teil die direkte Agitation der in Finnland befindlichen, revolutionär gesinnten russischen Truppen.

Nachdem im Herbst die russischen Befestigungsarbeiten in Finnland wegen Geldmangel eingestellt worden waren, wurden große Mengen von Arbeitern arbeitslos. Dies im Verein mit der von der bürgerlichen Regierung betriebenen unklugen Lebensmittelpolitik und dem Widerstand der Landwirte gegen die früher schon erlassenen Lebensmittelverordnungen, verschlimmerte die allgemeine Lage noch weiter. Überhaupt waren die Bürgerlichen noch nicht genügend davon überzeugt, daß tiefgreifende Reformen nötig seien, um das während des zaristischen Regimes Versäumte nachzuholen. Es bedurfte im Juli 1917 riesiger Massenkundgebungen, um die Gesetze über das allgemeine und gleiche kommunale Stimmrecht und den 8stündigen Arbeitstag im Landtage durchzusetzen, und noch stand die Bestätigung dieser Gesetze aus. Die Bourgeoisie begann vielmehr sich von dem Schrecken zu erholen, den ihr der Aufmarsch der Arbeitermassen eingeflößt hatte. Sie suchte nach einer Stütze für die Kämpfe, die erwartet werden konnten, und stellte die „Schutzkorps“ auf.

Diese stammten von den 1915—16 gebildeten geheimen Organisationen für den damals geplanten Aufstand. Nach der März-Revolution traten diese Organisationen allmählich ans Tageslicht und vermehrten sich. Sie hießen „Schutzkorps“, weil als eine ihrer Aufgaben der Schutz der Bevölkerung gegen die Ausbreitungen der russischen Soldaten galt. Sie bestand aber durchgehend aus bürgerlich Gesinnten, ihr Geist war der bürgerlich-patriotische, er wurde ständig sogar arbeiterfeindlicher, und es konnte vorausgesehen werden, daß sie erforderlichenfalls nicht nur gegen den russischen Imperialismus, sondern gegen alle Feinde der bürgerlichen Gesellschaft in Finnland sich wenden würden.

Unter den Arbeitern wurde das Dasein der Schutzkorps als Drohung empfunden. Sie empfanden das Bedürfnis, sich ihrerseits gegen sie zu schützen, und an einigen Orten wurden besonders

im Herbst 1917 spontan militärisch geordnete Arbeiterkorps gebildet, deren einige sich „Rote Garden“ nannten — eine Reminiszenz an die Roten Garden vom November 1905. Die zentralen Arbeiterorganisationen fanden es nötig, in diese Entwicklung einzugreifen, um nicht deren Führung zu verlieren. Sie erließen daher im September 1917 die Aufforderung, Garden zu bilden, reservierten aber hierbei dem Parteivorstand und der gewerkschaftlichen Landeszentrale maßgebenden Einfluß auf die Leitung der Garden. Durch deren Bezeichnung als „Ordnungsgarden der Arbeiter“ wurde der defensive Charakter derselben betont. Zum obersten Befehlshaber der Garden wurde ein bekannter sozialdemokratischer Journalist, ALI AALTONEN, ernannt.

Die hiernach an mehreren Orten gebildeten Garden waren meist so gut wie unbewaffnet. Bald aber rissen in ihnen die extremen Elemente die Führung an sich, während die zentralen Parteibehörden immer mehr ihren Einfluß verloren. Das finnische Volk war also schon jetzt in zwei feindliche militärisch geordnete Lager gespalten.

20. Als der Landtag am 1. November zusammentrat, war die Lage bereits sehr kritisch geworden. Einige Tage hernach brach die bolschewistische Revolution in Petrograd aus und machte auch auf die finnischen Arbeiter einen überaus starken Eindruck. Der sozialdemokratische Parteivorstand und die gewerkschaftliche Landeszentrale kennzeichneten die Lage in einer gemeinsamen Proklamation vom 8. November, in der es hieß: „Die Glocken der Revolution läuten. Sie erzählen aus Petrograd, daß die dortigen revolutionären Soldaten und Arbeiter die Macht ergriffen haben, um die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Eine Reihe großer historischer Ereignisse hat also angefangen. Sie wirken sicherlich auch auf unsere Verhältnisse zurück. Die Arbeiterschaft sei also auf der Hut . . . Sie möge ihre Kaltblütigkeit und unverrückbare demokratische Ordnung in ihrer Mitte bewahren. Zur Erreichung der Ziele der revolutionären Arbeiterschaft ist organisierte Zusammenarbeit vonnöten, und ungeordnete Krakeele sind nur schädlich . . . Parteivorstand und Gewerkschaftszentrale verfolgen in naher Wechselwirkung mit der Leitung der Ordnungsgarden der Arbeiter den Gang der Ereignisse . . .“

„Bemüht, die Forderungen der Arbeiterschaft mit friedlichen

Mitteln zu fördern, stellte die Landtagsfraktion ein Verzeichnis der dringendsten Arbeiterforderungen auf unter der Überschrift „Was wir fordern“ und legte es in ultimativer Form dem Landtage vor. In diesem von O. W. KUUSINEN, dem hervorragenden Theoretiker der Partei, verfaßten Programm wurde — unter Betonung der Solidarität mit der internationalen proletarischen Friedensbewegung — die Bourgeoisie einer „Politik der Unzurechnungsfähigkeit“ beschuldigt. Sie habe durch Anerkennung der Auflösung des Landtags durch die russische Regierung den Weg der „systematischen Ungesetzlichkeit“ betreten und sich die russischen Unterdrücker als Verbündete zugesellt. Der Landtag solle sich nun mit einer Kundgebung an das finnische Volk wenden und bereit erklären: die Lebensmittelnot und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die in der Sommersession angenommenen Gesetze über die Staatsgewalt, das kommunale Stimmrecht und den 8stündigen Arbeitstag zu bestätigen, das bürokratische System in der Verwaltung zu beseitigen, die Schutzkorps aufzulösen, den Kleinpächtern Unabhängigkeit von den Gutsbesitzern zu gewährleisten, die Invaliden- und Krankenversicherung sowie eine Steuerreform durchzuführen und das Verhältnis zu Rußland zu ordnen. Nach Lösung dieser dringenden Aufgaben solle eine Konstituante einberufen werden auf Grundlage des Wahlrechtes aller über 20 Jahre alten finnischen Bürger.

Ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion hätte es vorgezogen, die vorstehenden Forderungen nicht in Form eines Gesamtprogramms, sondern jede für sich dem Landtage vorzulegen, um so durch die Möglichkeit der Einzelbehandlung ihre Durchsetzung wenigstens teilweise zu sichern. Sie blieben aber in der Minorität. Die bürgerlichen Parteien aber erklärten denn auch am 9. November mit 106 gegen 90 Stimmen das „Wir fordern“-Programm als Ganzes für unannehmbar, insbesondere aber hielten sie an den Schutzkorps fest. Denn die führenden Kreise der Bourgeoisie waren sich durchaus darüber im klaren, daß es zu offenem Kampf mit Rußland oder auch mit der einheimischen Arbeiterschaft kommen könnte und wollten dabei nicht nur auf die Hilfe der deutschen Truppen rechnen.

Drei Tage darauf, am 12. November, trat der Gewerkschaftskongreß zusammen. Er brachte die in der Arbeiterschaft herr-

schende Erbitterung in einer Proklamation vom 13. November zum Ausdruck und forderte sofortige Verabschiedung und Promulgierung der Gesetze über die Staatsgewalt und die wichtigsten Sozialreformen. Für den Fall der Ablehnung dieses Ultimatums durch den Landtag wurde der Generalstreik angedroht.

In der Landtagssitzung vom selben Tage verlangten demgemäß die Sozialdemokraten zunächst die endgültige Annahme des Gesetzes betreffend die Staatsgewalt, der Landtagspräsident aber weigerte sich aus formalen Gründen, diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen. Infolgedessen wurde sofort aus Vertretern des Parteivorstandes, der gewerkschaftlichen Landeszentrale, der Landtagsfraktion und der Helsingforscher Arbeiterorganisationen ein Revolutionärer Zentralrat der Arbeiter bestellt, der für den nächstfolgenden Morgen den Generalstreik proklamierte, der tatsächlich am 14. November im ganzen Lande einsetzte.

Am 15. November behandelte dann der Landtag die Frage der Ausübung der Staatsgewalt. Ihre, wenn auch nur provisorische, Lösung war um so notwendiger, weil inzwischen die KERENSKI-Regierung endgültig aus der Arena verschwunden war und die weitere Entwicklung der Zustände in Rußland nicht abgewartet werden konnte. Trotzdem wurde der Vorschlag der Sozialdemokraten neuerdings verworfen; und desgleichen der — von den Konservativen unterstützte — Vorschlag des Landtagspräsidenten, die früheren Machtbefugnisse des Kaisers und Großfürsten auf die finnische Regierung zu übertragen. Dagegen wurde mit 127 (sozialdemokratischen und bauernbündlerischen) Stimmen gegen 68 (konservative) ein Antrag des Bauernführers S. ALKIO gebilligt, wonach — angesichts des Sturzes der russischen Regierung — der finnische Landtag „vorläufig selbst die Macht ausüben sollte, welche den bisherigen Satzungen gemäß dem Kaiser und Großfürsten zugestanden hatte“. Das bedeutete die tatsächliche Selbständigkeitserklärung Finnlands, und der Landtag benutzte auch sofort seine neue Machtfülle. In der Nacht auf den 16. November sanktionierte er, unter dem Druck der um das Landtagsgebäude versammelten erregten Arbeitermassen, mit 149 gegen 42 Stimmen den Achtsturentag und mit 147 gegen 45 Stimmen das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen.

Der Generalstreik aber dauerte noch fort. Er nahm einen zum Teil unruhigen Verlauf und es wurden etwa 30 Morde verübt, welche die Erbitterung der Bürgerlichen auf das äußerste steigerten. Die extremen Elemente unter den Arbeitern, an ihrer Spitze die rote Garde und die Arbeiter in Helsingfors, forderten, die Sozialdemokratie solle revolutionär die Staatsgewalt übernehmen. Dem schloß sich auch die Leitung der gewerkschaftlichen Landeszentrale an und auch LENIN befürwortete es sowohl durch Emissäre als auch in einem eigenhändigen Schreiben an führende finnische Sozialdemokraten. Der Parteivorstand aber und besonders die Mehrheit der Landtagsfraktion waren anderer Ansicht. Nach ihrer Meinung hatte der Streik schon bedeutende Resultate gezeitigt; weitere seien nicht zu erwarten; er solle also — am 19. November — abgebrochen werden. Dafür werde dem Landtage die Ernennung einer sozialdemokratischen Regierung vorgeschlagen werden. Diese Parole rief unter einigen Teilen der Arbeiterschaft Unzufriedenheit hervor; der Streik dauerte mancherorten noch einige Tage fort; und zum erstenmal wurde nun auch in Finnland die Beschuldigung laut: „Die Führer haben uns verraten!“ Die Parteileitung verlor jedenfalls immer mehr ihre Autorität.

Der Versuch, dem Lande eine sozialdemokratische Regierung zu geben, wurde wirklich gemacht. Er war aber von vornherein zum Mißlingen verurteilt. Die durch die Gewalttaten infolge des Generalstreiks und durch Ausschreitungen lumpenproletarischer Elemente ergrimmte Bourgeoisie schloß sich immer fester, und in der Sitzung des Landtages vom 26. November wurde nach hitziger Debatte mit 100 bürgerlichen gegen 80 sozialdemokratische Stimmen eine überwiegend konservative rein bürgerliche Liste mit dem angesehenen Patrioten P. E. SVINHUFVUD an der Spitze eingesetzt. Die sozialdemokratische Liste mit O. TOKOI an der Spitze wurde abgelehnt. Die Kluft zwischen den beiden Klassen wurde hierdurch noch erweitert und eine friedliche Lösung der brennenden Tagesprobleme noch mehr erschwert.

21. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion war während der erregten Tage des Generalstreiks bemüht gewesen, die Entwicklung in ruhigen Bahnen zu halten. Deshalb hatte sie auch den Vorschlag, auf revolutionärem Wege sich der Regierungs-

gewalt zu bemächtigen — mit 44 Stimmen gegen 33 —, abgelehnt. Zugleich aber verlangte sie vom Parteivorstand die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags zur Erörterung der künftigen Taktik. Dies geschah.

Dieser Parteitag trat bereits am 25.—27. November unter dem Präsidium des Vorsitzenden des Parteivorstandes KULLERVO MANNER, ferner AUG. LEHTOS (Helsingfors), J. WUORISTOS (Wiborg) und K. AHMALAS (Uleaborg) in Helsingfors zusammen. Anwesend waren 130 Vertreter. MANNER stellte in seiner Begrüßungsrede fest, daß sich der Generalstreik, dessen Absicht eine friedliche gewesen sei, zum Teil zu einer revolutionären Bewegung entwickelt habe und daß nachher die Zustände sich immer mehr zugespitzt hätten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die überaus wichtige Frage nach der Taktik, über welche O. W. KUUSINEN referierte. Obwohl bereits selbst zu revolutionärem Vorgehen geneigt, würdigte er objektiv die verschiedenen Möglichkeiten. Bei revolutionärer Übernahme der Staatsgewalt könnten die Arbeiter wohl die Macht in den größeren Städten, besonders im Süden des Landes behaupten. Im nördlichen Finnland dagegen seien die Bürgerlichen, auf ihre Schutzkorps gestützt, die stärkeren. Würden die Arbeiter ihre Macht benutzen, um allen Staatsbürgern vom 20. Jahr an das Wahlrecht einzuräumen, so könnten sie künftig auch gesetzlich und parlamentarisch die Macht behalten. Aber es sei wohl zu erwägen, daß die Bourgeoisie furchtbar erregt sei und die Gewalttätigkeiten während des Generalstreiks rächen wolle. Es sei gefährlich, ihr die Initiative zu überlassen. Doch dürfe nicht verhehlt werden, daß eine Niederlage noch furchtbarere Rache und die Unterdrückung der ganzen Arbeiterbewegung mit sich ziehen würde.

In der Debatte traten drei Richtungen hervor.

Für die Revolution sprachen der damalige oberste Befehlshaber der Roten Garde ALI AALTONEN, der spätere Führer derselben EERO HAAPALAINEN, der spätere Vorsitzende der Revolutionsregierung K. MANNER, und der nachmalige Kommissar des Auswärtigen YRJÖ SIROLA. Sie erklärten die Lage als für ein friedliches Vorgehen nunmehr durchaus ungeeignet. Die Bourgeoisie sei bewaffnet, und die Arbeiter müßten ihre Taktik nach

den Tatsachen einrichten. Es sei verwerflich, die revolutionäre Tätigkeit der Massen zu fürchten.

Gegen die revolutionären Pläne sprachen die alten bewährten Führer EETU SALIN, T. TAINIO und SETH HEIKKILÄ, ferner EWERT HUTTUNEN, ALEX. HALONEN u. a. K. H. WIIK faßte die Gründe gegen ein revolutionäres Vorgehen dahin zusammen: Eine Revolution sei berechtigt nur als geschichtliche Notwendigkeit. Diese Voraussetzung träfe aber nicht zu. Die praktischen Schwierigkeiten würden sich häufen: Lebensmittelnot, Sabotage durch die Fabrikbesitzer und Techniker, passiver Widerstand der Beamten, staatsfinanzielle Schwierigkeiten, Unmöglichkeit, das Lumpenproletariat, das während des Generalstreikes die Freiheitsbewegung der Arbeiterschaft entehrt habe, im Zaum zu halten; außerdem sei zum Teil die demoralisierte russische Soldateska, in der manche eine unerschütterliche Stütze der Revolution sehen, bei weitem nicht zuverlässig.

Eine nurparlamentaristische Gruppe, die sich schon vor dem Parteitag auf ein einheitliches Auftreten auf demselben geeinigt hatte, trat mit einem eigenen Resolutionsentwurf hervor, in dem der Gedanke an eine Diktatur des Proletariats ausdrücklich abgelehnt und als Aktionsformen der Arbeiterbewegung nur die bisherigen — die friedliche politische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, parlamentarische und kommunale Tätigkeit — anerkannt wurden.

Der unter den finnischen Arbeitern überhaupt so starke Drang nach Zusammenhalten zeigte sich auch diesmal, und zwar so, daß eine klare Entscheidung der brennendsten Fragen ausblieb. K. M. EVÄ, E. ELO, O. ELFWING, A. WESLEY u. a. vermittelten und wünschten eine Resolution, die keine der auf dem Parteitage repräsentierten Bestrebungen ausschloß. Auch der einflußreiche O. W. KUUSINEN schloß sich im Laufe des Parteitags diesem Standpunkt an. So kam es denn, daß zunächst in einer Probeabstimmung die revolutionäre Auffassung mit 59 Stimmen gegen 43 abgelehnt wurde und daß sodann die Frage in eine Kommission verwiesen wurde, deren von O. W. KUUSINEN verfaßtes Referat den Kompromißstandpunkt vertrat. Die folgende Abstimmung brachte die Verwerfung des nurparlamentaristischen Resolutionsantrags mit 59 gegen 44 Stimmen und weiterhin der Diktatur-

forderung mit 67 gegen 28 Stimmen. Es siegte also der von der Kommission befürwortete Kompromißvorschlag.

Die Sozialdemokratie — hieß es in der angenommenen Resolution — ist bestrebt, ihre große geschichtliche Aufgabe mit allen den Mitteln zu verwirklichen, die dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechen. Sie fordert auch für die Arbeiterschaft das Recht, sich wenn nötig mit bewaffneter Hand gegen bewaffnete Gegner zu verteidigen. Mehr Gewalt als zur Unterdrückung gegnerischer Gewalt nötig ist, soll aber nicht gebraucht werden. Mord, Raub u. dergl. werden verurteilt. Die zur Selbstverteidigung gebildeten Ordnungsgarden sollen zu zuverlässigen, unter der Kontrolle der Arbeiterorganisationen stehenden und ihren bewährten taktischen Grundsätzen gemäß wirkenden Institutionen entwickelt werden. — Betreffend die Regierungsfrage führte die Resolution aus: „Da in diesen revolutionären Zeiten Sachlagen möglich seien, in denen zur Durchführung der grundlegenden Forderungen der Arbeiterklasse nötig sein könne, daß die Sozialdemokraten allein oder in Koalition mit einer bürgerlichen Kabinettsminderheit die Staatsgewalt übernehme, sollen die sozialdemokratische Landtagsfraktion und der Parteirat zu jeglicher Zeit prüfen, ob von der einen oder der anderen dieser Möglichkeiten mehr Nutzen als Schaden und Gefahr für den sozialdemokratischen Klassenkampf mit Sicherheit zu erwarten sei. Gelangen beide Instanzen zu demselben Beschluß und diesbezüglichen Bedingungen, da sei der betreffende Beschluß vorläufig gestattet.“

Die größte und von der Minderheit des Parteitages tief bedauerte Schwäche dieser Resolution war, daß sie alle Möglichkeiten offen ließ, ohne auch nur anzudeuten, in welche Richtung die Partei streben solle. Die künftige Entwicklung der Dinge wurde mit vulgärmarxistisch drapiertem Fatalismus dem Zufall überlassen und die Folge war, daß tatsächlich die Partei in den folgenden Monaten immer mehr die Führung auch unter den Arbeitern selbst verlor. Nicht einmal jene Punkte der Resolution wurden verwirklicht, die von unmittelbarer praktischer Bedeutung gewesen wären, nämlich jene, welche sich gegen den Mutwillen der extremen Elemente der Arbeiterschaft richteten und von den Ordnungsgarden Disziplin forderten.

22. Die vom Parteitag vorausgesetzte Koalitionsregierung kam

nicht zustande. Vielmehr wurde, noch während er tagte, vom Landtag das Ministerium SVINHUFVUD gewählt. Die Arbeiterklasse, die sich von legalem Einfluß auf die Dinge abgeschnitten empfand, wurde immer mehr auf revolutionäre Wege getrieben. Die sozialdemokratische Parteileitung war immer weniger imstande, die wirkliche Führung zu behalten und diese geriet in die Hände Extremer, welche hinter dem Rücken der Leitung direkt mit den Bolschewiken zusammenarbeiteten. Die Parteileitung empfand aber die Notwendigkeit, sich den Massen anzunähern, um diese zu beruhigen. Zu diesem Zweck wurde dem Parteirat, der in den Tagen des 19.—22. Januar 1918 in Helsingfors zusammentrat, vorgeschlagen, den Parteivorstand durch einige neue linksgerichtete Mitglieder zu ergänzen, um so der Linken stärkeren Einfluß im Parteivorstande zu sichern. Das geschah auch. Zugleich wurde beschlossen, den Parteitag zu Mai zusammenzurufen. Noch vorher schon sollte eine Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Gemeindeorganisationen zusammentreten, damit die Meinung der Arbeiterschaft in allen Teilen des Landes genau klargestellt werde. Wenn man aber gehofft hatte, so einen Modus vivendi zu schaffen, so erwies sich das sofort als Irrtum. Die neu kooptierten Mitglieder des Parteivorstandes erwiesen sich als eifrige Verteidiger der revolutionären Richtung und setzten eine Arbeitsteilung innerhalb des Parteivorstandes durch, kraft deren die alten Vorstandsmitglieder sich nur mit den inneren wirtschaftlichen Angelegenheiten befassen sollten, wogegen die politischen dem hauptsächlich aus den neuen, revolutionär gesinnten Mitgliedern bestehenden „revolutionären Komitee“ zugeteilt wurden.

Auch unter den Bürgerlichen hatten inzwischen die Intransigenten ständig an Einfluß gewonnen. Die deutsch-orientierte aktivistische Politik wurde nunmehr nicht nur von begeisterten Jünglingen getragen: auch bewährte konservative Führer hatten sich ihr angeschlossen. Seit dem November 1917 hatten offizielle Verhandlungen mit dem deutschen Hauptquartier stattgefunden, und obwohl die deutschen Machthaber lange zögerten, ehe sie bewaffnete Unterstützung versprachen, wurden doch sofort Waffen nach Finnland gesandt und dort in aller Stille an der Küste gelöscht und unter den Schutzkorps verteilt.

Die Selbständigkeit Finnlands wurde indessen international anerkannt. Die deutsche Regierung, an welche sich die finnische Regierung in solcher Absicht gewendet hatte, forderte die Finnen auf, zuerst ihr Verhältnis zu Rußland zu ordnen, und SVINHUFVUD sah sich gezwungen, eben das zu tun, was schon mehrmals die finnischen Sozialdemokraten ihm geraten hatten: sich an die Räteregierung zu wenden, um deren Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands zu erlangen. Diese Anerkennung wurde auch sofort, um die Jahreswende 1917/18, und um so bereitwilliger erteilt, weil der finnische sozialdemokratische Parteivorstand, obwohl ohne Kenntnis der Maßnahmen der Regierung, eben zu derselben Zeit eine Deputation nach Petersburg entsandte, um an die LENINSche Regierung eine ähnliche Aufforderung zu richten. Auch die deutschen Machthaber hatten aller Wahrscheinlichkeit nach die Räteregierung in diesem Sinne beeinflusst. Trotzdem beeilte sich die Räteregierung nicht, ihre Truppen aus Finnland abzuziehen. Offenbar, weil sie eine deutsche Landung fürchtete. Auch der sozialdemokratische Parteirat trug diesem Umstand Rechnung und erklärte in seiner Januarsitzung in einer besonderen — nachher als „landesverräterisch“ gestempelten — Resolution, daß er den unmittelbaren Rückzug der russischen Truppen nicht fordere. Die bürgerlichen Patrioten aber wollten auch nur temporär russische Truppen in Finnland nicht mehr dulden. Und wenn auch Krieg nicht nötig gewesen, um die Russen zu vertreiben, so erschien er ihnen wohl doch zur Niederhaltung der unruhigen Elemente der einheimischen Arbeiterschaft und zur Aufrichtung einer unumschränkten Herrschaft der Bourgeoisie erwünscht. Offenbar war jedenfalls, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein Krieg, wenn auch als „Befreiungskrieg“ aufgefaßt und begonnen, unmittelbar zum Bürgerkriege führen mußte.

Einem Rate der deutschen Machthaber folgend, ermächtigte der Landtag am 9. Januar 1918 gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten, welche die schweren Folgen voraussahen, die Regierung, als Stütze der Staatsgewalt ein bewaffnetes Korps zu errichten. Und diesem ersten Schritt folgten rasch andere. In aller Heimlichkeit wurde Mitte Januar in Helsingfors ein Generalstab gebildet und zum Obersten Befehlshaber der künftigen Armee

wurde ein in russischen Diensten gestandener Finnländer, der General C. G. MANNERHEIM, ernannt. In einer in Wasa, einer Stadt an der Küste des Botnischen Meerbusens, stattgefundenen Beratung beschloß der Stab, den Krieg sofort zu beginnen. Als Kern der finnischen Armee standen die im Norden befindlichen Schutzkorps zur Verfügung, aber außerdem wurde später ein allgemeines Aufgebot erlassen.

Diese Maßnahmen blieben zunächst den Arbeitern unbekannt. Allein einige verfrühte Bewegungen der kampfeslustigen Schutzkorps in der Gegend von Wiborg sowie die auffallende Dirigierung einer Menge von Eisenbahnwagen nach dem Norden erwiesen, daß die Entscheidung bevorstand. In den führenden Arbeiterkreisen wurde nunmehr der Drang übermächtig, sich gegen die anstürmende Reaktion zu verteidigen — obwohl einige hervorragende sozialdemokratische Führer noch immer ihre Bemühungen fortsetzten, um eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Am 26. Januar 1918 forderten einerseits die Regierung, andererseits das „Revolutionäre Komitee der Arbeiter“ in dunkel formulierten Proklamationen ihre Anhänger auf, sich für die bevorstehenden Ereignisse bereit zu halten. Zugleich wurde der Krieg im Norden begonnen, indem die schon großenteils demoralisierten russischen Garnisonen entwaffnet, die führenden Personen der Arbeiterorganisationen verhaftet und zum Teil ermordet, die Organisationen selbst und die Arbeiterzeitungen unterdrückt wurden. So gut wie gleichzeitig, am Sonntag den 27. Januar, wurden in Helsingfors die Regierungsgebäude von den revolutionären Arbeitern besetzt, und zwar ohne Widerstand, denn die Regierung und ihre Anhänger flüchteten, soweit möglich nach dem Norden, um sich mit der dortigen „weißen“ Armee zu vereinigen. Am 28. erließ das Revolutionäre Komitee einen „Revolutionsaufruf“ an das finnische Volk, in dem es hieß: „Alle revolutionäre Macht in Finnland ist nunmehr den organisierten Arbeitern und ihren revolutionären Organen zugefallen.“ Als Revolutionsorgane sollten gewählt werden das finnische Volkskommissariat und der Zentralrat der Arbeiter. Die Mitglieder des Volkskommissariats wählten sich aber tatsächlich selbst und erst nachher wurde der Beschluß den Helsingforser Arbeitern zur formalen Bestätigung vorgelegt. Vorsitzender des Volkskommissariats wurde KULLERVO

MANNER. Was die einzelnen Ressort-Kommissariate anbelangt, so übernahmen: das Auswärtige YRJÖ SIROLA; das Innere EERO HAAPALAINEN (der zugleich Oberster Befehlshaber der Roten Armee war) und ADOLF TAIMI; die Justiz LAURI LETONMÄKI und ANTTI KIVIRANTA; das Unterrichtswesen O. W. KUUSINEN; die Finanzen JALO KOHONEN, der später durch Dr. EDW. GYLLING ersetzt wurde; Arbeit J. LUMIWUOKKO (später wurde aus dem Arbeitskommissariat eine besondere Sozialabteilung ausgeschieden mit J. O. ARJANNE und Frau HILJA PÄRSSINEN an der Spitze); die Landwirtschaft EWERT ELORANTA; die Lebensmittelversorgung OSKARI TOKOI; das Verkehrswesen KONSTANTIN LINDQUIST; das Postwesen EMIL ELO und Justizkanzler MATTI TURKIA. Als Kriegskommissare wirkten die beiden Kommissare des Innern; später widmeten sich diese nur den militärischen Angelegenheiten, während die Angelegenheit des Innern von M. AIROLA und Frau HANNA KARHINEN übernommen wurde.

Die revolutionäre Regierung stieß zunächst auf den Widerstand der Beamten: diese blieben ausnahmslos ihren Ämtern ferne und diese wurden mit Revolutionären besetzt. Zu diesem Zweck wurden so gut wie alle disponiblen Kräfte in der Partei verwendet. Auch diejenigen unter ihnen, welche die Revolution mißbilligten, betrachteten es meist als ihre Pflicht, jetzt, da sie einmal begonnen war, bei ihrer Durchführung mitzuwirken, um womöglich die Reaktion abzuwehren, die im Falle eines Mißlingens drohte. Die rote Garde wurde sofort gegen Norden dirigiert und zwischen ihnen und den Weißen Truppen entstand eine Front, welche nördlich von Björneborg am Bottnischen Meerbusen anfing, sich in nordöstlicher Richtung zur Eisenbahnstation Wilppula nördlich von Tammerfors und von dort in südöstlicher Richtung in die Gegend nördlich von Wiborg erstreckte.

Den 2. Februar forderte der sozialdemokratische Parteivorstand, der damals so gut wie ganz aus denselben Mitgliedern bestand wie das Volkskommissariat, in einem Manifest die Arbeiter der anderen Länder auf, für die internationale Revolution zu wirken. Am 4. Februar trat der sozialdemokratische Parteirat zusammen und erließ — angesichts der vollzogenen Tatsachen — eine Kundgebung, in der er das Volkskommissariat als Landesregierung sowie die von diesem erlassenen Gesetze anerkannte:

mit der gleichzeitigen Forderung jedoch, daß die wichtigsten der letzteren durch Volksabstimmung sanktioniert werden sollten. In derselben Proklamation warnte der Parteirat vor Anarchie, betonte die Bedeutung humanen Auftretens gegen die Gegner und anerkannte die Rote Garde — wie die Ordnungsgarden nunmehr genannt wurden — als staatliche Institution, jedoch unter der Bedingung, daß die Garde sich dem Zentralrat der Arbeiter unterordne und auf rein militärische Aufgaben beschränke. Die wichtigeren Produktionszweige sollten kontrolliert, zur Sozialisierung aber sollte nur mit grosser Vorsicht geschritten werden. Der Zentralrat sollte aus 40 Mitgliedern bestehen, deren 15 vom sozialdemokratischen Parteirat, 10 von den gewerkschaftlichen Zentralorganisationen, 10 von der Roten Garde und 5 von den Arbeitern in Helsingfors gewählt werden sollten. Die Wahl wurde auch in den folgenden Tagen durchgeführt.

In derselben Sitzung des Parteirates wurde ein neuer Parteivorstand gewählt, der während des ganzen Bürgerkrieges auf die Überwachung lediglich der inneren Parteiangelegenheiten sich beschränkte, da die politische Macht dem Volkskommissariat zustand. Auch der Zentralrat, der die Rolle eines Parlamentes spielen sollte, hatte nur geringe praktische Bedeutung.

Die wichtigste aller gesetzgeberischen Initiativen der Revolutionszeit war der Entwurf einer neuen Staatsverfassung für das selbständige Finnland. Derselbe wurde am 23. Februar vom Volkskommissariat veröffentlicht. Er war durchgehend auf demokratischer Basis aufgebaut und bestimmt, die demokratischen Prinzipien bis in ihre letzten Schlußfolgerungen zu verwirklichen. Von Diktatur und Rätssystem war keine Rede, wie überhaupt die Ideologie der finnischen Arbeiterrevolution von 1918 eine durchaus demokratische war. Die kommunistischen Prinzipien waren weder den führenden sozialdemokratischen Kreisen in Finnland bekannt noch wurden sie von ihnen gebilligt. Es war beabsichtigt, den Entwurf der Staatsverfassung nach dem militärischen Siege der Volksabstimmung zu unterziehen.

Auf dem sozialen Gebiete sind einige Maßnahmen der Revolutionszeit hervorzuheben.

Durch ein Dekret vom 31. Januar wurde der Versuch gemacht,

die brennende Kleinpächterfrage zu lösen und der Revolution die Unterstützung der Kleinpächter zu sichern. Es wurde ausgesprochen, daß diese nunmehr von den Grundbesitzern unabhängig seien. — Obwohl die Revolution nicht als eine soziale aufgefaßt wurde, sahen sich die revolutionären Behörden infolge Sabotage von seiten einiger Arbeitgeber gezwungen, in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Es wurden in den Fabriken „Fabrikkomitees“ gewählt mit einem vom Arbeitskommissariat ernannten Kommissar an der Spitze. — Um die Nutzung verlassener oder aus anderen Gründen beschlagnahmter Grundstücke zu sichern, sollte in jeder Gemeinde eine sogenannte Siedlungskommission gewählt werden. — Dekrete betreffend kommunale Arbeitsvermittlung und kommunale Notstandsarbeiten wurden erlassen. — Gegen Ende der Kriegszeit erschien — ohne Zweifel in der Absicht, die Bauern, welche die Mehrheit der Weißen Armee bildeten, günstig zu stimmen — ein Dekret, wonach die Unterhaltung der Landstraßen vom Staate übernommen wurde. — Die Absicht, den von den Sägemühlengesellschaften besessenen Boden zu enteignen, gelangte nicht zur Verwirklichung. — Auf dem Gebiete des Unterrichtswesens wurde eine Reform des Unterrichts, besonders in der Geschichte, angeordnet; das hatte aber kaum eine praktische Bedeutung, weil die große Mehrzahl der Schulen infolge Sabotage von seiten der Lehrer stillstanden. — Festgehalten sei noch, daß gleich zu Beginn der Revolutionszeit die Todesstrafe offiziell abgeschafft wurde. Freilich kamen trotzdem Hinrichtungen vor, auch auf der „roten“ Seite der Front, aber nur infolge von Übergriffen einiger militärischer Befehlshaber und gegen den wiederholt und energisch ausgesprochenen Willen der führenden Revolutionäre. — Im übrigen bestand die Gesetzgebung der Revolutionszeit in Verordnungen betreffend: die Zivilverwaltung der Provinzen und Gemeinden, das Milizwesen, die Lebensmittelverhältnisse, die Steuern, das revolutionäre Gerichtswesen u. a.

Die bemerkenswerteste politische Aktion des finnischen Volkskommissariats war ein mit Rußland geschlossener Vertrag vom 1. März 1918. Durch denselben wurde das Verhältnis zwischen Sowjetrußland und der nunmehr selbständigen Republik Finnland geordnet. Beide Kontrahenten sicherten einander für alle Zukunft freien Zutritt zu ihren Häfen zu und versprachen, ihren beider-

seitigen Bürgern eine begünstigte Stellung zu gewähren. Rußland versprach, seine Truppen aus Finnland zu entfernen und trat an Finnland ein bedeutendes Territorium an der Küste des Eismees ab. Etwaige Streitigkeiten über die Auffassung dieses Abkommens sollten von einem Schiedsgericht geschlichtet werden, dessen Vorsitzender von der linkssozialdemokratischen Partei Schwedens ernannt werden sollte.

Gegen Ende Februar wurde Helsingfors von einer Deputation der schwedischen Sozialdemokratie besucht, bestehend aus dem Stockholmer Bürgermeister CARL LINDHAGEN, dem Parteisekretär GUSTAV MÖLLER und dem Vertrauensmann ARWID THORBERG. Sie sollte das finnische Volkskommissariat zu Friedensverhandlungen bewegen. Der Versuch blieb aber ebenso erfolglos wie ein gleichartiger Vorschlag der schwedischen Regierung an die in Wasa residierende „weiße“ Regierung. Auch sonstige gleichgerichtete Bemühungen einzelner in Helsingfors wohnender, außerhalb der revolutionären Bewegung stehender Sozialdemokraten, vor allem EDW. WALPAS, blieben vergeblich.

Indessen häuften sich die Schwierigkeiten, gegen die das Volkskommissariat zu kämpfen hatte. Es bewährten sich nacheinander die pessimistischen Voraussagen vom November-Parteitag. Die Lebensmittelversorgung wurde immer schwerer und unzulänglich und daß ein nach Sibirien entsandter Eisenbahnzug auch wirklich nach einer abenteuerlichen Reise eine Getreideladung ins Land brachte, half nicht viel. Die zur Verfügung stehenden Vorräte wurden übrigens unparteiisch unter Arbeiter und Bürgerliche verteilt. — Die finanziellen Schwierigkeiten nötigten zur Fortsetzung der schon von den früheren Regierungen während des Weltkrieges begonnenen Papiergeldinflation. — Die aus Rußland erwartete Hilfe blieb meistens aus. Nur Waffen erhielt man von dort, sonstige militärische Hilfe aber nicht, indem nur einige hundert Russen als Freiwillige an den Kämpfen teilnahmen. Offenbar wurden die Bolschewiki von den Deutschen zu dieser Passivität genötigt. Die Rote Armee selbst war sehr schlecht geführt und zu ungleich zusammengesetzt, um einer gut durchdachten und energischen Aktion fähig zu sein. Die Weiße Armee dagegen hatte in den deutsch geschulten sogenannten Jägern vorzügliche Führer, und die Mannschaft wurde durch die Ideologie

des „Befreiungskrieges“ zu einem maßlosen Haß gegen die „Landesverräter“ aufgestachelt.

Die langwierigsten Kämpfe wurden bei Wilppula nördlich von Tammerfors ausgefochten. Mitte März wurde die Rote Armee aus ihrer dortigen Position vertrieben und zog sich gegen Tammerfors zurück, worauf diese wichtige Stadt bald von den aus verschiedenen Richtungen heranstürmenden weißen Truppen eingeschlossen wurde. Etwas früher, Anfang März, war Aland von einer deutschen Truppe besetzt worden und die weißfinnisch-deutsche Freundschaft begann endlich ihre Früchte zu zeitigen. Das Volkskommissariat erhob gegen die Besetzung der Aland-Inseln Einspruch, wandte sich aber, durch Vermittlung des Befehlshabers der auf Aland befindlichen deutschen Truppen an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, im finnischen Bürgerkriege als Schlichter aufzutreten. Auch dieser Schritt blieb erfolglos. Am 3. April landeten dann vom General VON DER GOLTZ geführte deutsche Truppen in Hangö; die dortigen roten Wachtposten flohen und die Deutschen drangen, beinahe ohne Widerstand zu begegnen, bis in die Nähe von Helsingfors vor. Infolge von Verhandlungen zwischen ihnen und den in Helsingfors befindlichen russischen Militärbehörden wurde aber den Russen genügend Zeit gelassen, um ihre wertvolle Flotte aus dem Hafen von Helsingfors zu entfernen. Erst am 12. April rückten die deutschen Truppen in Helsingfors ein. Gleichzeitig erhoben sich die in der Stadt befindlichen Weißen, die sich in aller Stille bewaffnet hatten, und am folgenden Tag war die ganze Stadt in ihren Händen. Tammerfors war schon einige Tage früher von der MANNERHEIMSchen Armee erobert worden. Diese vereinigte sich mit der deutschen und die Reste der Roten Armee zogen gegen Osten, wobei ihnen zum Teil infolge der Landung einer deutschen Truppe bei Kotka der Rückzug abgeschnitten wurde.

Vorher schon, bereits Anfang April hatte das Volkskommissariat Helsingfors verlassen und war nach Wiborg übersiedelt, von wo dann die Mehrheit seiner Mitglieder gegen Ende des Monats nach Petersburg flüchtete. Wenige Tage später, am 30. April, wurde die Stadt nach heißen Kämpfen von den weißen Truppen erobert und die roten Kämpfer gefangen. Bald darnach kapitulierten die abgeschnittenen Reste der Roten Armee in den

Gegenden von Kymi, Tawastehus und an anderen Orten und am 16. Mai zog MANNERHEIM an der Spitze seiner siegreichen Armee in Helsingfors ein, wohin auch inzwischen die weiße Regierung übersiedelt war. Der Revolutionsversuch des finnischen Proletariats war endgültig niedergeschlagen.

Einer halbjährigen Periode weißen Terrors — 6000 Arbeiter wurden ermordet und 12000 starben in den Konzentrationslagern vor Hunger —, während welcher sich die Bourgeoisie unter Führung der extremen rechtsstehenden Elemente bemühte, nicht nur die Arbeiterbewegung gänzlich zu unterdrücken — was vorläufig ja gelang — sondern auch wichtige Errungenschaften der Demokratie zu vernichten, folgte infolge der veränderten weltpolitischen Lage schon Ende 1918 eine Periode demokratischen und auch sozialdemokratischen Aufschwungs. Die sozialdemokratische Parteiorganisation wurde wieder aufgerichtet und die Wahlen brachten ihr glänzende Siege. Die bald einsetzende, von Rußland aus geleitete kommunistische Propaganda bereitete zwar der Sozialdemokratie neue Schwierigkeiten und einen Rückgang, der sich aber schon im großen ganzen als vorübergehend erwiesen hat. Zugleich hat sie mit Erfolg ihren immer noch großen Einfluß benutzt, um die Außenpolitik Finnlands in friedliche Bahnen zu zwingen und um soziale Reformen durchzusetzen.

* * *

Die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung war durch mehrere, zum Teil gewaltsame und öfters durch Einwirkung vom Osten hervorgerufene Schwankungen gekennzeichnet. Die größten äußeren Errungenschaften der Bewegung — das allgemeine politische und kommunale Wahlrecht, der achtstündige Arbeitstag — sind Resultate der revolutionsartigen Ausbrüche von 1905 und 1917. Auch die Anschauungsweise der finnischen Arbeiterschaft ist hierdurch einigermaßen beeinflusst worden.

Seit einigen Jahren aber durchlebt die finnische Sozialdemokratie eine Periode ruhigerer, organischer Entwicklung. Durch die staatliche Unabhängigkeit gegen gewaltsame fremde Einwirkung geschützt und auf ihre eigenen Kräfte hingewiesen, arbeitet sie für die Intensivierung des inneren Parteilebens und für gesetzgeberische Reformen. Sie ist bestrebt, in nähere Beziehungen zu der internationalen Sozialdemokratie zu treten, deren Meister

— vor allem die deutschen marxistischen Theoretiker — ihr auch schon bisher als geistige Führer galten, während auf dem Gebiet praktischer Arbeit besonders die kräftige, harmonisch gestaltete Arbeiterbewegung Skandinaviens als vorbildlich anerkannt wird.

Literatur.

Jahresberichte des Arbeitervereins in Helsingfors 1884—1924. (1884—1895 in schwed. und finn. Spr; sodann nur finn.)

Handlingar rörande det tilltänkta första allmänna finska arbetarmötet 1891. Helsingfors, Päivälehtis tryckeri, 1892.

Toisen työväenyhdistysten edustajain kokouksen pöytäkirja. [Kongress der Arbeitervereine, 1896]. (Tampereella 1896). Tampereen Työväenyhdistyksen julkaisema, Tampere 1897.

Kolmannen yleisen Suomen työväenyhdistysten edustajain kokouksen pöytäkirja. (Turussa 1899.) Suomen työväen puoluehallinnon kustantama, Tampere 1899.

Parteitagprotokolle: 1901, 1903, 1904, 1905, 1906, 1909, 1911, 1914, 1917, 1918, 1919, 1922. (finnisch).

Berichte der Soz.-dem. Partei Finnlands an die intern. Sozialistenkongresse 1904, 1907, 1910, 1923, 1925.

Protokolle des Soz.-dem. Frauenverbandes: 1900, 1905, 1906, 1909, 1911, 1913, 1917, 1919. (finnisch.)

Protokolle des Soz.-dem. Jugendverbandes: 1906, 1908, 1910, 1912, 1917, 1919, 1921, 1924. (finnisch.)

Protokolle der gewerkschaftlichen Landesorganisation: 1907, 1909, 1912, 1917, 1920, 1923. (finnisch.)

Tätigkeitsberichte der gewerkschaftlichen Landesorganisation 1907—1923 (finnisch).

Berichte der gewerkschaftlichen Landesorganisation an die skandinavischen Arbeiterkongresse 1912 und 1920. (schwed.)

Suomen Sos.-dem. Puolueen ohjelma. Lyhyillä selityksillä varustettuna. (Programm.) Tomittanut YRJÖ SIROLA. Puolue-toimikunnan kustantama. 1906.

Förklarings till Finlands Soc.-dem. Partis valprogram. (Programm.) Förlag: Finlands Svenska Arbetarförbund, 1907.

Kymmenen vuotta. Suomen Työväenpuolueen muistoja ja ennätyksiä 1899—1909. (Geschichtliche Übersicht über 10 Jahre.) Työväen Sanomalehti o. y:n kustantama, 1909.

Sosialidemokraattinen puolue 25 vuotta. (Geschichtliche Übersicht über 25 Jahre.) Muistojulkaisu. Puolue-toimikunnan kustantama. Tampere 1924.

Sos.-dem. Nuorisoliitto 10 vuotias. (Geschichte der Jugendbewegung.) Nuorisoliiton kustantama, 1916.

Naiset ja sosialidemokratia Suomessa. (Geschichte der Frauenbewegung.) 25-vuotismuisto, Suomen Sos.-dem. Työläisnaisliiton kustantama, 1925.

„Työmies“ 10: nen vuotta. 1895—1905. Työväen Sanomalehti o. y:n kust. 1905.

(Jährliche) Tätigkeitsberichte der soz.-dem. Reichstagsfraktion, 1907—1914; 1919/1925.

Artikel über Finnland in „Stockholm“, Tidens förlag, Stockholm 1918.

Finnland und die finnische Sozialdemokratie. Verlag des Parteivorstandes, 1923.

La Finlande et le socialisme finlandais. Ebenda 1923.

URSIN, N. R. AF, Työväenkysymys Suomessa. Kustannus o. y. Ötava, 1902; derselbe: Arbetarfrågan i Finland. Förlag: Finlands Svenska Arbetarförbund, 1903; derselbe, Suomen työväenliike. Historiallinen katsaus. Sosialistin Kirjapaino O. k., Turku 1922.

VALPAS, ERNVARD, Mikä menettelytapa? Työväenliikkeen taktiikasta. Työväen kirjapaino, 1904.

MARTNA, M., Soome, Mõtte kirjastus, Tallinna esthnat, 1909.

KOLLONTAI, A., Finlandija i Sotschialism. 1906.

Den Bürgerkrieg von 1918 behandeln:

HUTTUNEN, E. Sosialidemokraattinen puoluejohto ja kansalaissota. O. y. Kansanvalta, 1918.

RYÖMÄ, HANNES, Vallankumousvuoden tapahtumista. Helsingin Uusi Kirjapaino O. y., 1918.

WIIK, KARL H., Kovan kokemuksen opetuksia. Kustannus o. y. Kansanvalta, Helsinki 1918.

Det vita vädret i Finland. Väinö Tanners försvarstal inför rådstuvurätten i Helsingfors. Soc.-dem. partistyrelsens förlag, Helsingfors 1919.

Sos.-dem. puoluetuimikunnan puheenjohtajan VÄINÖ TANNER in puolustuspuhe puolueen vaalijulistuksen johdosta nostetussa oikeudenkäynnissä. Sos.-dem. puoluetuimikunnan kustantama, Helsinki 1919.

Aufsätze und Notizen in „Die Neue Zeit“:

Die Parteiverhältnisse Finnlands. (XVII/2, 568.)

Die sozialdemokratische Bewegung in Finnland. (XXI/2, 320.)

Der Kongreß der finnischen Sozialdemokratie 1903. (XXI/2, 807.)

Die Arbeiterbewegung in Finnland und die russ. Regierung. (XXII/1, 749.)

YRJÖ SIROLA, Bericht der Finnischen Sozialdemokratischen Partei an das Internationale Sozialistische Bureau über ihre Tätigkeit von Juli bis September 1906. (XXV/1, 715.)

Die finnische Sozialdemokratie auf dem siebenten skandinavischen Arbeiterkongreß in Christiania. (XXVI/1, 186.)

Eine Statistik der sozialdemokratischen Partei in Finnland. (XXVI/1, 382.)

Die Sozialdemokratie in Finnland. Mitteilung des Internationalen Sozialistischen Bureaus. (XXVI/2, 208.)

Die Abstinenzbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland. (XXI/2, 349.)

Die Landtagswahlen in Finnland 1909. (XXVII/1, 71.)

Politische und nationale Parteigruppierungen in Finnland. (XXVII/2, 396.)

Die finnische Volksvertretung und die Wahlen 1910. (XVIII/2, 113.)

Finnlands fünfte Volksvertretung. (XXIX/1, 631.)

(Sämtliche zit. Schriften, bei denen kein Erscheinungsort angegeben ist, sind in Helsingfors (Helsinki) erschienen).

Die erste deutsche Arbeiterbewegung

Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848—1849

Ein Beitrag zur Theorie und Praxis
des Marxismus

von

Dr. Max Quark

Mit einem Bildnis von Stephan Born.

VIII und 400 S. Gr. 8°. Rm. 7.50, gbd. Rm. 9.—

Das Werk ist die erste ausführliche und dokumentierte Darstellung der Arbeiterbewegung von 1848 mit zahlreichen Ausblicken auf die weitere Entwicklung. Es beruht auf den sorgfältigsten Archivstudien und ist doch flüssig und anziehend geschrieben, so dass es jedem Gebildeten empfohlen werden kann, zumal sich häufig Parallelen mit der Jetztzeit ergeben. Der Marxismus wird in ihm auf sein richtiges geschichtliches Ausmass zurückgeführt, so dass das Buch auch einen Beitrag zu dieser jetzt noch umstrittenen Frage bildet.

Inhalt: Vorwort — Deutschlands wirtschaftliche und soziale Lage von 1848 — Die Lage der Arbeiter im Vormärz — Verboten der organisierten Arbeiterbewegung — Stephan Borns Entwicklung — Das Berliner Zentralkomitee — Das Vorparlament und die Arbeiterfrage. Ein soziales Königtum. Die Haltung der Eisenbahnarbeiter — Der Berliner Buchdruckerstreik und Verwandtes — Das „Volk“ und seine Wirkung — Die erste Arbeiterbewegung in Frankfurt a. M. — Die Demokratie und die Arbeiterbewegung — Die ersten Kongresse und die Episode Winkelblech — Der Berliner Buchdruckerstreik und der Arbeiterkongress — Der Bruch mit der bürgerlichen Demokratie — Die Uebersiedlung der Zentralleitung nach Leipzig — Die Arbeiterverbrüderung bis Jahresschluss — Die Lage der Arbeiter unter der beginnenden Reaktion und ihre Wirtschaftskämpfe — Die Ausbreitung der Arbeiterverbrüderung und die lokalen Arbeiterkongresse — Die Frankfurter Nationalversammlung und die Arbeiterverbrüderung — Die letzten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe — Der Anteil der Arbeiterverbrüderung an den Reichsverfassungskämpfen — Das fernere Schicksal der Arbeiterverbrüderung — Schlusswort — Anmerkungen — Anhang.

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen

Zum Abonnement empfehlen wir bestens:

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung

in Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder
herausgegeben von

Professor Dr. **Carl Grünberg**
in Frankfurt a. M.

Jährlich erscheinen drei Hefte

Längere historische und theoretische Abhandlungen, urkundliches Material zur Geschichte des Sozialismus, eine alljährliche Chronik der für die Entwicklung des Sozialismus wichtigsten Ereignisse und eine Uebersicht über die wichtigsten Erscheinungen der einschlägigen Literatur bilden den Inhalt dieser Zeitschrift.

Es liegen elf komplette Bände vor.

Preis pro Band Rm. 18.—

Ausführlicher Prospekt auf Wunsch gratis und franko.

Die Internationale und der Weltkrieg.

Materialien

gesammelt von Professor Dr. **Carl Grünberg** in Frankfurt a. M.

1. Abteilung:

Vor dem Krieg und während der ersten
Kriegswochen.

Sonderdruck aus Archiv für Geschichte des
Sozialismus und der Arbeiterbewegung.

Geheftet Rm. 6.—

Die Sammlung will in erster Reihe die offiziellen Kundgebungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen aller Länder wiedergeben, die geeignet sind, deren Haltung zum Kriege vor und nach dessen Ausbruch zu charakterisieren, daneben aber auch gleichgeartete besonders wichtige Artikel aus der Arbeiterpresse, Äußerungen von Führern und Flugblättern bringen.

—— Weitere Teile werden folgen. ——

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.